



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die islamische Revolution im Spiegel österreichischer Berichterstattung

Verfasser

Mag. Peter Roider

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Christian-Hubert Ehalt

Danksagung

Ich danke meinem Betreuer Univ. Prof. Dr. Christian-Hubert Ehalt für seine Hilfe bei der Erstellung dieser Diplomarbeit. Besonders verbunden bin ich meinen Freunden und Bekannten, die mich sowohl unterstützt als auch motiviert haben, diese Arbeit zu erstellen.

Ein besonderer Dank gilt meiner Familie und meiner Mutter Elisabeth, die mir sowohl das Studium der Kultur und Sozialanthropologie als auch das Studium der Geschichte ermöglicht hat.

Zuletzt danke ich im Besonderen meiner Frau Malena, die es immer wieder geschafft hat mich zu motivieren und aufzubauen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
1.1	Forschungsfrage	7
1.2	Eingrenzung des Beobachtungszeitraums und verwendete Medien . . .	7
1.3	Aufbau der Arbeit	9
2	Österreichs Außenpolitik im Wandel	10
2.1	Außenpolitik des Habsburgerreiches	10
2.2	Außenpolitik der Ersten Republik und des autoritären Ständestaates	13
2.3	Die Zweite Republik: Ein Neuanfang? Die Ära Kreisky und das neue österreichische Selbstverständnis	17
2.3.1	Bruno Kreisky, ein kurzer biographischer Abriss	20
2.3.2	Spezifika österreichischer Aussenpolitik unter Kreisky	24
2.3.3	Kreiskys Nahostpolitik	31
3	Der Iran und die islamische Welt	38
3.1	Frühe Geschichte und Geographie der Region	38
3.2	Überblick über persische Geschichte bis zum Beginn des 20. Jahrhun- derts	40
4	Das politische System des Iran	42
4.1	Die Pahlevi Dynastie	43
4.2	Ayatollah Khomeini	53
4.3	Khomeinis Vision einer "Islamischen Republik"	58
4.4	Die Islamische Revolution	64
4.5	Die Folgen der Revolution	72
4.5.1	Besetzung der US-Botschaft und Iran-Irak Krieg	79
5	Die Islamische Revolution in den österreichischen Medien	88
6	Zusammenfassung	98
	Literatur	100
	Anhang	109

1 Einleitung

Der Hollywood Film *Argo*, produziert von Ben Affleck und George Clooney, hat den Iran wieder einmal auf die internationale Bildfläche gebracht. Im Jahr 2009 wurde die Islamische Revolution im Iran 30 Jahre alt. Für die USA sollte die Revolution zum PR-Desaster werden. Die monatelange Geiselnahme von US-Diplomaten in der Teheraner Botschaft wurde zum ungleichen Duell zwischen US-Präsidenten *Jimmy Carter* und dem scheinbar aus dem nichts kommenden Revolutionsführer *Ayatollah Ruhollah Khomeini* stilisiert. Nach dem Vietnam-Trauma hatte die USA schließlich ein zweites Trauma zu verarbeiten. Wenige hundert Theologiestudenten schafften es, die Großmacht international zu blamieren. Der Film von Ben Affleck ist einer der wenigen Versuche, dieses Trauma aufzuarbeiten. Geschichte wird Hollywoodgerecht dramaturgisch angereichert und in dosierter und veränderter Form der amerikanischen- und internationalen Öffentlichkeit verabreicht, das katastrophale Krisenmanagement Jimmy Carters nachträglich durch die selbstlose Aktion eines familienlosen CIA-Agenten rein gewaschen. Prompt wurde diese Art von Pop-Geschichte höchstpersönlich von der First Lady der Vereinigten Staaten belohnt, der Iran reagierte ebenso prompt und kritisierte neben dem Film auch die Kleiderwahl Michelle Obamas.

Dies macht deutlich, wie stark die Spannungen zwischen dem Iran und der westlichen Welt, die nicht erst seit dem vermuteten Atomprogramm der Islamischen Republik bestehen, nach wie vor sind. Die Geschehnisse des Iran ab dem Jahr 1978 haben die ganze Welt erschüttert. Es handelte sich um eine Revolution der Entkolonialisierung, die erstmals aus sich selbst heraus entstand, und nicht aus anderen Ländern der "Dritten Welt" importiert wurde. Es sollte ein Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus entstehen, wie Khomeini betonte. Seine Worte fanden großen Widerhall in den armen und ungebildeten Schichten der iranischen Bevölkerung, die in den Slums der großen Städte lebten. Das Leben des Schahs wirkte im Gegensatz dazu wie ein Märchen aus *Tausendundeiner Nacht*, unwirklich und fern. Die westliche Welt unterstützte den Tyrannen, von dem es eine Abwehr sowjetischer Bestrebungen in Zentralasien erhoffte. Zuletzt kommandierte der Schah die fünftgrößte Armee der Welt, wirtschaftliche Unterstützung kam dabei auch aus Österreich, wie Dokumente zeigen.

Bruno Kreiskys Ambitionen in der "Dritten Welt" sollten nicht nur die Beziehungen des neutralen Österreichs zu den ärmsten Ländern der Welt stärken, von denen sich wiederum Österreich Unterstützung erwartete. Auch die Bevölkerung der jungen Zweiten Republik sollte sich mit Österreichs neuen Aufgabe in der Welt identifizieren und sich somit mit dem neuen Österreich.

1.1 Forschungsfrage

Diese Arbeit behandelt die Frage, in wie weit über die islamische Revolution und mit ihr verbundene Ereignisse, beispielsweise Besetzung der US-Botschaft in Teheran, oder die Flucht des Schahs, in ausgewählten österreichischen Printmedien berichtet wurde. Es soll festgestellt werden, ob die Österreicher¹ durch die intensive, auf den Nahen Osten gerichtete Außenpolitik *Bruno Kreiskys* ein merkliches Interesse an den Geschehnissen der Region entwickelt haben. Elisabeth Röhrlich kam in ihrer Doktorarbeit (2009) zu dem Schluss, dass die von Kreisky praktizierte *„aktive Neutralitätspolitik“* einen erheblichen Einfluss auf die nationale Identitätsbildung der Österreicher hatte. Deshalb hätten die Österreicher ein besonderes Interesse an der heimischen Außenpolitik und an ihren Schwerpunktländern entwickelt, die sich hauptsächlich im Nahen Osten befanden und islamisch geprägt waren.

Die These dieser Arbeit ist daher, dass vermehrte Berichte über die islamische Revolution das entstandene Interesse der österreichischen Bevölkerung widerspiegeln. Dies soll anhand der Analyse von Qualität und Quantität von Artikeln, die in ausgewählten Printmedien erschienen sind, nachgewiesen werden.

1.2 Eingrenzung des Beobachtungszeitraums und verwendete Medien

Im Zuge dieser Arbeit wurde ausschließlich auf die Printmedien *Arbeiter Zeitung*, *Profil* und *Kurier* zurückgegriffen. Die AZ wurde wegen ihrer sozialdemokratischen Ausrichtung gewählt. Der Kurier bildete hierfür das bürgerliche Pendant, während das Profil als Wochenzeitschrift informative und detaillierte Hintergrundberichte bot.

Der Beobachtungszeitraum wurde auf die Zeit um bestimmte Ereignisse begrenzt, wie die Flucht des Schahs (16. Jänner 1979), die Rückkehr *Ayatollah Khomeinis* aus dem Exil (1. Februar 1979), oder die Besetzung der US-Botschaft in Teheran (4. November 1979).

Die beiden täglich erscheinenden Printmedien Arbeiter Zeitung und Kurier wurden jeweils für zwei Monate, zwischen dem 1. Jänner und 28. Februar 1979, und dem 1. November 1979 und 31. Dezember 1979, analysiert. Das seit 1970 erscheinende Wochenmagazin Profil wurde über das gesamte Jahr 1979 untersucht. Es unterscheidet sich von den Tageszeitungen durch detailliertere Hintergrundartikel, die sich meist

¹Aus Gründen der besseren Lesbarkeit dieser Arbeit wird auf eine geschlechtsspezifische Sprache verzichtet. Sofern nicht anders hervorgehoben, sind alle Bezeichnungen als geschlechtsneutral zu verstehen.

über mehrere Seiten ausdehnen. Im folgenden soll kurz auf die einzelnen Printmedien eingegangen werden:

Arbeiter Zeitung (AZ) Die Arbeiter Zeitung wurde 1889 von Victor Adler gegründet. Sie sollte als sozialistisches Zentralorgan dienen und übte Einfluss auf sämtliche sozialdemokratische Strömungen in ganz Europa aus.² Sie war die Nachfolgezeitung der ebenfalls von Adler gegründeten und 1889 verbotenen Zeitung *Gleichheit*. Als Tageszeitung erschien das Blatt ab 1895.³ Nach den Februarkämpfen 1934 wurde die Zeitung vom autoritären Ständestaat verboten, doch wurde sie bis 1938 in Brünn weitergedruckt und anschließend nach Österreich geschmuggelt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erschien die AZ wieder als Parteizeitung und war bis 1955 Österreichs meistgelesene Tageszeitung.⁴ 1989 zog sich die SPÖ bis auf eine Beteiligung von 10% von der AZ zurück, die restlichen Anteile wurden an führende Redakteure übertragen. Dies konnte aber den Abstieg der Zeitung nicht aufhalten, am 31. Oktober 1991 erschien die letzte Ausgabe.

Alle Ausgaben der Zeitung, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erschienen sind, wurden durch das Projekt <http://www.arbeiter-zeitung.at> digital archiviert, und sind für jedermann online zugänglich.

Kurier Erstmals erschien die Tageszeitung *Kurier* am 18. Oktober 1954 als Nachfolger des *Wiener Kurier*, der ab 1945 vom amerikanischen Informationsdienst herausgegeben wurde, um die Österreicher in Sachen Demokratie zu bilden.⁵ Der Kurier konnte vom Großindustriellen *Ludwig Polsterer* unter der Voraussetzung, die demokratische Blattlinie beizubehalten, neu gegründet werden. Chefredakteur des Blattes war der spätere Inhaber der *Kronen Zeitung*, *Hans Dichand*.⁶ Zu Beginn erschien der Kurier zweimal täglich, als Morgen- sowie als Abendausgabe, von März bis November 1958 sogar dreimal pro Tag. Ab 1. Oktober 1958 wurde *Hugo Portisch* zum Chefredakteur, was zu einer Ausweitung der Leserschaft führte. 1967 verließ Portisch den Kurier. 1988 gründete das Blatt gemeinsam mit der *Kronenzeitung* und der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* die gemeinsame Produktion- und Vertriebs-

²Vgl. Website des Projekts "arbeiter-zeitung.at", erreichbar unter <http://www.arbeiter-zeitung.at>, abgerufen am 17. März 2013.

³Vgl. Rainer Fattmann: Web-Rezension zu: Die Arbeiterzeitung, in: H-Soz-u-Kult, 11.09.2004, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=57&type=rezwww>, abgerufen am 17. März 2013.

⁴Vgl. ebd.

⁵Vgl. Website des Kurier, "Die Geschichte des Kurier", <http://kurier.at/services/diezeitung/die-geschichte-des-kurier/714.239>, abgerufen am 17. März 2013.

⁶Vgl. ebd.

stochter *Mediaprint*.⁷

Profil Das Magazin *Profil* wurde von *Oscar Bronner* gegründet und erschien erstmals am 7. September 1970. Der erste Herausgeber des Blattes war *Peter Michael Lingens*. Ab 1972 wurde die Zeitschrift alle zwei Wochen herausgegeben, ab 1974 erschien sie wöchentlich. Zuvor gründete Bronner bereits das Wirtschaftsmagazin *Trend*, 1988 schließlich die Tageszeitung *Der Standard*.⁸ Oscar Bronner verkaufte 1974 51% der Anteile am Trend und Profil Verlag für 18 Millionen Schilling an die Kurier-Gruppe, den Rest verschenkte er an langjährige Mitarbeiter. Seit 1998 ist *Christian Rainer* der Herausgeber und Chefredakteur des Profil, sein Vorgänger war *Josef Votzi*.⁹ Die weiteren Chefredakteure des Magazins sind heute *Herbert Lackner* und *Sven Gächter*. Heute ist Profil in Besitz der Verlagsgruppe *News*. Die Reichweite des Magazins betrug im Jahr 2005 6,5%, die Auflage betrug 100.000 Magazine.¹⁰

1.3 Aufbau der Arbeit

Kapitel 2 beschäftigt sich mit der österreichischen Außenpolitik. Dabei wird ein historischer Bogen vom Habsburgerreich bis zur Außenpolitik des neutralen Österreichs der Zweiten Republik gespannt. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Außenpolitik Kreiskys und der Sozialdemokratie im Allgemeinen gelegt, da Kreiskys "aktive Neutralitätspolitik" Österreichs Außenpolitik für viele Jahre bestimmen sollte. Um auf die spezifische Politik Kreiskys einzugehen, findet sich unter Kapitel 2.3.1 ein biographischer Abriss des Bundeskanzlers, Außenministers und Staatssekretärs. Da Kreiskys außenpolitischer Fokus auf den Nahen Osten gerichtet war, finden sich in den Kapiteln 2.3.2 und 2.3.3 Exkurse zu dieser Thematik.

Das Kapitel 3 setzt sich mit der Geschichte des Iran auseinander. Hierbei wird auf die Geographie, ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und Geschichte der Region Bezug genommen. Kapitel 4 behandelt den historischen Wandel der politischen Systeme des Irans, welche von Monarchie und Islam geprägt waren. Kapitel 4.1 beinhaltet einen geschichtlichen Abriss über die Herrschaft der *Pahlevi-Dynastie*, 4.2 die Biographie *Ayatollah Khomeinis*, der dieser schließlich ein Ende setzte. Der thematische Schwerpunkt der *Islamischen Revolution* findet sich in den Kapiteln 4.4 und 4.5. Kapitel 5 beinhaltet den Forschungsteil dieser Arbeit, in dem auf Inhal-

⁷Vgl. ebd.

⁸Vgl. Austria Forum, Eintrag "*profil (Zeitschrift)*", erreichbar unter http://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Profil_%28Zeitschrift%29, abgerufen am 17. März 2013.

⁹Vgl. ebd.

¹⁰Vgl. ebd.

te von ausgewählten Printmedien eingegangen wird. Kapitel 6 fasst die wichtigsten Themen und Ergebnisse dieser Diplomarbeit zusammen.

2 Österreichs Außenpolitik im Wandel

An der Wende des Mittelalters zur Neuzeit und dem Beginn moderner europäischer Staaten wurden erstmals ständige Gesandtschaften nötig (vgl. Staudenmaier, 2007, S.3). Diese ständigen Botschafter sollten das Bedürfnis nach Information und Repräsentation der großen Mächte bedienen (vgl. Fueter, 1919, S.5). Die neue politische Situation in Europa an der Schwelle zur Neuzeit machte ein ständiges Ringen um Koalitionen nötig, welche diese neue Art der Gesandtschaft zu bewerkstelligen hatte. Österreich übernahm erstmals um 1500 das moderne Botschafterwesen, welches es aber nur mit ausgewählten Staaten unterhielt (vgl. Baltzarek, 1971, S.13).

Die folgenden Kapitel werden sich mit der langen und wechselreichen Geschichte österreichischer Außenpolitik auseinandersetzen und dabei einen Schwerpunkt auf die aktive Außenpolitik des neutralen Österreich in der Zweiten Republik setzen.

2.1 Außenpolitik des Habsburgerreiches

Gerd Böhm spricht in seiner Diplomarbeit (1993) davon, dass sich Österreich-Ungarn bereits im 19. Jahrhundert auf neutrale Positionen zurückzog und vergleicht dies mit der Neutralitätspolitik der Zweiten Republik. Gleichzeitig hat sich in Europa im Lauf des 19. Jahrhunderts das Friedensrecht entwickelt. Der Zustand der koexistenziellen Friedenspolitik wurde im Gegensatz zu den vorausgegangenen Jahrhunderten zur Regel (vgl. Bornhak, 1916, S.7). Das Völkerrecht gewann an Bedeutung, immer mehr neutrale Staaten sahen sich als Hüter der völkerrechtlichen Ordnung.¹¹ Neben Österreich und Preussen war es vor allem Russland unter Katharina II, welche die neutralen Positionen ihres Landes mit militärischen Begleitmaßnahmen auf See verband (vgl. Böhm, 1993, S.7). Diese Form der Neutralität war aber nur auf See wirksam, im kontinentalen Konflikt gab es keine derartige Form der Bündnispolitik (vgl. ebd.). Es entstanden Verträge, die zwischen den Neutralen und den kriegsführenden Staaten abgeschlossen wurden. In diesen wurde konkret geregelt, wie sich der kriegsführende dem neutralen Staat gegenüber zu verhalten hat, und wie sich die Neutralität des (kleinen) Staates manifestiert (vgl. Kaminski, 1970, S.19&25). Böhm (1993, S.8) hält dennoch fest, dass das Konzept der Neutralität im frühen 19. Jahrhundert noch schwach ausgebildet war.

¹¹Novotny (1977, S.127) führt aus, dass das europäische Völkerrecht nur auf dem alten Kontinent Bedeutung hatte, und in den Kolonien nicht anerkannt wurde.

Der *Wiener Kongress* gab wichtige Impulse, das Konzept der Neutralität auszubauen und konkret anzuwenden.¹² Der Bund der Schweizer Staaten war bereits im Westfälischen Frieden (15. Mai - 24. Oktober 1648) als neutral anerkannt worden, was Kriegshandlungen aber kaum vermied (vgl. Verosta, 1977, S.273f). 1815 erhielt die Schweiz den Status der immerwährenden Neutralität. Später wurde diese Form der Neutralität auf Belgien und Luxemburg übertragen (vgl. Böhm, 1993, S.8). Größere Klarheit, wie diese neue Form der Neutralität zu betrachten sei, brachten aber erst die Haager Konferenzen (vgl. Kaminski, 1970, S.9).

Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 verband die österreichische Reichshälfte mit der ungarischen zu einer Realunion. Obwohl beide Reichshälften ein eigenes Parlament erhielten, blieb die Außenpolitik in Hand des Herrschers (vgl. Böhm, 1993, S.138). Die Spannungen zwischen den beiden Parlamenten und Konflikte um die Frage der Richtung der Außenpolitik führte zu einer Schwächung des Außenamtes (vgl. ebd., S.139). Dieses Amt wurde bereits im Revolutionsjahr 1848 als eigenständiges Ministerium gegründet, welches aber stets in der Amtsgewalt des Herrschers blieb (vgl. Rumpler, 1989, S.10).¹³ Der Außenminister wurde dabei zum ranghöchsten Minister des Reiches, sein Einfluss erstreckte sich sogar auf weite Bereiche der Innenpolitik (vgl. Rumpler, 1989, S.6). Das Außenamt hatte aufgrund der Nähe zum Herrscher eine exponierte Stellung. Der Kaiser blieb dabei die oberste und letzte Instanz, der Außenminister sein persönlicher Mitarbeiter, der je nach Beziehung zum Kaiser mehr oder weniger persönliche Freiheiten hatte (vgl. Böhm, 1993, S.142). Politische und militärische Kräfte versuchten Einfluss auf die Außenpolitik zu nehmen, was vor allem auf die militärische Führung unter Franz Joseph zutraf. Laut Böhm (1993, S.142) kann der österreichisch-ungarische Ausgleich als Produkt der Lobbying-Tätigkeit gesellschaftlicher Gruppen betrachtet werden. Dennoch war die öffentliche Meinung in der Aktivität des Außenministeriums unterrepräsentiert. Bis zum Ende der Monarchie blieb die österreichische Außenpolitik innerhalb des Machtapparates isoliert, wobei sie selbst die Möglichkeit hatte, auf innenpolitische Themen Einfluss zu nehmen (vgl. ebd., S.143). Die Intransparenz der Außenpolitik war dabei oftmals Grund für Konflikte. So beschwerte sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts der ehemalige Minister *Anton von Schmerling* über die "Ausschließlichkeit" der Außenpolitik, die nur wenigen Einsicht gewährte und sogar die anderen Regierungsmitglieder in Unkenntnis über ihre Aktionen ließ. 1910 beschrieb *Karl*

¹²Neben dem Wiener Kongress zählen auch der *Berliner Kongress* und der *Pariser Kongress* zu den wichtigen Kongressen des 19. Jahrhunderts (vgl. Novotny, 1977, S.113).

¹³Laut Godsey (1999, S.127) versuchte Ungarn vergeblich, stärkeren Einfluss auf die Außenpolitik der Monarchie zu nehmen. Erst mit der Wende zum 20. Jahrhundert versuchte das Außenministerium, eine stete Zahl an ungarischen Beamten zu beschäftigen (vgl. ebd., S.128).

Renner die österreichische Außenpolitik folgendermaßen:

”Unsere auswärtige Politik, volksfremd in ihren Methoden und in ihren Zielen weitabgehend von den realen Interessen der Bevölkerung hat es verstanden, aus dem 17. und 18. Jahrhundert in das 20. Jahrhundert den Charakter einer reinen Hof- und Hausmachtpolitik herüberzuretten” (zitiert nach Rumpler 1989, S.44).

1866 wurde der Sachse *Friedrich Ferdinand von Beust* Außenminister der Monarchie, ab 1867 übernahm er auch das Amt des Ministerpräsidenten (vgl. Bridge, 2002, S.31). Später erhielt er den Titel des Kanzlers (vgl. ebd.). Seine Tätigkeit ist vor allem durch die Wiederherstellung bzw. durch den Ausbau der Habsburgermonarchie als europäische Großmacht, sowie durch den ungarisch-österreichischen Ausgleich bestimmt (vgl. ebd., S.33).

Gesellschaftliche und militärische Kräfte forderten eine Infragestellung der Vorherrschaft Preussens. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik versuchte mit Druck auf die süddeutschen Staaten diese vom preussischen Einfluss zu lösen. Es kam zu einer Annäherung Österreich-Ungarns an Frankreich, da beide Staaten den Einfluss Preussens zurückdrängen wollten (vgl. Böhm, 1993, S.145). Militärisch versuchte sich Österreich-Ungarn aber dennoch zurückzuhalten, da ein Krieg Frankreichs gegen Preussen auf nationaler Ebene geführt werden würde, und Preussen die Hilfe sämtlicher deutscher Staaten inklusive Österreich-Ungarns benötigen würde. Die Habsburgermonarchie versuchte ihre ”moralische” Vormachtstellung zu behaupten, was einer aggressiven und kriegesischen Außenpolitik widersprach (vgl. Böhm, 1993, S.146). Österreich-Ungarn wartete ab und gab sich Preussen und Frankreich gegenüber neutral, da ein Krieg zwischen diesen beiden Staaten bereits als sicher galt (vgl. Böhm, 1993, S.154). Nach dem deutsch-französischen Krieg richtete sich die österreichisch-ungarische Außenpolitik im Jahr 1871 in Richtung Berlin aus. Der Krieg änderte die geopolitischen Voraussetzungen Europas, das Deutsche Reich entstand und die Machtfrage in Europa wurde zu Ungunsten der Donaumonarchie entschieden (vgl. Böhm, 1993, S.169).

Ein Härtefall für die K&K Außenpolitik sollten die beiden Balkankriege in den Jahren 1912 und 1913 werden (vgl. Bridge, 1989, S.318). Die Verwicklungen auf dem Balkan hatten auch massive Auswirkungen auf die österreichisch-ungarische Wirtschaft, die massiv darunter litt (vgl. ebd.).

Die Außenpolitik der Donaumonarchie konzentrierte sich im Gegensatz zu den meisten europäischen Großmächten auf den südosteuropäischen Raum (vgl. Böhm, 1993,

S.211). Die Spannungen zwischen Wien und Belgrad nahmen aufgrund der massiv nationalistischen Führung der serbischen Regierung zu. 1906 verbot die Habsburgermonarchie die Einfuhr von Schweinen und Getreide aus Serbien (vgl. Kann 1993, S.372 zitiert nach Böhm 1993, S.211; vgl. Verosta 1977, S.134). Vor allem die Annexion Bosniens und der Herzegowina am 6. Oktober 1908 sollte sich als folgenschwer erweisen. Nun waren nicht nur die Beziehungen zu Serbien getrübt, welches sich in seiner Expansion gefährdet sah, auch Russland sah sich vor den Kopf gestoßen (vgl. Böhm, 1993, S.212). Wien war an einem starken Albanien und einem isolierten Serbien interessiert (vgl. Verosta, 1977, S.135). Trotz verschiedener Initiativen Österreich-Ungarns blieben serbische und griechische Truppen auf dem Gebiet Albaniens stehen (vgl. Böhm, 1993, S.232). Österreich-Ungarn versuchte daraufhin Serbien auf diplomatischen Wege zum Rückzug zu bewegen, was ohne Erfolg blieb (vgl. Böhm, 1993, S.212). Schlussendlich wurde eine härtere Gangart gegen Serbien beschlossen. Die Drohung eines militärischen Eingreifens ließ die Serben zurückweichen, doch blieb das Problem der ungelösten Nationalitätenkonflikte auf dem Balkan weiter erhalten. Ein Problem, dass schließlich in den Ersten Weltkrieg münden sollte (vgl. Böhm, 1993, S.214). Gerd Böhm (1993, S.281) kommt in seiner Diplomarbeit zu dem Schluss, dass die österreichische Außenpolitik eine radikale Veränderung durchgemacht hat. So bezog sich die Monarchie bei sich anbahnenden Konflikten in ihren Interessensphären auf eine militärische Neutralität, "welche eine offensiv ausgerichtete Diplomatie als Ausgangspunkt für die Verfolgung weitreichender Ziele nahm." Diese neutrale Politik war seiner Meinung nach lebensnotwendig für die Monarchie, da das Kräftegleichgewicht in Europa gewahrt werden musste. Darüber hinaus bot die Neutralität weitaus weniger Gefahren für den Kriegsfall, da nur maximal eine Verschlechterung des machtpolitischen System im internationalen System drohte (vgl. ebd., S.284).

2.2 Außenpolitik der Ersten Republik und des autoritären Ständestaates

Die spätere intensiv auf den Nahen Osten ausgerichtete Außenpolitik Bruno Kreiskys fußte auf den reichen Erfahrungen, die sozialdemokratische Regierungen und Außenminister vor ihm gemacht hatten. So war die österreichische Sozialdemokratie bereits zwischen 1918 und 1920, und erneut zwischen 1945 und 1966 an Koalitionsregierungen beteiligt. Doch bereits kurz nach der Entstehung der Sozialdemokratischen Partei und der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fielen die ersten sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament des Kaisertums Österreich durch scharfe Verurteilungen der monarchis-

tischen Außenpolitik auf (vgl. Verosta, 1983, 16). Dabei waren die Abgeordneten an der ideologischen Ausrichtung der *Zweiten Internationalen* orientiert (vgl. ebd.).¹⁴ Der Erste Weltkrieg sollte hierbei aber einen Rückschlag für die Bemühungen der Sozialdemokraten bedeuten. Ab 1920 zog sich die Partei unter *Otto Bauer* langsam in die Opposition zurück. Gleichzeitig wurde aber versucht, auf die Außenpolitik der Regierung Einfluss zu nehmen (vgl. Verosta, 1983, S.16). Die folgenden Jahre sollten von stärker werdenden Spannungen zwischen den Parteien geprägt sein, die schließlich in den *Februaraufstand* und in weiterer Folge in das Verbot der SDAP¹⁵ mündeten.

Eine erste Andeutung zukünftiger sozialdemokratischer Außenpolitik befindet sich in dem 1888/89 von Victor Adler ausgearbeiteten Programm:

”1. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist eine internationale Partei, sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst [...]”
(Zitiert nach Verosta, 1983, S.18)

Die Sozialistische Internationale trat für eine Regelung internationaler Konflikte durch ein multinationales Schiedsgericht und allgemeine Abrüstung ein. Dabei sprach sie sich vehement für eine Ächtung von Angriffskriegen aus (vgl. Verosta, 1983, S.20). Diese Politik der Deeskalation wurde im Jahr 1910 im österreichischen Parlament von Karl Renner zur Sprache gebracht. Er ging dabei auf die rechtswidrige Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908/09 unter Aussenminister *Lexa-Aehrenthal* ein. Gleichzeitig kritisierte er scharf die aggressive und kriegerische Außenpolitik des deutschen Kaisers:

”[...] Seine Art, sich in alle Dinge zu mischen, seine Art, durch alle Länder Europas zu vagieren, dieses Hans Dampf in allen Gassen-Spielen, seine Art, sich jedem anzubiedern und jedem hinaufzuwerfen, wie das im Rathaus geschah (Anm.: Anspielung auf die kriegerische Rede Wilhelm II im Wiener Rathaus), jeden aber auch auf die unglaublichste Weise zu brüskieren, je nach Laune, all diese dekorative und deklamatorische Politik beunruhigt ganz Europa und hat den Dreibund schön öfters in Gefahr gebracht [...]” (Zitiert nach Verosta, 1983, S.18f)

¹⁴Die Zweite Internationale wurde 1889 gegründet. Die Nachfolgerin war die *Sozialistische Internationale*, auf die die Festlegung des 1. Mai als *Tag der Arbeit* und 8. März als *Internationaler Frauentag* zurückgeht. Vgl. Website ”dasrotewien”, erreichbar unter <http://www.dasrotewien.at/sozialistische-internationale-si.html>, abgerufen am 05.02.2013.

¹⁵*Sozialdemokratische Arbeiterpartei.*

Weiters erklärt er, wie er die Rolle Österreich sieht:

”[...] Wir in Österreich sind ein bescheidener Mittelstaat geworden, ein Mittelstaat - ich kann nicht anders sagen - mit ganz beschränkten Handelsinteressen; wir wollen nicht in alle politische Fragen hineingezerrt werden, die auf allen Meeren der Welt spielen [...] Wir halten an dem Standpunkt fest, daß wir für Österreich eine Großmachtpolitik überhaupt nicht brauchen. Wir wollen und sollen nichts anders sein als ein bescheidener Mittelstaat, neutral nach allen Richtungen, der sich in erster Linie der friedlichen Verfassungsarbeit im Inneren und vor allem der Sozialpolitik widmet.” (Zitiert nach Verosta, 1983, S.22f)

Die Republik Österreich wurde am 15. Dezember 1920 einstimmig als vollberechtigtes Mitglied des Völkerbundes aufgenommen. Die dominanten Staaten in dieser Organisation waren Großbritannien und Frankreich (vgl. Verosta, 1983, S.37). Bundeskanzler *Schober* verhandelte mit dem Völkerbund Finanzhilfen, die aber selbst unter seinem Nachfolger *Ignaz Seipel* auf sich warten ließen. Dies führte Seipel 1922 zu Reisen, die er nach Deutschland, der Tschechoslowakei und Italien unternahm, um mit verschiedenen ausländischen Staatsmännern weitere Finanzhilfen für den wirtschaftlich angeschlagenen Staat zu vereinbaren (vgl. Verosta, 1983, S.37).¹⁶ Die Reisen führten zum erwünschten Erfolg, Österreich erhielt einen Kredit von 650 Millionen Goldkronen, der aber nur unter Kontrolle eines Völkerbundkommissars verwendet werden konnte. Daneben wurde Österreich von den Reparationszahlungen befreit. Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden von den österreichischen Sozialdemokraten abgelehnt, da sie die Republik als nicht lebensfähig ansahen und daher ein Anschluss an Deutschland für sie unausweichlich sei. Vor allem Otto Bauer war laut Kreisky (2007, S.35) ein Verfechter des Anschlussgedankens. Bauer war zwar deutschnational, doch sah er vor allem wirtschaftliche Gründe, die seiner Meinung nach die Annexion nötig machen würden, wie er auch der Meinung war, dass sich der Sozialismus nur in einem großen Land verwirklichen lassen könnte. Das Koalitionsabkommen des Jahres 1922 besagte folgendes: ”Festhalten an der Anschlußpolitik unter inniger Fühlungnahme mit der deutschen Reichsregierung, Heranziehung deutschen Kapitals, Schutz deutscher Minderheiten in den Nachbarstaaten” (Lorenz, 1943, S.200).

Die Sozialdemokraten kritisierten scharf Seipel’s Zustimmung zum Vertrag von Saint-Germain (vgl. Kreisky, 2007, S.35). Später wurden die Sozialdemokraten durch die

¹⁶Der sozialistische Theoretiker *Julius Braunthal* schrieb Italien nach der Machtübernahme durch den Faschisten Mussolini eine gewaltige Gefahr für Mitteleuropa zu. Mussolini selbst sah die starke österreichische Sozialdemokratie für Italien als Gefahr, deren Führer er teils persönlich kannte (vgl. Jedlicka, 1977, S.154f).

Transformation der Weimarer Republik hin zu NS-Deutschland zu strengen Befürwortern der österreichischen Unabhängigkeit. Während der Zeit des österreichischen Ständestaates¹⁷ war die österreichische Außenpolitik stark durch das Konkordat geprägt (vgl. Röhrlich, 2009, S.49). Wichtigster außenpolitischer Partner wurde *Mussolinis* faschistisches Italien, welches auch Garant vor Zugriff des nationalsozialistischen Deutschland sein sollte (vgl. ebd.). Italien näherte sich aber im Laufe der 30er Jahre immer mehr an NS-Deutschland an. Deutschland versuchte Österreich zu isolieren und die Wirtschaft des Landes mittels der "Tausend Mark Sperre" zu brechen (vgl. Jedlicka, 1977, S.161f).¹⁸ Der autoritäre österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß wurde 1934 beim Putschversuch österreichischer Nationalsozialisten erschossen und daraufhin zum Märtyrer stilisiert (vgl. Röhrlich 2009, S.50; vgl. Kreisky 2007, S.161). Sein Nachfolger Kurt Schuschnigg traf am 12. Februar 1936 mit Hitler zusammen und machte ihm Zugeständnisse, so wurde der österreichische Nationalsozialist *Arthur Seyß-Inquart* Chef vom Innen- und Sicherheitsressort. Schließlich kam es im März 1938 zum "Anschluss" Österreichs ans nationalsozialistische Deutschland.¹⁹ Unmittelbar nach dem "Anschluss" kam es in Österreich zu Übergriffen gegenüber Juden und Plünderungen von jüdischen Geschäften (vgl. Röhrlich, 2009, S.50).

¹⁷} Wie Röhrlich (2009, S.48) anmerkt, herrscht nach wie vor in der Geschichtsforschung Uneinigkeit darüber, wie diese Periode österreichischer Geschichte am Besten zu benennen ist. Neben dem Begriff "autoritärer Ständestaat", werden die Begriffe "Austrofaschismus", "Konkurrenzfaschismus" oder "Regierungsdiktatur" genannt.

¹⁸} Dies war eine Gebühr, die Deutsche bei der Einreise nach Österreich zu entrichten hatten. Bereits damals war die österreichische Wirtschaft stark vom Tourismus abhängig. Die Deutschen bildeten dabei wie heute die wichtigste Touristengruppe. Diese Sperre wurde 1936 nach Zugeständnissen Schuschniggs an Hitler wieder aufgehoben. Vgl. Website *Austria Forum*, Eintrag "Tausend-Mark-Sperre", erreichbar unter <http://austria-forum.org/af/AEIOU/Tausend-Mark-Sperre>, abgerufen am 7.2.2013.

¹⁹} Schuschnigg hatte davor noch eine Volksabstimmung zum "Anschluss" anberaumt, die er scheinbar auf deutschen Druck abgesagt hatte (vgl. Röhrlich, 2009, S.50). Der österreichische Völkerrechtler Stephan Verosta (1983, S.48) meint, dass das Votum eindeutig für einen Erhalt der österreichischen Souveränität gefallen wäre, da seiner Meinung nach die gesamte Linke, einschließlich der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der österreichischen Juden gegen den "Anschluss" votiert hätte. Kreisky (2007, S.194) spricht ein Zitat Hitlers aus der Hitler-Biographie von Joachim Fest (1973) an. So soll Hitler in erniedrigender Weise zu Schuschnigg gesagt haben: "Wer weiß - vielleicht bin ich über Nacht in Wien; wie der Frühlingssturm. Dann sollen Sie etwas erleben."

2.3 Die Zweite Republik: Ein Neuanfang? Die Ära Kreisky und das neue österreichische Selbstverständnis

Einer der leitenden Grundsätze, die in Vorbereitung des Parteitages der SPÖ 1947 genannt wurden, war folgender:

”Das österreichische Volk muß Herr im eigenen Lande sein. Nach der Befreiung von der faschistischen Herrschaft muß Österreich endlich seine volle politische Souveränität wiedererlangen. Es muß frei werden von der Besetzung.”

Weiters wurden die im Arbeitsprogramm bereits von Renner mehrmals genannten Forderungen übernommen:

”Österreich frei und neutral. Internationale Garantie der Neutralität Österreichs zur Sicherung seiner bestehenden Grenzen, seiner Freiheit und Unabhängigkeit. Volle internationale Gleichberechtigung des österreichischen Staates. Aufnahme Österreichs in die Weltorganisation der Vereinten Nationen.” (Zitiert nach Verosta, 1983, S.53).

Österreichs Isolation als besetztes Land endete erst nach dem Tod Stalins, als die Sowjetunion begann, für die Besatzungskosten selbst aufzukommen. Dabei wurde der militärische Hochkommissar durch einen Botschafter ersetzt. Österreich wurde daraufhin zur Berliner Aussenministerkonferenz eingeladen, an der Aussenminister *Leopold Figl* und Staatssekretär *Bruno Kreisky* vertreten waren.²⁰ Figl gab dabei an, niemals fremde Stützpunkte in Österreich zuzulassen (vgl. Verosta, 1983, S.56). Dies führte zu einer Unterstützung der Neutralität durch die Amerikaner, doch auch durch die Sowjets, deren vorheriger Abzug aus Österreich Voraussetzung der Amerikaner war (vgl. Verosta, 1983, S.57). 1955 wurde Bundeskanzler *Julius Raab* nach Moskau eingeladen, mit ihm kamen Vizekanzler *Adolf Schärff*, Außenminister *Leopold Figl* und Staatssekretär *Bruno Kreisky*. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde im Moskauer Memorandum festgelegt. Die weiteren Schritte wurden bei der Botschafterkonferenz zwischen dem 2. und dem 13. Mai 1955 in Wien besprochen. Auch diesmal waren die Teilnehmer für Österreich wieder Figl und Kreisky. Der Staatsvertrag wurde fertiggestellt, einige wenige Artikel gestrichen (vgl. ebd., S.58). Am 15. Mai 1955 erfolgte schließlich die feierliche Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die fünf beteiligten Außenminister. Nachdem der letzte alliierte Soldat am 20.

²⁰Das Außenministerium gehörte damals organisatorisch noch zum Bundeskanzleramt (vgl. Röhrlich, 2009, S.14).

Oktober 1955 österreichischen Boden verlassen hatte, wurde am 26. Oktober vom österreichischen Nationalrat das *Bundesverfassungsgesetz* über die *immerwährende Neutralität* beschlossen. Diese wurde von den vier Großmächten in vorher vereinbarten Noten akzeptiert (vgl. ebd.).²¹

Bruno Kreisky gehörte als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten den Regierungen Raab I und Raab II an. Weiters wurde er in der dritten von Raab gebildeten Regierung Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten. Er blieb auch in der Regierung Raab IV (1960-61), Gorbach I (1961-62), Gorbach II (1963-64), und in der Regierung Josef Klaus (1964-66), Außenminister (vgl. Verosta, 1983, S.59). Nach der Etablierung der ÖVP Alleinregierung wurde er 1966 Parteivorsitzender der SPÖ. Laut den Erinnerungen seines Mitarbeiters *Gerald Hinteregger* (2008, S.85) kreisten sich die ersten außenpolitischen Gedanken Kreiskys um das Verhältnis zu den vier Staatsvertragsmächten USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion. Weitere zentrale Themen seiner frühen außenpolitischen Tätigkeit waren die österreichische Neutralität und das Verhältnis zu den realsozialistisch regierten Nachbarländern. Eine weitere Besonderheit stellte das Verhältnis zu Italien dar, das durch das Südtirolproblem belastet war.²² Die Integration Österreichs in das europäische Wirtschaftssystem und in die *Vereinten Nationen*, sowie erstmals der Blick auf die so genannten "Dritte Welt Länder" sollten Kreisky weiters als Außenminister auszeichnen (vgl. ebd.).

Kreisky nannte seine Art der Politik "*aktive Neutralitätspolitik*", die er durch Reisen in die Länder der Staatsvertragsmächte auszuloten und abzustecken versuchte (vgl. ebd., S.91; vgl. Lanc 1997, S.82). Seine Bemühungen wurden von den Supermächten anerkannt, wie die Einladungen von österreichischen Delegationen nach Moskau (1962) und in die Vereinigten Staaten (1963) zeigten. Österreich unterhielt damals nur wenige Botschaften in den Ländern der "Dritten Welt".²³ Eine der wichtigsten Reisen Kreiskys früher Amtszeit führte ihn mit seinem Stab von Mitarbeitern nach Ägypten, den Iran sowie nach Indien, wie Hinteregger (2008, S.96) beschreibt. Vor allem das indische Staatsoberhaupt *Jawaharlal Nehru* hat das Denken Kreiskys

²¹} Kurt Waldheim (1983, S.233) nennt das Jahr 1955 auch das Jahr, in dem die drei wichtigen Etappen genommen wurden, um Österreich wieder seine Souveränität zu sichern: Das Moskauer Memorandum, der Staatsvertrag und die Neutralitätserklärung. Dazu nennt er die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen als vierten wichtigen Schritt.

²²} Bereits 1945 hatte Österreich versucht, das Selbstbestimmungsrecht in Südtirol im Zuge der Atlantikcharta umzusetzen. Die provisorische österreichische Staatsregierung verlangte dabei von der Londoner Außenministerkonferenz eine verbindliche Abstimmung im Gebiet zwischen dem Brennerpass und der Salurner Klause. Die Alliierten gingen aber nicht auf die österreichischen Forderungen ein (vgl. Steiner, 1977, S.173).

²³} Über die Probleme und Mühseligkeiten, solche Botschaften neu zu errichten, berichtet Otto Pleinert (vgl. 1994).

nachhaltig beeinflusst (vgl. Jankowitsch, 1983, S.259). Der Dialog mit dem ägyptischen Machthaber *Gamal Abdel Nasser*, der bereits damals großen Einfluss auf den restlichen nahöstlichen Bereich ausübte, entpuppte sich als Beginn eines regen Interesses der neuen österreichischen Außenpolitik in Nahost.

Bei dieser Reise traf Kreisky erstmals auf den Schah, *Mohammad Reza Pahlevi* (vgl. ebd.). Der Schah sprach dabei vom Interesse, sein Land mehr an Europa anzunähern und zu modernisieren. Durch diese Reise gewann die österreichische Außenpolitik unter Kreisky an Prestige in den Entwicklungsländern. Im Zuge dessen wurde in Wien auf Initiative Kreiskys hin das *Wiener Institut für Entwicklungsfragen* gegründet.²⁴ Aufgabe des Instituts war es, die Bevölkerung in Bezug auf entwicklungspolitische Themen zu sensibilisieren. Zu diesem Zweck fanden Diskussionsabende, die Herausgabe von Unterrichtsmaterialien oder die Veranstaltung von Konferenzen und Tagungen statt. Dabei wurden vor allem Personen, die im Zuge der Dekolonisation politisch an Einfluss gewonnen hatten, in das Projekt eingebunden (vgl. Röhrlich, 2009, S.268). Röhrlich (ebd.) führt weiter aus, dass Kreiskys Vorgehensweise dabei doppelt integrativ war: So machte er zum einen die Vertreter der "Dritten Welt" zu seinen Diskussionspartnern, wie auch zu einem Teil seiner eigenen demokratischen Entwicklung. Neben all diesen Maßnahmen blieb der Umfang der von Österreich tatsächlich geleisteten finanziellen Entwicklungshilfe aber gering, wie Hinteregger (2008, S.102f) in seinen Memoiren bekennt.²⁵ Nichtsdestotrotz konnte die offensive Nahost- und "Dritte Welt" Politik, sowie vor allem die von Kreisky geführte aktive Neutralitätspolitik zum Leitmotiv der österreichischen Geschichts- und Identitätspolitik werden, wie Oliver Rathkolb im Vorwort von Elisabeth Röhrlichs (2009, S.10) ausgiebigen biographischen Werk über Kreisky erwähnt. Für Kreisky bedeutete daher Außenpolitik "eine nationale Politik im besten Sinne des Wortes".²⁶ Kreisky war der Meinung, dass nur eine feste Verankerung des Landes in den internationalen Be-

²⁴} Heute nennt sich das Institut *Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit*. Das VIDC wurde nach der *Konferenz für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft*, die im Juli 1962 in Salzburg und in Wien stattfand, gemeinsam mit Politikern wie *Tom Mboya* aus Kenia oder *Ahmed Ben Salah* aus Tunesien gegründet. Vgl. Website des VIDC, erreichbar unter <http://www.vidc.org/index.php?id=1009&L=0>, abgerufen am 06.02.2013. Laut Lendvai and Ritschel (1973, S.139) kamen viele der Vorschläge und Anregungen, wie das Institut konzipiert werden sollte vom damaligen, indischen Premierminister und zugleich Außenminister, Jawaharlal Nehru.

²⁵} Tatsächlich wurde die österreichische Entwicklungspolitik bereits damals von manchen ausländischen Diplomaten als "big mouth-tight pocket" bezeichnet (vgl. Hinteregger, 2008, S.103). Auch Jankowitsch (1983, S.269) spricht davon, dass die skandinavischen Länder weitaus mehr an Entwicklungshilfegelder zuschossen, während Österreich einen Platz am unteren Ende der Geberstaaten eingenommen hatte.

²⁶} Protokoll über die Abteilungsleitersitzung auf Schloss Wartenstein am 6.7.1961, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv (SBKA), VII.3. Integration, EFTA - E(W)G, Box 5: Diskussionen im Inland (1962-1967;1971-1980). Zitiert nach Röhrlich 2009, S.14.

ziehungen die österreichische Souveränität gewährleisten könne (vgl. Röhrlich, 2009, S.15). Gleichzeitig, so eine ihrer Thesen, sollte die Außenpolitik Kreisky ein Feld bieten, das den Österreichern eine Möglichkeit bot, sich mit der neuen Zweiten Republik zu identifizieren. Sie sieht nationale Identität und internationale Politik in einem sich beeinflussendem Feld, so sollte umgekehrt die neue österreichische Identität außenpolitische Ideen beeinflussen (vgl. ebd.).

2.3.1 Bruno Kreisky, ein kurzer biographischer Abriss

Um die politische Prägung Bruno Kreiskys zu verstehen, muss auf sein soziales Umfeld und Sozialisation verwiesen werden. Dabei darf nicht Kreiskys widersprüchliche Persönlichkeit und Biographie außer Acht gelassen werden. So begründete Kreisky selbst seine Außenpolitik mit persönlichen Erfahrungen. Elisabeth Röhrlich hebt hervor, dass Kreiskys gut situierte großbürgerliche jüdische Familie aus Mähren ein altes und typisches Produkt der Habsburgermonarchie war (Röhrlich, 2009, S.43). Bruno Kreisky wurde am 22. Januar 1911 in Wien geboren (vgl. Rathkolb and Etzendorfer, 1986, S.21). Er war der jüngere zweier Brüder (vgl. Röhrlich, 2009, S.51). Vor allem seine Mutter *Irene Felix* kam aus einer wohlhabenden Familie, da ihr Vater Industrieller war. Wie die Familie ihres Ehemannes kam auch ihre Familie aus dem Gebiet der späteren Tschechoslowakei (vgl. Röhrlich 2009, S.51; vgl. Kerschbaumer 2003, S.11). Bruno Kreiskys Vater brachte es als Generaldirektor der Wollindustrie AG und Textil AG zu angemessenem Wohlstand. Des Weiteren arbeitete er als Zensor in der Nationalbank.

Die Eltern Kreiskys kamen aus assimilierten jüdischen Familien, wie der Parteifreund *Otto Binder* (2010, S.26 zitiert nach Röhrlich 2009, S.52) ausführt. Kreisky trat im Alter von 20 Jahren aus der jüdischen Kultusgemeinde aus (vgl. Röhrlich, 2009, S.52). Dennoch war er vor allem während seiner Jugend vom Judentum und von der sich entwickelnden jüdischen nationalen Identität fasziniert und beeinflusst. Weiters beschäftigte er sich intensiv mit zionistischen Ideen,²⁷ laut eigener Aussage wollte er selbst ein Buch über das Thema Judentum aus austromarxistischer Sicht schreiben (vgl. ebd.). Seine schulischen Leistungen wurden im Laufe der Jahre immer dürftiger, er wechselte auch durch mehrmalige Veränderungen des Wohnortes der Eltern öfters die Schulen. Im Wintersemester 1929/30 begann er schließlich ein Jurastudium an der Universität Wien (vgl. Röhrlich 2009, S.53; vgl. Kreisky 2007,

²⁷} Kreisky selbst spricht in seinen Lebenserinnerungen davon, bereits sehr früh mit dem Zionismus konfrontiert worden zu sein, da sein Cousin *Viktor Much* ihn intensiv vom Zionismus begeistern wollte (Kreisky, 2007, S.45). Kreisky lehnte diese Ideologie zwar ab, begann sich aber dadurch bereits sehr früh mit dem Thema auseinanderzusetzen.

S.113). Bereits während seiner Schulzeit betätigte sich Bruno Kreisky politisch in der sozialistischen Jugend. Bald wechselte er zur Arbeiterjugend, eine Zeit, die durch die dürftige Quellenlage mehrheitlich im Dunkeln liegt. Kreisky identifizierte sich laut frühen Weggefährten mit Otto Bauer, der im Gegensatz zu Karl Renner die "linke Sozialdemokratie" repräsentierte.

Bruno Kreiskys früheste Kindheitserinnerungen handeln vom Tod und Begräbnis Kaiser Franz Josephs. Sein Tod am 21. November 1916 bedeutete den Abschluss des alten österreichischen Weges der monarchistischen Kontinuität und den Beginn eines neuen Zeitalters. Selbst der 1911 geborene Kreisky hat dies in seinen Kindheitsjahren erkannt (vgl. Kreisky, 2007, S.27). Die Lebenswege der Eltern und Großeltern trugen noch unverkennbar die Spuren der Habsburgerzeit. Ihre Sozialisation in der Donaumonarchie hat sich zu einem gewissen Teil auf den jungen Bruno Kreisky übertragen. Wie Aleida Assmann (2006, S.26 zitiert nach Röhrlich 2009, S.44) ausführt, nehmen Kinder einen Teil der Erinnerungen der beiden Generationen vor sich auf. Sie nennt dies das "*Drei-Generationen-Gedächtnis*".

Der Erste Weltkrieg endete, und mit ihm die österreichische Monarchie. Wien war eine Stadt mit zwei Millionen Einwohnern, die den Kopf eines Staates mit 6,5 Millionen Bewohnern bildete. Hunger, Armut und Inflation bestimmten die Jahre nach dem Krieg, der von vielen gewünschte Anschluss an Deutschland wurde von den Siegermächten verwehrt.²⁸ Die erste Koalition der Zwischenkriegszeit unter Bundeskanzler Karl Renner zerbrach, doch die Sozialdemokratie behielt die Macht in Wien, das ab 1922 auch als Bundesland regiert wurde. Hier hatten die Sozialdemokraten erstmals die Möglichkeit, durch weitreichende Reformen des Bildungs-, Sozial- und Steuerwesens, ihre Vision des *Austromarxismus* umzusetzen.²⁹ Kreisky wurde trotz der wohlhabenden Herkunft seiner Eltern früh sozialdemokratisch geprägt (vgl. Röhrlich, 2009, S.46). Die frühe politische Sozialisation war bei Kreisky kein Einzelfall, da das Klima der Spannungen zwischen den Lagern, die sogar vor paramilitärischer Bewaffnung, auf der einen Seite der *Republikanische Schutzbund* und auf der anderen Seite die *Heimwehren* nicht Halt machte, und zu einer Politisierung ganzer gesellschaftlicher Schichten führte. Ein wichtiges Datum markiert hierbei der 15. Juli 1927, als die Spannungen schließlich eskalierten und Österreich in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand stürzten (vgl. Röhrlich, 2009, S.46). An diesem Tag wurden diejenigen Mitglieder der Heimwehren freigesprochen, die bei einem

²⁸} Weiterführende Literatur zum Thema Österreich zur Zwischenkriegszeit und allgemeine Geschichte Österreichs findet sich bei Andics (1976), (1981), Klinger (2005), Vocelka (2010), Stauber (2006), Hanisch (2005) und Berger (2008).

²⁹} Weiterführende Literatur zum Thema "Rotes Wien" siehe Öhlinger (1993), Weihsman (2002) oder Bulant (2002).

Konflikt mit dem Republikanischen Schutzbund im burgenländischen Schattendorf einen alten Mann und ein Kind erschossen haben. Dies, neben weiteren Konflikten führte nun zu einem riesigen Protestmarsch, der sich am Morgen des 15. Juli in die Wiener Innenstadt bewegte. Der Wiener Justizpalast ging dabei in Flammen auf, ein weiterer Punkt der Kreisky in deutlicher Erinnerung geblieben ist (vgl. Kreisky, 2000, S.104f). In weiterer Folge wurde in Österreich ein autoritäres Regime errichtet, eine Entwicklung die in ganz Europa zu beobachten war (Möller 1998, S.6 zitiert nach Röhrlich 2009, S.48). Eineinhalb Jahre dieses Regimes verbrachte Kreisky in Haft. Das Regime verbot die NSDAP und den Republikanischen Schutzbund. Ab 1934 wurde auch die österreichische Sozialdemokratie Opfer dieser Politik, die ab sofort aus dem Exil oder aus dem Untergrund agieren musste. Grund war der bürgerkriegsähnliche Kampf, der ab dem 12. Februar 1934 in Teilen Österreichs zwischen Bundesheer bzw. den Heimwehren und der Arbeiterschaft stattfand (vgl. Röhrlich, 2009, S.49). Während die Parteiführung unter Otto Bauer ins benachbarte Brüssel flüchtete, arbeitete Kreisky in der Illegalität weiter (vgl. ebd.). Diejenigen, die sich dazu entschlossen in Österreich zu bleiben, um im Untergrund weiterzuarbeiten, fühlten sich oft von der Parteispitze verraten, die es vorzog das Land zu verlassen. Manche der im Untergrund verbliebenen schlossen sich dabei auch den Kommunisten an (vgl. Röhrlich, 2009, S.58). Bruno Kreisky wurde am 30. Januar 1935 verhaftet, woraufhin vier Monate Arrest im Polizeigefängnis folgten. Ende Mai wurde er ins Landesgericht I überstellt, wo er bis zum „*Großen Sozialistenprozess*“ 1936 inhaftiert blieb.

Dieser begann am 16. März 1936, 26 Sozialdemokraten und zwei Kommunisten wurden angeklagt.³⁰ Kreiskys Verteidigungsrede ist in mehreren Versionen überliefert (vgl. Rathkolb and Etzendorfer, 1986, S.55-61). In seiner Rede forderte er Meinungsfreiheit und Demokratie, er gab an nach wie vor Sozialist zu sein (vgl. Röhrlich, 2009, S.64). Der Prozess sorgte selbst international für Aufsehen, wodurch die Strafen vergleichsweise milde ausfielen. Kreisky wurde zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt, die Zeit der Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet (vgl. ebd.). Den „Rädelsführern“ *Marie Emhart* und *Karl Hans Sailer* drohte sogar die Todesstrafe, die aber nicht verhängt wurde (vgl. Rathkolb and Etzendorfer, 1986, S.37).

Kreisky wurde am 3. Juni 1936 aus der Haft entlassen, eine Fortsetzung des Studiums blieb ihm aber vorerst verwehrt. Erst im Jahr des „Anschlusses“ konnte er sein Studium beenden. Am Tag nach seines letzten juristischen Rigorosum wurde er von der Gestapo in „Schutzhaft“ genommen. Es folgten weitere fünf Monate in

³⁰Laut Kreisky (2007, S.170) sollte der Eindruck entstehen, die Sozialdemokraten seien mit den Kommunisten verbündet. Die autoritäre Dollfuß-Regierung erwartete sich so weniger internationalen Widerstand gegen den Gerichtsprozess.

verschiedenen Gefängnissen, einer Deportation in das Konzentrationslager Dachau entging er knapp.³¹ Er wurde im August 1938 aus dem Gefängnis entlassen, wurde aber gleichzeitig gedrängt, Österreich so schnell als möglich zu verlassen. Sein erstes Ausreisegesuch ging an Bolivien (vgl. Rathkolb and Etzendorfer, 1986, S.116), doch emigrierte er schließlich nach Schweden.

Nach einer Phase bitterer Armut im schwedischen Exil fand Kreisky ein Auskommen bei verschiedenen Zeitungen, unter anderem als Korrespondent (vgl. Röhrlich, 2009, S.67). Im Exil heiratete er eine Schwedin mit österreichischen Wurzeln, *Vera Fürth*. Schweden war trotz der liberalen Politik dieser Zeit restriktiv in Fragen der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Das Land war zwar neutral, erlaubte aber den deutschen Truppen, Transporte über das Staatsgebiet durchzuführen. Auch bestand nach wie vor reger Handel mit dem Deutschen Reich. Vor dem Hintergrund einer vorsichtigen Außenpolitik war es den Flüchtlingen lange Zeit nicht gestattet, offensiv und öffentlich aufzutreten. Vor allem jüdische Emigranten wurden oft nach Österreich zurückgeschickt, was Kreisky in einen Brief an *Joseph Buttinger* folgendermaßen bemerkte:³²

”Was uns [...] gerade in Flüchtlingsfragen so sehr die Lage erschwert, ist, dass wir eben fast lauter Juden herbringen müssen.”³³

Im Stockholmer Exil fanden sich Sozialdemokraten und Sozialisten aus vierzehn verschiedenen Ländern. Es entstand reger Austausch und es wurden zukünftige Konzepte erarbeitet (vgl. Röhrlich, 2009, S.73). Hier lernte Bruno Kreisky auch *Willy Brandt* kennen.³⁴ Hervorzuheben ist, dass die österreichischen Emigranten bereits im Exil eine starke politische Vorarbeit für ein unabhängiges Nachkriegsösterreich lieferten. Dies wurde vor allem durch zahlreiche Veranstaltungen mit Österreich, bzw. Wienbezug hervorgehoben (vgl. Röhrlich, 2009, S.98).

Die Rückkehr nach Österreich verlief turbulent, da Rückkehrern von Seiten der Sozialdemokratischen Partei oft Misstrauen entgegengebracht wurde. Kreisky wurde wieder nach Stockholm versetzt, wo er sein diplomatisches Geschick verbessern konnte und erstmals mit den Funktionen und den Abläufen des Außenamtes vertraut wurde (vgl. Röhrlich, 2009, S.103). Er kehrte erst 1951 endgültig nach Österreich zurück.

³¹ Kreisky (2007, S.213) merkt an, dass das Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten in Paris sogar die Nachricht von seiner Deportation in das Konzentrationslager erhielt.

³² Jüdische Flüchtlinge wurden später mit einem ”J” in ihrem Reisepass als solche gekennzeichnet (vgl. Kreisky, 2000, S.309ff).

³³ Kreisky an Buttinger, 18.2.1939, S.138.

³⁴ Weiterführende Informationen über die österreichischen Exilanten in Schweden finden sich unter anderem bei Kiem (2001) und Egger (2008).

2.3.2 Spezifika österreichischer Aussenpolitik unter Kreisky

Das österreichische Außenministerium war traditionell konservativ geprägt. Bis zu Kreiskys Amtsantritt 1953 residierte man im Außenministerium stattlich, der imperiale Einfluss vergangener k.k. Zeiten war noch bemerkbar (vgl. Röhrlich, 2009, S.151f). Diese Rückgriffe auf alte k.k. Diplomatie waren es auch, die Kreisky geschickt nutzte, um die äußere Form seiner Außenpolitik zu kreieren. Gleichzeitig wurde er als intellektueller Großbürger in seiner Rolle ernst genommen. Röhrlich (2009, S.153) weist auf den äußerst populären und von *Franz Antel* 1955 gedrehten Film "Der Kongress tanzt" hin, der die Zeit des Wiener Kongresses (1814/15) verklärte. Die mit dem Film entstandene österreichische Erinnerungskultur³⁵ übte einen erheblichen Einfluss auf das Selbstverständnis österreichischer Diplomatie am Beginn der Zweiten Republik aus, die auf Kontinuität seit der Zeit der Habsburgermonarchie bedacht war (vgl. Röhrlich, 2009, S.153).³⁶ Bereits damals wollte Kreisky Wien als internationalen Konferenzort etablieren. Er legte zwar Wert darauf, seine Diplomatie im alten Gewand zu kleiden, inhaltliche Überschneidungen zur monarchistischen Außenpolitik gab es aber nicht (vgl. ebd.). Tatsächlich entfernte sich Kreisky immer mehr von der traditionellen österreichischen Außenpolitik. Es wurden Botschaften in "Dritte Welt Ländern" eröffnet sowie die Diplomatische Akademie wiedereröffnet, die einen neuen Typ Diplomat, ganz nach der Vorstellung Kreiskys, ausbilden sollte (vgl. Rathkolb, 2004).³⁷

Neben einer neuartigen Ausbildung junger Diplomaten mit neuen beruflichen Anforderungen, legte Kreisky Schwerpunkte seiner Tätigkeit auf die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland (Röhrlich 2009, S.161; vgl. Kerschbaumer 2003, S.57). Daneben pflegte er eine private Freundschaft zum Berliner Bürgermeister Willy Brandt, den er bereits aus dem schwedischen Exil kannte. Kreisky versuchte daher auch, ab 1959 in der Frage der Teilung Deutschlands zu vermitteln (vgl. Röhrlich, 2009, S.184). Als Lösung für Berlin sah Kreisky hierbei eine Art Korridor vor,

³⁵} Unter dem Begriff der Erinnerungskultur versteht der Brockhaus

"einen Schlüsselbegriff der politische und kulturelle Diskussion um die Funktion von kulturellen Mustern der Erinnerung sowie die Bedeutung von Gedächtnis und Erinnerung im Hinblick auf die Ausbildung von Identität entwickelt hat; dabei nimmt der Umgang mit Geschichte und Vergangenheit im kollektiven Rahmen (nationale Geschichten, nationales Gedenken) eine zentrale Rolle ein."

Brockhaus Multimedial DVD, Eintrag Erinnerungskultur.

³⁶} Laut Röhrlich (2009, S.153) hat Thomas Angerer (2001) eine Kontinuität österreichischer Außenpolitik seit dem 18. Jahrhundert festgestellt.

³⁷} Dabei wurde der entwicklungspolitische Aspekt der neugegründeten Institution nicht außer Acht gelassen. So wurden Vorlesungen über die Entwicklungshilfeproblematik angeboten und spezielle Programme für Gasthörer aus "Dritte Welt Ländern" initiiert. Vgl. Eder 1969, S.32f zitiert nach Röhrlich 2009, S.265.

der nicht nur den Westteil, sondern die ganze Stadt mit Westdeutschland verbinden sollte. Kontrollaufgaben würden dabei von einer internationalen Polizeitruppe, die von den Vereinten Nationen gestellt würde, übernommen (vgl. ebd.). Kreisky konnte Willy Brandt einen persönlichen Gesprächstermin bei *Nikita Chruschtschow* vermitteln, doch fand das Gespräch nie statt (vgl. ebd.).³⁸ Kreiskys Vermittlertätigkeit schlug vor allem im Inland hohe Wellen, manche ÖVP Abgeordnete bereiteten eine parlamentarische Anfrage vor, da ihrer Meinung nach Kreiskys Vermittlung kaum mit der österreichischen Neutralität vereinbar sei (vgl. ebd.). Kreisky hatte laut Röhrlich (2009, S.193f) seine Stellung als Staatssekretär in dieser Frage überschätzt und zeigte sich über die innenpolitischen Reaktionen verwundert, da seiner Meinung ja auch Julius Raab und Leopold Figl Alleingänge unternommen hätten. Er bedachte an dieser Stelle nicht, dass die beiden als Bundeskanzler agierten, nicht als Staatssekretäre.

Kreiskys Deutschlandpolitik hat zu einer Abgrenzung der Österreicher von den Deutschen geführt und somit zur Identitätsbildung im jungen neuen Staat beigetragen (vgl. Röhrlich 2009, S.194; vgl. Kreisky 2007, S.325-338). Unter ähnlichen Gesichtspunkten lässt sich Kreiskys Südtirolpolitik beschreiben, die aber auf Integration und nicht auf Abgrenzung bedacht war.

Die Situation von Südtirol war bereits zur Zeit der Ersten Republik ein viel diskutiertes Thema. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde Südtirol Italien zugesprochen, einen Minderheitenschutz oder Autonomierechte gab es für die Bewohner nicht (vgl. Röhrlich, 2009, S.194). Südtirol wurde im Laufe der Jahre italienisiert und bereits Mussolinis faschistische Politik setzte auf Unterdrückung der deutschsprachigen Bevölkerung (vgl. ebd.). Kreisky kam die Südtirolproblematik gerade recht, um sich als heimatverbundener Politiker zu inszenieren. So brachte er zwischen 1959 und 1961 das Thema vor die Vereinten Nationen und führte bilaterale Verhandlungen mit Italien (vgl. ebd.). Auch spielte das Thema durch den Druck des Landes Tirol innenpolitisch eine ernstzunehmende Rolle. Tatsächlich wurden Fragen, Südtirol betreffend, lange Zeit wie innenpolitische Themen behandelt (vgl. Kerschbaumer, 2003, S.72).

Kreisky nutzte geschickt die Unterstützung durch neu entstandenen afrikanischen Staaten. Dabei betonte er mehrmals die Wichtigkeit, österreichische Delegationen zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten zu entsenden (vgl. Röhrlich 2009, S.204; vgl.

³⁸ Wieso das Treffen schlussendlich nicht zustande kam, lässt sich nur schwer rekonstruieren. So fand zur selben Zeit ein Treffen zwischen Chruschtschow und dem SPD Vorsitzendem *Erich Ollenhauer* statt, auch die ablehnende Haltung des Berliner Senats gegen das Treffen dürfte ausschlaggebend gewesen sein (vgl. Röhrlich, 2009, S.191).

Kerschbaumer 2003, S.120).³⁹ Auch hier zeigte sich bereits der neue Fokus Kreiskys Außenpolitik, die sich, nicht ganz uneigennützig, den Ländern der "Dritten Welt" zuwandte (vgl. Kerschbaumer, 2003, S.121).⁴⁰ Das Thema wurde 1960 von Österreich vor die UNO gebracht. Diese beschloss, dass Österreich und Italien das Problem in bilateralen Gesprächen zu lösen hätte, diese fanden auch 1961 im Zuge mehrerer Konferenzen statt (vgl. Röhrlich, 2009, S.208). Kreiskys Südtirolpolitik analysiert Teuber-Weckersdorf (1997, S.120) folgendermaßen: "Er hat Südtirol besonders stark vertreten, weil er gewußt hat, daß sonst die Bomben fliegen werden." Dennoch wurden gerade diese Konferenzen durch Bombenanschläge der radikalen Südtirolaktivisten erschwert. Kreisky wurde des öfteren vorgeworfen, gemeinsame Sache mit den Terroristen gemacht zu haben, bzw. von den Anschlägen im Vorfeld gewusst zu haben. Schlüssig nachweisen lässt sich, dass Kreisky zumindest einmal radikale Südtirolaktivisten in seiner Privatwohnung zu Gesprächen empfangen hat (vgl. Röhrlich, 2009, S.212-215). Auch dies deutete bereits auf sein späteres Vorgehen in der Nahostpolitik hin, den Kontakt zu radikalen Gruppen nicht zu scheuen.

Die europäische Integration Österreichs bildete für Kreisky ein drittes wichtiges Betätigungsfeld. Bereits 1957 bildete sich die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) (vgl. James, 2004, S.288f) heraus. Ein Beitritt wurde vor allem von der ÖVP gefordert (vgl. Röhrlich, 2009, S.220). Kreisky selbst schloss eine vollständige Integration aus, war einem Beitritt aber grundsätzlich nicht abgeneigt.⁴¹ Er selbst favorisierte eine Mitgliedschaft Österreichs in der kleinen europäischen Freihandelszone (EFTA) (vgl. ebd.). Seiner Meinung nach ließ die österreichische Neutralität eine Vollmitgliedschaft nicht zu. Seine kompromisslose Haltung in dieser Frage trug ihm innenpolitisch immer wieder Feinde ein (vgl. Kerschbaumer, 2003, S.79). Er musste das Thema schließlich abgeben und kümmerte sich seitdem verstärkt um Kontakte zu den sozialistischen Staaten in Osteuropa (vgl. Kerschbaumer, 2003, S.56f). Als Bundeskanzler trat Kreisky 1972 in der Thematik EWG wieder in Erscheinung, als es ihm gelang, ein Freihandelsabkommen abzuschließen, dass sowohl Österreich wirtschaftlich profitieren ließ als auch gleichzeitig die Handlungsfreiheit gegenüber Drittländern wahrte, wie Michael Gehler (2002, S.260f zitiert nach Röhr-

³⁹} Kurt Waldheim (1983, S.245) betont, wie wichtig die UNO für kleine Staaten wie Österreich geworden ist, die an nicht genügend außenpolitischer Stärke verfügen, ihre nationalen Interessen aus eigener Kraft durchzusetzen.

⁴⁰} Laut Jankowitsch (1983, S.259) wurde Kreisky bereits durch den von *Willy Münzenberg* 1927 in Brüssel organisierten anti-imperialistischen Weltkongress, bei dem Prominente Personen wie *Henri Barbusse*, *Albert Einstein*, *George Lansbury*, *Romain Rolland* oder *Upton Sinclair* zusammentrafen, beeinflusst.

⁴¹} Artikel IV des Staatsvertrages untersagte Österreich sowohl den politischen, als auch den wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland (vgl. Röhrlich, 2009, S.234).

lich 2009, S.224) ausführt (vgl. auch Reimann and Peichl 1972, S.220f).

Kreiskys Nachbarschaftspolitik wurde von ihm selbst bei seiner ersten Pressekonferenz als Außenminister zu einem seiner wichtigsten Themen gemacht, konkret bezog sich diese aber auf die realsozialistischen Länder des Donauraums (vgl. Röhrlich 2009, S.242; vgl. Kerschbaumer 2003, S.53). Kreisky reiste so zum Beispiel als erster westlicher Außenminister im Jahr 1964 nach Budapest. 1965 fasste Kreisky seine Nachbarschaftspolitik laut Röhrlich (2009, S.247) in folgende Punkte zusammen:

- Feststellung des kommunistischen politischen Charakters der besagten Länder,
- Unterschiede zwischen den Ländern des Ostblocks müssen bedacht werden,
- "Politik der demokratischen Présence", eine Betonung und Repräsentation der eigenen demokratischen Gesinnung,
- eine mögliche Koexistenz mit den osteuropäischen Nachbarn.⁴²

Die Donau nahm hierbei eine besondere geographische und identifikatorische Rolle ein, da Kreisky der Meinung war, dass die Länder an der Donau ein besonderes Gefühl der Nachbarschaft verbinde (vgl. ebd., S.250). Er unternahm viele Vortragsreisen in die Länder des Ostblocks, die Zuhörerschaft wurde dabei penibel ausgewählt.

Wie bereits erwähnt bildete die "Dritte Welt" ein wichtiges neues Thema in Kreiskys außenpolitischer Agenda. Dies geschah aus verschiedenen Gründen wie Elisabeth Röhrlich (2009, S.255) ausführt: Die beißende Armut in den Ländern Afrikas und Asiens, die fortschreitende Dekolonisation und die Konkurrenz durch die Sowjetunion auf dem Gebiet der "Entwicklungshilfe".⁴³ Weiters dürfte Kreiskys eigene Biographie, die von seiner Flucht aus Österreich geprägt war, eine wichtige Rolle gespielt haben. So schrieb er 1963:

"Dieses Problem (Anm.: Die Armut in Afrika und Asien) ist eines der wichtigsten unserer Zeit und unserer Generation" (Kreisky, 1965, S.66).

⁴²} Diese Koexistenz hat Kreisky auch direkt bei seinen Vorträgen in den verschiedenen Städten Osteuropas angesprochen (vgl. Kerschbaumer, 2003, S.62).

⁴³} Der Begriff muss wie der Begriff "Dritte Welt" als problematisch und im historischen Kontext betrachtet werden. Röhrlich (2009, S.256) führt hierbei aus, dass bereits zur Zeit der Kolonisation davon ausgegangen wurde, vermeintliche oder tatsächlich bestehende Probleme der kolonialisierten Länder mittels christlicher Mission, Bildung, Ausbeutung der Arbeitskraft oder der Bodenschätze lösen zu können, was einem radikal eurozentristischen Ansatz entspricht. Kreisky selbst kritisierte den Begriff *Entwicklungshilfe*, da er ihn als überheblich empfand. Er meinte, dass man sich von der Vorstellung lösen solle, "die Dinge besser zu verstehen als die politischen und wirtschaftlichen Führer jener Staaten, denen diese Hilfe gebracht werden soll" (Kreisky, 1965, S.72).

Als Beginn dieser Art von Kreiskys Außenpolitik kann die *Schwedenhilfe* betrachtet werden, die er nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs initiierte, um die Armut im Nachkriegsösterreich zu bekämpfen (vgl. Röhrlich, 2009, S.259).⁴⁴ Das Interesse Kreiskys wurde bald auch auf Südamerika gelenkt, vor allem durch die *Theologie der Befreiung* (vgl. Röhrlich, 2009, S.284).⁴⁵ und durch *John F. Kennedys* Antwort auf die kubanische Revolution, die so genannte *Allianz für den Fortschritt*.⁴⁶ Kreisky begann als Repräsentant der europäischen Sozialdemokratie Kontakt zu lateinamerikanischen Führern der Sozialdemokratie wie *Haya de Torre* aus Peru, *Ricardo Balbin* aus Argentinien, *Romulo Betancourt* und *Carlos Andres Peres* aus Venezuela, sowie Demokraten und Sozialdemokraten aus Chile, Bolivien, Kolumbien, Brasilien und anderen Ländern, zu suchen. Es kam in weiterer Folge zur *Konferenz von Cancun*, die Österreich gemeinsam mit Mexiko organisierte (vgl. Röhrlich, 2009, S.285). Dennoch sollte das Kerngebiet seiner außenpolitischen Tätigkeit innerhalb der "Dritten Welt" eindeutig der Nahe Osten bilden. Seine Agenda blieb aber lange Zeit unausgereift, wie Kreiskys Schlagwort "Marshallplan für die Dritte Welt" zeigte (vgl. ebd., S.260).⁴⁷ Später setzte er auf Infrastrukturprojekte und wirtschaftliche Erschließung, wie er in seiner eigenen Publikation *Die Herausforderung* schrieb (vgl. Kreisky, 1965, S.70). Daneben sollte es universitäre Austauschprogramme geben. Entwicklungspolitik richtete er nach der entwicklungspolitischen Schule aus, die von einer Hilfe zur Selbsthilfe spricht (vgl. Röhrlich, 2009, S.260). Die Hilfe wurde von Kreisky als Solidarität empfunden, die als zentrales Element der Sozialdemokratie gilt. Daneben

⁴⁴} Sie beinhaltete unter anderem Arbeitsschuhe für Kindergärtnerinnen, Decken für Schlafstellen oder Forelleneier für Fischzüchter. Selbst die SPÖ forderte von ihr Bürobedarf an. Vgl. *Mensch Kreisky: Die Schatten des Sonnenkönigs*. Profil-Online Artikel vom 8.1.2011, erreichbar unter <http://www.profil.at/articles/1101/560/285853/mensch-kreisky-die-schatten-sonnenkoenigs>, abgerufen am 10.2.2013.

⁴⁵} Weiterführende Literatur zum Thema Katholizismus in der Phase der Dekolonisierung gibt es bei Greinacher (1980), Rahner (1977) oder Schwieger (1987).

⁴⁶} Dennoch gab Kreisky zu, dass er mit den Problemen des lateinamerikanischen Kontinents sowie mit vielen Gebieten Asiens nicht sehr vertraut sei, da er sich nicht ausreichend damit beschäftigt hatte. Auch aus diesem Grund hat er seine Energie auf die Länder des Nahen Ostens gerichtet (vgl. o.A. 1998 zitiert nach Kerschbaumer 2003, S.133).

⁴⁷} Der Plan sollte einen massiven Ressourcentransfer von den "entwickelten Ländern" in Richtung der "Dritten Welt" auslösen. Diese sollten zum Aufbau der Infrastruktur wie Straßen oder der Eisenbahn genutzt werden. Der Plan würde sowohl in den "Dritte Welt" Ländern als auch in den Industrienationen zu einer Arbeitsplatz- und Industrieauslastung führen. Die Finanzierung solle seiner Meinung nach über den Wehretat stattfinden, der dafür gekürzt werden könne (vgl. Horvath, 1989, S.181). Der Plan wurde später in "Kreisky Plan" umbenannt (vgl. Lanc, 1997, S.85).

betrachtete er Entwicklungshilfe⁴⁸ auch als Teil westlicher Sicherheitspolitik. Diese müsse vor allem von neutralen Staaten umgesetzt werden (vgl. ebd., S.262; vgl. Janakowitsch 1983, S.280).⁴⁹ Er war der Meinung, dass moderne Technologie und Agrartechniken wie Kunstdünger oder Insekten- bzw. Schädlingsbekämpfungsmittel das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern vorantreiben würde. Seinen Optimismus schöpfte er aus den Erfahrungen des österreichischen Wirtschaftswunders, das seiner Meinung nach durch die amerikanische Hilfe des Marshall-Plans gelang (vgl. ebd. S.263; vgl. Horvath 1989, S.181). Erst Mitte der 60er Jahre fanden sich laut Röhrlich (2009, S.263) erstmals kritischere Töne bei Kreisky. Dennoch bildete die Entwicklungspolitik einen der Grundpfeiler Kreiskys Außenpolitik als späterer Bundeskanzler (vgl. ebd., S.270).

Als dieser wurde er am 21. April 1970 angelobt. Bei seiner Regierung handelte es sich um ein Minderheitenkabinett, das von der FPÖ geduldet wurde. Im Oktober 1971 gab es bereits Neuwahlen, Kreisky konnte nun mit einem Stimmenanteil von 50,4% und der absoluten Mehrheit eine Alleinregierung bilden. Dabei blieb er trotz dem Bundeskanzleramt aktiver Außenpolitiker. Kreisky hatte zwar während seiner Amtszeit bis 1983 drei parteilose Außenminister, doch waren diese hauptsächlich ausführendes Organ der Interessen des Bundeskanzleramtes wie Kriechbaumer (2006, S.262) schreibt. Die ÖVP griff in weiterer Folge seine außenpolitische Themensetzung, wie die Nahostpolitik immer stärker an (vgl. Röhrlich, 2009, S.273). Dennoch hielt Kreisky an seiner außenpolitischen wie auch sicherheitspolitischen Agenda fest und lud immer wieder internationale Institutionen ein, sich in Wien niederzulassen.⁵⁰ Österreichs Stellung in der Welt sollte laut Röhrlich (2009, S.277) durch die Unterstützung internationaler Einsätze wie im Kongo Anfang der 1960er Jahre, gefestigt werden (vgl. Pahr, 2002, S.9f). Erstmals kam 1967 vom damals ÖVP geführten Außenministerium die Idee eines Wiener UN-Zentrums auf (vgl. Röhrlich, 2009, S.278). Dies geschah ganz im entstandenen Selbstverständnis der Republik,

⁴⁸} Ein Schwerpunkt österreichischer Entwicklungshilfe lag in der Unterstützung des vorrevolutionären Irans. So gab es Mitte der 60er Jahre in Teheran ein österreichisches Kulturinstitut, sowie eine österreichische Gewerbeschule. Daneben sollte der Wiederaufbau des durch das Erdbeben 1962 komplett zerstörte Dorf *Soravadjin* durch die österreichische Entwicklungshilfe finanziert werden. Neben all diesen Maßnahmen im Zuge der Entwicklungshilfe gab es auch wirtschaftliche Verträge zwischen dem Iran und österreichischen Firmen wie der PORR A.G., die ein Wasserkraftwerk errichtete. Vgl. *Kreisky Archiv: Länderbox "Iran"*, Box 1, Betreff: "Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit dem Iran".

⁴⁹} Waldheim (1983, S.239) spricht den neutralen Staaten in der UNO in diesem Bezug eine besondere Bedeutung zu.

⁵⁰} So befand sich bereits seit 1957 in Wien der Sitz der *Internationalen Energiebehörde* (IAEO), 1965 stieß die *Organisation erdölexportierender Länder* (OPEC) hinzu, sowie 1967 die *Organisation der Vereinten Nationen für internationale Entwicklung* (UNIDO).

da Österreich laut Tenor als neutraler Staat ein Ort der Zusammenkunft sein sollte (vgl. ebd.). Die SPÖ übernahm 1970 die Macht und damit die Idee der ÖVP, in Wien ein UN-Zentrum zu errichten. 1979 wurde die UNO-City schließlich feierlich eröffnet (vgl. Kreisky and Rathkolb, 1996, S.357). Das Zentrum sollte den neutralen Status Österreichs festigen und symbolisieren. Kreiskys Meinung zum neuen UNO-Zentrum:

”Wenn immer mehr internationale Behörden ihren Sitz nach Wien verlegen, so ist das eine [...] Anerkennung. [...] Ein Begegnungsplatz der Völker zu sein stärkt die Position des neutralen Österreich. [...]”

Weiters führte er aus dass,

”Die Anwesenheit internationaler Behörden [...] ein Sicherheitsfaktor ist”
(Kreisky and Lucbert, 1978, S.74)

Ein Höhepunkt dieser Politik der Gespräche auf neutralem Boden wurde Ende der 70er Jahre erreicht, als Kreisky *Shimon Peres* und *Anwar al-Sadat* 1978, und anschließend *Jassir Arafat* 1979 in Wien empfing (vgl. Röhrlich, 2009, S.286). Kreiskys Meinung zur Lage in Nahost war auch durch die Ölkrise bestimmt, die seiner Meinung nach einen stärkeren Dialog mit den arabischen Staaten nötig machte. So schrieb er 1975:

”Aufgrund einer immerhin langjährigen Beschäftigung mit diesem Problem wage ich die Behauptung, daß in gleichem Maße, in dem es uns gelingt, eine Zusammenarbeit zwischen der europäischen Sozialdemokratie und den fortschrittlichen Bewegungen in den arabischen Ländern herbeizuführen, sich auch die realen Chancen für ein friedliches Nebeneinander der arabischen Staaten und Israels vergrößern. Den fortschrittlichen Kräften in den arabischen Ländern läßt sich durchaus begreiflich machen, daß ein haltbarer Friede im Mittleren Osten auch eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Europa ermöglichen würde” (Brandt, Kreisky, Palme 1975, S.112f).

Kreisky versuchte das Thema der inneren Sicherheit mit direkten Kontakten zu arabischen und palästinensischen Ansprechpartnern zu lösen. Hier verband sich für ihn Außenpolitik mit Innenpolitik.

2.3.3 Kreiskys Nahostpolitik

Kreisky selbst führt sein Interesse am Nahen Osten auf die vielen irakischen Studenten zurück, die nach dem Krieg in Österreich studierten und mit denen er in seiner Position als Staatssekretär häufig zusammen traf (Kreisky, 2007, S.435). Kreisky meinte damals Prozesse im Nahen Osten zu erkennen, die auch Europa betreffen werden. Seiner eigenen Aussage nach (ebd.) war er früh davon überzeugt, dass sich die Konflikte in der arabischen Welt durch die Etablierung des Staates Israel verstärken, und schlussendlich eskalieren werden. Er war der Meinung, dass die Gefahr von Stellvertreterkriegen zwischen der Sowjetunion, die sich hinter die arabischen Staaten stellte, und den Vereinigten Staaten, die Israel unterstützten, vorhanden sei. Als weiteren Grund seines Engagements nannte er die Energieabhängigkeit der westeuropäischen Staaten von den Ländern des Nahen Ostens. Diese Abhängigkeit sollte seiner Meinung nach eine parallele politische Entwicklung voraussetzen, um zukünftige Konflikte zu vermeiden (ebd., S.436).

Weiters war laut Röhrlich (2009, S.301) Kreiskys jüdische Herkunft ausschlaggebend für sein Handeln bei außenpolitischen Themen. Jeder seiner Gesprächspartner, ob israelischer Politiker oder arabischer Aktivist wusste über seine familiäre Herkunft bescheid (vgl. ebd.). Dabei wurde Kreisky oft von Gegnern "jüdischer Selbsthass", eine Art selbstbezogener Antisemitismus vorgeworfen. Röhrlich (2009, S.301) berichtet, dass ein Lehrerhandbuch, das vom israelischen Bildungsministerium zum Thema "Holocaust" herausgegeben worden war, Kreisky als Beispiel für jüdischen Selbsthass angegeben hatte.⁵¹ Auch sein älterer, seit Jahren in Israel lebender Bruder Paul kam immer mehr ins Rampenlicht und wurde innenpolitisch gegen Kreisky benutzt. Selbst sah sich Kreisky als Jude dazu berechtigt, neue Aspekte in der Nahostpolitik zu setzen (vgl. ebd.).

Kreiskys Nahostpolitik wurde besonders nach zwei bestimmten Ereignissen in Österreich und der Welt wahrgenommen:

Erstens die Gefangennahme auswanderungswilliger sowjetischer Juden, die auf dem Weg in das Transitlager Schönau geschah. Die Geiselnnehmer waren palästinensische Terroristen, die die Schliessung des Lagers erzwangen (vgl. Röhrlich 2009, S.302;

⁵¹Die Autorin zitiert hier Helga Embacher und Margit Reiter (1998, S.183). Die beiden Autorinnen ihrerseits beziehen sich auf eine Studie von Tom Segev (vgl. 1995, 630f). Vgl. auch Weinisch 1991, S.35.

vgl. Pleinert 2002, S.771).⁵² Kreisky holte sich für die Verhandlung mit den Geiselnehmern die Botschafter der Länder Ägypten, Libanon, Lybien und dem Irak, sowie zwei psychologische Gutachter zu Hilfe. Er ließ das Lager Schönau schließen, was zu innenpolitischen und außenpolitischen Tumulten führte. Besonders hervorzuheben ist hier der Beziehung zur israelischen Ministerpräsidentin *Golda Meir*, die nachhaltig erschüttert wurde. Meir befand sich zur Zeit der Geiselnahme in Straßburg und reiste weiter nach Wien, um die Situation mit Kreisky zu diskutieren. Berühmt sollte danach ihr Satz werden, "dass Kreisky ihr nicht einmal ein Glas Wasser angeboten habe" (vgl. Embacher 1998, S.168; vgl. Rathkolb 1997, S.191).⁵³ Sie verließ Wien Richtung Tel Aviv mit 90 jüdischen Emigranten aus der Sowjetunion. Das israelisch-österreichische Verhältnis war erschüttert, wie an der darauffolgenden Pressekonferenz Golda Meirs in Tel Aviv gesehen werden kann. Sie sprach davon, die Beziehungen zu Österreich zwar nicht abbrechen zu wollen, doch sei das Verhältnis grundlegend erschüttert. Wie Meir versuchte auch der US Präsident *Richard Nixon* erfolglos, Kreisky von seiner Entscheidung, das Lager zu schließen, abzubringen (vgl. Röhrlich, 2009, S.304). Im Inland kam es zu Demonstration jüdischer Österreicher am Ballhausplatz, in Israel wurde vor allem die Person Kreisky kontrovers diskutiert.⁵⁴ Als klar wurde, dass Österreich weiterhin als Transitland für die jüdischen Auswanderer offen stehen würde, versachlichte sich die Diskussion und Berichterstattung (vgl. ebd., S.305). Daneben normalisierten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Kreisky argumentierte seine Entscheidung sicherheitspolitisch. So war er nach wie vor der Meinung, Österreich könne durch seine Art der Politik dem arabischen Terrorismus entgehen. Er machte auf den Überfall auf das olympische Dorf in München 1972 aufmerksam, bei dem mehrere israelische Sportler von einem palästinensischen Terrorkommando getötet wurden (vgl. ebd., S.306). Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung stand klar hinter Kreiskys Entscheidung, wie von mehreren Meinungsforschungsinstituten erhoben wurde.⁵⁵

⁵²Die Terroristen forderten den sofortigen Stopp der jüdischen Auswanderung über Österreich. Kreisky lehnte dies zwar entschieden ab, ließ das Lager aber dennoch schließen. Die jüdischen Emigranten wurden ab sofort vom Roten Kreuz in kleineren Lagern betreut, was bald zu einer erhöhten Zahl von Auswanderern führen konnte. Vgl. Kejda 1995, S.402 zitiert nach Roider 2012, S.61.

⁵³Laut Uri Avnery und Margit Schmidt et al. (1997, S.142) hat Kreisky Meir sogar ein "besonderes" Zimmer für ihren Aufenthalt in Wien zur Verfügung gestellt.

⁵⁴Tatsächlich war es seit Beginn Kreiskys Kanzlerschaft erklärtes Ziel, den Staat Israel zu unterstützen, wie er bei einem Arbeitsessen mit dem syrischen Premierminister *Mahmoud Ayubi* 1974 klarmachte. Kreisky sagte zu Ayubi, dass er die guten Beziehungen zu den arabischen Ländern nicht auf Kosten der Beziehungen zu Israel aufrechterhalten werde. Er nannte Israel eine neue Heimat zehntausender vertriebener Österreicher und einen modernen Staat. Diese Aufbauleistung nicht anzuerkennen würde gegen die eigenen Prinzipien verstoßen. Vgl. *The Jewish Chronicle*, 27. September 1974.

⁵⁵Laut Embacher (1998, S.166) je nach Umfrage zwischen 58% und 79%.

Kreisky versuchte sein Vorgehen in einem Schreiben an verschiedene westliche Regierungschefs zu erklären, und gab dabei den israelischen Medien und Politikern eine Mitschuld an der Schließung des Lagers:

”Die österreichischen Behörden waren von der Voraussetzung ausgegangen, daß sich diese Aktivitäten in möglichster Diskretion vollziehen werden, worauf leider allzu oft seitens der verantwortlichen jüdischen Stellen nicht Bedacht genommen wurde. Immer wieder wurde Schönau in den Mittelpunkt des Weltinteresses gestellt. Dies ist soweit gegangen, daß dem Lager Schönau seitens hoher israelischer Funktionäre Symbolcharakter zugesprochen wurde” (Röhrlich, 2009, S.307).⁵⁶

Laut Röhrlich (2009, S.307) meinte Kreisky mit dem Bezug auf die ”hohen israelischen Funktionäre” Golda Meir selbst, die 1972 das Lager besucht hatte, und damit seiner Meinung nach zu einem möglichen Ziel für Terroristen machte.⁵⁷ Evelyn Adunka (2000, S.401) spricht von insgesamt neun Attentatsversuchen bzw. Drohungen, die zwischen 1970 und 1973 registriert wurden.⁵⁸ Bunzl (1991, S.51) erkennt die massive Zunahme der Zahl der jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion als einen weiteren wichtigen Grund, wieso es zur Geiselnahme kam. So wurde ab 1971 vermehrt internationaler Druck auf die Sowjetunion ausgelöst, die Zahl der Ausreiseanträge dramatisch zu vergrößern (vgl. Roider, 2012, S.54&58).

Nur wenige Tage nach der Geiselnahme in Marchegg brach der *Jom-Kippur-Krieg* aus, mit dem Ägypten und Syrien versuchten, die von Israel im *Sechs-Tage-Krieg* annektierten Gebiete zurückzuerobern. Kreisky schreibt in seinen Memoiren von dem bestehenden Angriff auf Israel gewusst zu haben, da er vom späteren ägyptischen Außenminister *Ismael Fahmi* darüber informiert worden sei (Kreisky, 1991, S.324f). Er war der Meinung, dass seine Nahostpolitik nach seiner Entscheidung in Marchegg international stärker anerkannt worden sei (ebd.). Die Beziehungen zu Israel selbst waren ambivalent. Israel erkannte zwar die Moskauer Deklaration an, welche die Opferthese Österreichs impliziert, doch hatten vor allem die Fälle *Adolf Eichmann* und *Franz Murer* die öffentliche Meinung in Israel gegenüber Österreich bestimmt (vgl. Gehler, 2005, S.388f).

⁵⁶Mit ”verantwortlichen jüdischen Stellen” meinte Kreisky vermutlich die *jewish agency*, die die Verwaltung des Lagers inne hatte. Nach der Schließung wurden die nachfolgenden Lager vom Österreichischen Roten Kreuz betreut. Vgl. Roider 2012, S.61.

⁵⁷Neben Meir besuchte auch der israelische Außenminister *Abba Eban* im März 1973 das Lager (vgl. Embacher, 1998, S.163).

⁵⁸Laut Bunzl (1991, S.51) kam es sogar 1973 zu Verhaftungen von arabischen Terroristen, die ein Attentat gegen Schönau geplant haben. Sie gaben an, der Terrororganisation *Schwarzer September* anzugehören, die auch für das Attentat auf die israelische Mannschaft in München verantwortlich waren.

Als zweiten Punkt erwähnt Röhrlich (ebd.) die Debatte, die um die SS-Mitgliedschaft des damaligen FPÖ-Politikers *Friedrich Peters* entbrannt ist (1975). Kreisky unterstützte Peters und attackierte öffentlich *Simon Wiesenthal*, der die Mitgliedschaft Peters öffentlich gemacht hatte. Die jahrelangen Animositäten zwischen Kreisky und Wiesenthal sollten als Kreisky-Wiesenthal Affäre in die Geschichte Österreichs eingehen.⁵⁹ Bereits 1970 wurde Kreisky von Wiesenthal vorgeworfen, vier ehemalige Nationalsozialisten in seinem Regierungskabinett zu beschäftigen (vgl. Gehler, 2005, S.309). Die Affäre beeinträchtigte erneut die Beziehungen zu Israel, als Kreisky mit dem "Fall Wiesenthal" allgemeine Äußerungen über das Judentum und im speziellen mit dem Staat Israel verband.⁶⁰ Der eigentliche Auslöser der Affäre, Friedrich Peters erschien kaum mehr in der Debatte. Karin Stögner (2008, S.56) kam zu dem Schluss, dass Kreisky mit seiner Kritik an Israel als Politiker jüdischer Herkunft, und der politischen Integration ehemaliger Nationalsozialisten, die "Lebenslüge" Österreichs stabilisiert hat.

Kreisky engagierte sich im Zuge der Sozialistischen Internationale zusehends stärker für Nahostfragen. So trat er dafür ein, anlässlich des Jom-Kippur-Krieges eine *Fact Finding Mission* in die Krisengebiete zu unternehmen, was selbst bei Golda Meir Zustimmung fand (vgl. Kriechbaumer 2006, S.273; vgl. Kreisky 2007, S.441). 1974 reisten die ersten Teilnehmer unter Kreiskys Leitung nach Ägypten, Syrien und Israel (vgl. Röhrlich, 2009, S.317). Die Delegation fand Kontakt zu arabischen Staatsmännern, die vorher kaum Kontakt zur westlichen Ländern hatten (vgl. Etzersdorfer, 1987, S.114). Eine zweite Mission fand vom 9. bis zum 16. Februar 1975 statt und führte über Marokko nach Algerien, Tunesien und Libyen. Vom 15. bis 21. März 1975 wurde unter der Führung von Kreisky eine letzte Mission nach Kuwait, in den Irak, nach Jordanien, Saudi Arabien, Syrien und die Vereinigten Arabischen Emirate unternommen (vgl. ebd.). Dabei verwischten sich Kreiskys Positionen als österreichischer Bundeskanzler mit denen eines Mitglieds der Sozialistischen Internationale. Auf diesen Missionen traf Kreisky sowohl den ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat, als auch den PLO-Führer Jassir Arafat. Er war der Ansicht, diese beiden Politiker stärker in seine Nahostpolitik einbinden zu müssen, was vor allem auf Arafat zutraf (vgl. Kriechbaumer, 2006, S.318). Der Abschlussbericht der Fact-Finding-Mission löste erneut Aufsehen aus. Auf der ersten Seite des Berichtes findet sich ein persönliches Vorwort Kreiskys, in dem er dem Staat Israel seine volle Loyalität aussprach. Laut Röhrlich (2009, S.319) und Weinisch (1991, S.42) konzentriert

⁵⁹} Weiterführende Literatur zur Affäre gibt es bei Segev (2012), Böhler (2007) oder Hopfer (2003).

⁶⁰} "Die Juden - ein mieses Volk", 17.11.1975 zitiert nach Röhrlich (2009, S.312).

sich der Bericht auf zwei konkrete Bereiche: Zum Einen das Palästinenserproblem. Kreisky und die anderen Teilnehmer der Mission waren der Meinung, dass ohne der Etablierung eines palästinensischen Staates, der auf dem Gebiet des Gaza-Streifens und der Westbank errichtet werden sollte, kein Frieden in der Region möglich sei. Israel solle sich auf die Grenzen vor 1967 zurückziehen. Jerusalem sollte zwar nicht geteilt, aber separat verwaltet werden. Das Gebiet der heiligen Stätten sollte "ähnlich wie in Rom", exterritoriales Gebiet sein (vgl. Kreisky, 2007, S.450).

Die Forderungen deckten sich mit denen der UNO. Neben diesem Punkt wurde auch das Problem der palästinensischen Flüchtlinge angesprochen. Der zweite Fokus des Berichts lag darin festzuhalten, dass die arabischen Länder an einem Friedensschluss und an einer Deeskalation des Konfliktes interessiert seien. Er hielt fest, dass die arabische Welt den Staat Israel nicht infrage stelle (vgl. ebd., S.319).

Trotz der Vorstellung des Bundeskanzlers, dass eine offensive und vermittelnde Nahostpolitik Österreich sicherheitspolitisch hilfreich sein könnte, kam es in den 1970er und 1980er Jahren zu mehreren terroristischen Anschlägen. So wurde am 21. Dezember 1975 das Hauptquartier der OPEC von einem Terrorkommando unter der Leitung des venezolanischen Terroristen *Ilich Ramírez Sánchez*, besser bekannt unter dem Pseudonym "*Carlos*", angegriffen. Drei Menschen kamen ums Leben, dennoch ließ Kreisky die Terroristen ausfliegen.⁶¹ Am 22. April 1979 explodierte im Hausflur des Hauses in der Seitenstettengasse 2 neben dem Stadttempel eine Zeitbombe, glücklicherweise entstand nur Sachschaden (vgl. Adunka, 2000, S.452). Zu dem Attentat bekannten sich die "Adler der Revolution", dieselbe terroristische Gruppe, die bereits 1973 den Überfall auf den Zug in Marchegg verantwortete. 1981 wurde der Wiener SPÖ-Verkehrstadtrat *Heinz Nittel* auf dem Weg zu den 1. Mai Feierlichkeiten in seinem Dienstwagen erschossen.⁶² Nur wenige Wochen später detonieren zwei Bomben vor der israelischen Botschaft in Wien, und bei einem Angriff auf die Wiener Synagoge in der Innenstadt wurden zwei Menschen getötet (vgl. Röhrlich, 2009, S.320). Weiters fand 1985 ein Anschlag auf den Flughafen Schwechat statt (vgl. Bunzl, 1997, S.201).⁶³ Elisabeth Röhrlich (2009, S.320) führt an dieser Stelle aus, dass Österreich neben der BRD und den Niederlanden zu den vom Terrorismus am gefährdetsten Ländern Westeuropas zählte. Kreiskys Nahostpolitik

⁶¹Die Ereignisse werden in der Mini-Serie bzw. in dem gleichnamigen Spielfilm mit anderer Schnittfassung "*Carlos*" von Olivier Assayas detailliert dargestellt.

⁶²Vgl. „*Mein lieber Freund*“ - *Bruno Kreisky, Jassir Arafat und Palästina*, Profil-Online Artikel vom 13.11.2004, erreichbar unter <http://www.profil.at/articles/0446/560/97907/zeitgeschichte-mein-freund-bruno-kreisky-jassir-arafat-palaestina>, abgerufen am 12.2.2013.

⁶³Die österreichische Presse war nach diesem Anschlag einhellig der Meinung, dass Kreiskys Außenpolitik die darauf abzielte, Österreich sicherheitspolitisch zu stützen, versagt habe (vgl. Bunzl, 1991, S.84).

wurde ihm vor allem von der ÖVP zum Vorwurf gemacht, die der Meinung war, sie hätte grundlegend zu den terroristischen Angriffen beigetragen (vgl. Gehler, 2005, S.407).⁶⁴ Kreisky selbst glaubte, dass seine intensive Außenpolitik Österreich vor weit schlimmerem bewahrt habe, da es als Transitland für jüdische Flüchtlinge ohnehin stark gefährdet gewesen sei (vgl. Bunzl, 1997, S.201).⁶⁵ Die ÖVP verlangte von Kreisky, seinen Briefwechsel mit Jassir Arafat offen zu legen.⁶⁶ Kreiskys Engagement im Nahen Osten war auch in Österreich ungebremsst. So vermittelte er 1977 ein geheimes Treffen zwischen österreichischen Regierungsvertretern, einem Vertreter der BRD, seiner palästinensische Hoffnung *Issam Saratwi* und dem Sicherheitschef der PLO, *Ali Hassan Salameh*, der als Drahtzieher hinter dem Terroranschlag von München 1972 vermutet wurde (vgl. Röhrlich, 2009, S.320f). Bereits im Februar 1975 trafen der amerikanische Präsident *Gerald Ford* und der ägyptische Präsident Sadat in Salzburg zu Gesprächen zusammen. Auch diese Gespräche waren von Kreisky initiiert worden (vgl. ebd., S.321). Im Sommer 1978 folgte das Treffen Sadat, Shimon Peres und Willy Brandt. 1979 fand erneut in Österreich ein Treffen zwischen Arafat und Brandt statt. Röhrlich (2009, S.321) berichtet von einer äußerst medienwirksamen Inszenierung Kreiskys bei all diesen Gesprächsvermittlungen. Sie erwähnt aber auch eine medial zurückhaltendere Veranstaltung, die aus einer mehrtägigen Konferenz in Wien bestand, an der jüdische und arabische Intellektuelle teilnahmen, um erste Wege der Kommunikation zu finden (vgl. ebd., S.321f).

Einladungen ergingen nicht nur an Personen aus Israel und Palästina, sondern vor allem aus Europa und den USA. Als Teilnehmer waren vor allem Wissenschaftler, Journalisten und Schriftsteller gefragt (vgl. Röhrlich, 2009, S.323).⁶⁷ Eingeladen wurden unter anderem prominente Personen wie: *Noam Chomsky*, *Saul Friedländer*, *Henry Kissinger*, *Pierre Mendes-France* oder *Amoz Oz*. Neben diesen Persönlichkeiten war der palästinensische PLO-Aktivist und Politiker Issam Sartawi eingeladen,

⁶⁴ John Bunzl (1991, S.65) gibt an, dass die Nahostpolitik Kreiskys von der österreichischen Bevölkerung mehrheitlich positiv aufgenommen wurde. 1980 gaben 59% der Befragten an, dass das Ansehen Österreichs in der Welt durch Kreiskys Außenpolitik hoch sei. Nur 7% waren der gegenteiligen Meinung.

⁶⁵ Grubmayr (2002, S.728) beschreibt ein relativ positives Österreichbild in der syrischen Presse der 70er und 80er Jahre. Trotz des hohen Palästinenseranteils in Syrien, wird nicht negativ über das Transitland Österreich geschrieben. Doch finden sich Kommentare, die Österreich nahe legen, "sich nicht von den Zionisten erpressen zu lassen". Gemeint ist damit die Möglichkeit, das Land der Emigration selbst wählen zu können. Dies war vor allem Kreisky sehr wichtig. Nach der Schließung von Schloss Schönau und der Übergabe der Verantwortung an das Rote Kreuz wanderten vermehrt Emigranten in die USA aus.

⁶⁶ Auszüge dieses Briefwechsels finden sich in dem bereits erwähnten Profil Artikel vom 13.11.2004.

⁶⁷ Kreisky (2007, S.450) erwähnte, dass es besonders schwierig war, interessierte Personen aus Israel zu finden.

in den vor allem Bruno Kreisky große Hoffnungen hegte (vgl. ebd.).⁶⁸ Zusagen gab es vor allem von jüdischer Seite, doch waren die eingeladenen Araber schwer von der Konferenz zu überzeugen. In Israel gab es Bedenken, die Lage im Nahen Osten sei zu angespannt um konstruktive Gespräche zu gewährleisten. 29 der 40 eingeladenen Araber antworteten nicht. Dies führte Avrom L. Udovitch, ein Freund von Goldmann und Arabist darauf zurück, dass sich die meisten der eingeladenen Araber in hohen universitären oder politischen Positionen befanden, und ein Kommen ihrerseits hochpolitisch wäre. Sie würden ohne einer ausdrücklichen Genehmigung ihrer Regierung nicht kommen (vgl. Röhrlich, 2009, S.325). Die Konferenz wurde daraufhin verschoben. Nachdem in London ein PLO-Angehöriger erschossen wurde, wurde die Konferenz erneut verschoben, schließlich komplett abgesagt (vgl. Röhrlich, 2009, S.325).

Im Laufe der kommenden Jahre verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Kreisky und Arafat. Als Wendepunkte können die Ermordung Sartawis in Portugal und die Ermordung von Kreiskys Freund Sadat gesehen werden, letztere wurde von Arafat sogar öffentlich begrüßt.⁶⁹ Im Frühjahr 1982 lud Kreisky *Muammar al-Gaddafi* zu einem Staatsbesuch nach Österreich. Zu diesem Zeitpunkt war Kreiskys große Nahost-Politik aber bereits vorbei (vgl. Röhrlich, 2009, S.330). Olof Palme resümiert Kreiskys Nahost-Engagement folgendermaßen:

”Ich kenne keinen Menschen, der so viel wie Bruno Kreisky zu den Bemühungen um einen solchen Dialog beigetragen hat. Und selbst wenn dieser Dialog heute nicht stattfindet, hat Bruno Kreisky viele Jahre lang den Grundstein gelegt und die Vorbereitungen getroffen, ihn eines Tages zu ermöglichen. Das war in vielen Kreisen nicht populär. Seine Handlungen waren ein Beweis für echten Mut. Aber ich bin sicher, dass es eines Tages, wenn die Beteiligten an dem Konflikt schließlich miteinander reden werden, allgemein anerkannt sein wird, daß der Mann, der vielleicht mehr als irgendein anderer dahinterstand, Bruno Kreisky aus Österreich war” (Kreisky and Reinhardt, 1985, S.13).

Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler blieb Kreisky außenpolitisch aktiv. 1983 sowie 1985 vermittelte er im Gefangenaustausch zwischen Israel und der PLO. Mit

⁶⁸} Uri Avneri führt aus, dass er Kreisky mit Issam Sartawi bekannt machte. Er war ein ehemaliger Terroristenführer, der von Arafat beauftragt wurde, Kontakt zwischen den Palästinensern und Europa herzustellen. Nach der Ermordung Sartawis soll Kreisky zu Avneri gesagt haben: ”Wissen Sie, in meinem Alter ist der Verlust eines Freundes ganz besonders schmerzlich, weil man in meinem Alter keine neuen Freunde macht. Man verliert Freunde und gewinnt keine neuen Freunde dazu” (Schmidt et al. 1997, S.141; Avneri 1988, S.183f).

⁶⁹} Vgl. Profil 13.11.2004; Vgl. Gehler 2005, S.404ff.

diesen Aktivitäten versuchte er erneut, eine Gesprächsbasis für einen Dialog zwischen Palästinensern und Israelis zu schaffen (vgl. Bunzl, 1997, S.200). Dabei betont Bunzl (1997, S.200), dass das Verhältnis zwischen Kreisky und Arafat vor allem bei der Frage des PLO-Abzugs aus Beirut gespannt war. Eine der letzten Initiativen Kreiskys war es, Dialog zwischen Israel und der PLO herzustellen. Er wollte prominente amerikanische Juden mit Yasser Arafat zusammen bringen, was er 1988 in Stockholm schließlich auch schaffte. Durch dieses Treffen konnte auch erstmals Kontakt zwischen der USA und der PLO geschaffen werden (vgl. Bunzl, 1997, S.201).

3 Der Iran und die islamische Welt

Paradoxerweise verband und isolierte zugleich der Islam den Iran von den umliegenden islamischen Ländern des Nahen Ostens. Der Grund dafür ist die *Schia*, die im Iran seit Jahrhunderten Staatskonfession ist, und die im Gegensatz zur *Sunna* steht, deren Lehre die meisten Muslime der Welt angehören. Auch ethnische Aspekte definieren die Sonderstellung des Irans in der islamischen Welt, da Perser im multiethnischen Iran die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Dies waren seit jeher die Vorraussetzungen fruchtbarer Entwicklungen, aber auch folgeschwerer Konflikte, die bis ins 21. Jahrhundert andauern, wie die folgenden Kapitel darlegen werden.

3.1 Frühe Geschichte und Geographie der Region

Im Zuge dieser Arbeit soll nur ein kurzer Überblick auf die lange und abwechslungsreiche Geschichte des Iran bzw. Persiens gebracht werden. Literatur, die die Geschichte der Region und des schiitischen Islams zum Thema hat, findet man unter anderem bei Mackey (1996), Upton (1960), Fisher (1968), Gershevitch (1996), Frye (1975), Boyle (1968), Jackson (1986) und Avery (1991).

Im Norden grenzt der Iran⁷⁰ an die Länder Armenien und Aserbaidshan, sowie an das Kaspische Meer und Turkmenistan, im Osten hat der Iran Grenzen zu den Ländern Afghanistan und Pakistan, im Süden grenzt er an den Golf von Oman, der Straße von Hormus und an den Persischen Golf, sowie im Westen an den Irak und an die Türkei.

Der Iran hat eine Fläche von 1.648.000km², was in etwa die fünffache Fläche der Bundesrepublik Deutschland beträgt. Einen großen Teil des Landes nimmt dabei das iranische Hochland ein, welches Höhen von bis zu 1.220 Metern erreicht und von

⁷⁰1935 wurde Persien durch *Reza Pahlevi* aus nationalistischen Gründen in Iran unbenannt (vgl. Ebert et al. vgl. 1987, S.1; vgl. Schweizer 1991, S.269).

Gebirge umschlossen ist (vgl. Czarnowski, 2001, S.2). Zwei Wüsten bilden mit ca. 50% den Rest des Staatsgebiet. Die *Lutwüste* ist eine Gesteinswüste, während die Große Salzwüste ihren Namen dem Salz verdankt. Im Norden befindet sich parallel zum Kaspischen Meer das *Elburs*-, im Westen und Südwesten das *Zagrosgebirge*. Da die Wüsten fast gänzlich unbewohnbar sind, lebt die iranische Bevölkerung nur auf 15% des Staatsgebietes (vgl. Fanizadeh, 1997, S.4). Der Iran ist, ähnlich wie die angrenzende Türkei, ein multiethnischer und multikonfessioneller Staat. Die Bevölkerungsmehrheit besteht aus schiitischen Perser, 9% der Bevölkerung sind *Sunniten*, die nicht offiziell anerkannt werden. Daneben leben im Iran *Aleviten*, die eine schiitische Sekte bilden, die Bahai, sowie christliche und zoroastristische Gemeinschaften (vgl. Courbage and Todd, 2008, S.124). Ethnisch und sprachlich weist der Iran eine große Vielfalt auf. Perser stellen zwar die Mehrheit der Bevölkerung, doch machen auch diese nur 51% der Population aus. Daneben leben im Iran 24% Aserbaidschaner, welche wie die Turkmenen die türkische Sprache sprechen und 7% Kurden, die eine indoeuropäische Sprache sprechen (vgl. ebd.). Die Kurden sind hauptsächlich Sunniten, die in den Provinzen Kurdistan, Kermanshah, Westaserbaidschan und Ilam die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Weitere ethnische Minderheiten sind die Luren, Gilaner, Masandaraner und die Belutschen (vgl. Czarnowski, 2001, S.2).

Das frühe Perserreich unter *Darius dem Großen* (522-486v.Chr.) erstreckte sich noch über die Gebiete des heutigen Ägyptens und Lybiens (vgl. Czarnowski, 2001, S.1). Noch vor dem Aufstieg des *achämenidischen Weltreiches* lebte im 7. oder 8. Jahrhundert v.Chr. der Prophet *Zarathustra*. Seine Lehre entwickelte sich um den Dualismus von Gut und Böse, wobei das Gute durch den Gott *Ahuramazda*, das Böse durch den Geist *Ahriman* repräsentiert wurde (vgl. Gehrke 1975, S.149; vgl. Schweizer 1991, S.35). Die Lehre wurde von *Darius*, als das achämenidische Weltreich seine größte Ausdehnung erlangte, sowohl als Religion wie auch als Staatsgrundlage eingeführt (vgl. ebd.). Das Reich wurde in Provinzen geteilt, die eine gewisse Form der Selbstständigkeit erhielten. Auch in Glaubensfragen wurde Toleranz geübt. Maße und Gewichte, sowie die Währung wurden vereinheitlicht, das Nachrichtenwesen durch den Bau von Straßen modernisiert (vgl. ebd.).

330 v. Christus wurde das Reich, das in den Vorzoroastrismus zurückgefallen war, von *Alexander dem Großen* erobert. Es wurde in sein Reich eingegliedert und nach dessen Zerfall wiederum ein Teil des *Seleukidenreichs*.

3.2 Überblick über persische Geschichte bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts

Um 250 v. Chr. wurde von iranischen Reitern das *Partherreich* gegründet, das im Nordosten des heutigen Staatsgebietes lag (vgl. ebd., S150). Dieses Reich bestand 500 Jahre, bevor es von einer Revolte aus dem iranischen Stammland *Fars* gestürzt wurde, und von einer Dynastie der *Sassaniden* ersetzt wurde. Die Religion des Zathustra wurde daraufhin wieder zur Staatsreligion erhoben, doch breitete sich daneben die Religion des *Manichäismus* aus (vgl. ebd.). Zu dieser Zeit kam auch das Christentum durch den römischen Einfluss in das Gebiet. Es kam zu Verfolgungen von Manichäern und Christen. Das *Sassanidenreich* wurde durch innere Kämpfe geschwächt, dazu kamen Konflikte mit dem äußeren Feind, dem *Römischen Reich* (vgl. ebd.). Die Kämpfe gegen Rom zeigten nur mäßigen Erfolg, doch konnten die Iraner 260 n. Chr. Kaiser *Valerian* gefangen nehmen. Auch unter *Chustrau II. Parwiz* (590-628. n.Chr.) konnten sie Erfolge verzeichnen, als Teile Ägyptens, Kleinasien und Syriens erobert wurden. Im römischen Gegenschlag gingen diese Gebiete aber bald wieder verloren (vgl. Gehrke, 1975, S.150). Der Iran war gegen Mitte des 7. Jahrhunderts dermaßen geschwächt, dass die arabisch-islamische Eroberungswelle nicht abgewehrt werden konnte. Wahdat-Hagh (2003, S.3) nennt die Niederlage im Krieg von *Qadisiyya* (631-651) als Beginn der Islamisierung des Gebietes. Das Sassanidenreich brach nach der Niederlage von *Nihawand* (642 n.Chr.) zusammen, der Iran wurde daraufhin Teil des Kalifats. Schweizer (1991, S.49) nennt das Jahr 637 den Beginn der Islamisierung, als arabische *Mudschaheddin* in die persische Hauptstadt *Ktesihpon* eindrangen, und ihren Feldzug tief ins Sassanidenreich führten. Der Islam breitete sich in den folgenden Jahrzehnten im Iran aus, was weniger auf Bekehrungen sondern mehr auf den Steuerdruck, der auf Nichtmuslimen lastete, zurückzuführen ist (vgl. Gehrke, 1975, S.150). Bausani (1965, S.67) kommentiert die Islamisierung der Perser folgendermaßen:

”Die Tatsache der Eroberung und Islamisierung Persiens ist einzigartig, wenn man bedenkt, dass vielleicht niemals in der Geschichte beobachtet wurde, wie ein Volk in kurzer Zeit eine reiche, umfassende religiöse Tradition verlässt, um sich einer anderen Kultur hinzuwenden, und dabei fast vollständig das Althergebrachte vergisst.”

Manche Iraner, die ihren zoroastrischen Glauben nicht ablegen wollten, gingen nach Indien und bildeten die heute noch existierende Gemeinschaft der *Parsen* (vgl. ebd.;

vgl. Schweizer 1991, S.50).⁷¹

Im Osten des Iran entwickelte sich nationale Selbstbestimmung der Bevölkerung. In diesem Gebiet wurden im Laufe des 9. und 10. Jahrhunderts verschiedene Herrschaften ausgebildet wie die *Tahiriden*, *Saffariden*, *Buyiden* und die *Samaniden* (vgl. Gehrke, 1975, S.151). Im Samanidenreich wurde vor allem die Stadt *Samarkand* zum kulturellen und wissenschaftlichen Mittelpunkt der islamischen Welt. Die iranischen Teilherrschaften wurden aber vom Einfall der türkischstämmigen *Seldschuken* beendet. Türkische Stämme bedrohten das Kalifat schon seit dem 7. Jahrhundert und drangen an verschiedenen Stellen in das Kalifat ein (vgl. ebd.). So eroberten sie im Jahr 1051 die Stadt *Isfahan* (vgl. Schweizer, 1991, S.155). Die Seldschuken wiederum wurden von den Mongolen unter *Dschingis-Chan* verdrängt (1220) (vgl. Gehrke, 1975, S.152). Die iranische Kunst übte in dieser Phase einen großen Einfluss auf die mongolische Kultur aus. Vom Westen des Irans aus versuchte der Safawide *Ismail* die Iraner für die Schia zu gewinnen (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.4).⁷² Die Schia als Gegenbewegung war bereits zur Zeit der Seldschuken verbreitet. Die schiitischen ismailitischen Kämpfer nannten sich selbst "*Fidai*" (vgl. Bausani, 1965, S.95). Ismail nahm als erster den Titel *Schah* an (vgl. Gehrke 1975, S.153; vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.132). Mit der Schia als Staatsreligion wurden nach Wahdat-Hagh (2003, S.5) zwei Ziele verfolgt: Sie einigte die Iraner und grenzte sie nach aussen hin von ihren Rivalen ab. Der Iran erlebte seine kulturelle und wirtschaftliche Blüte während der Regentschaft von *Schah 'Abbas dem Großen* (1587-1629), der 40 Jahre lang regierte. Das Reich geriet durch die Besinnung auf die Schia in Opposition zum Osmanischen Reich, von dem es, wie auch viele Länder Europas, Angriffe abzuwehren hatte. Zur Zeit der Safawidenherrschaft entstanden zwischen dem Iran und den Osmanen, sowie nach Indien und in den Mittelmeerraum weitreichende, wirtschaftliche Beziehungen (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.48). 1722 wurde das Safawidenreich von einem Stamm rebellischer Afghanen gestürzt, doch schon wenige Jahre später wurden wiederum diese von *Nadir Quli Chan* aus dem turkmenischen Stamm der *Afschar* verdrängt (vgl. ebd.). Der Herrscher der sich fortan *Nadir Schah* nannte wurde 1747 wegen seiner Grausamkeit gegenüber dem eigenen Volk ermordet.

Teheran wurde erstmals von dem türkischen Stamm der *Quadscharen* als Residenz gewählt. Der Iran führte Krieg gegen Russland, das nach der Unterwerfung Georgiens in die Interessensphäre des Iran eingedrungen war (vgl. Wahdat-Hagh, 2003,

⁷¹Dennoch fanden sich im Jahr 1991 noch um die 40.000 Anhänger der Religion im Iran (vgl. Schweizer, 1991, S.50).

⁷²Schweizer (1991, S.214) erwähnt, dass Ismail kein Perser war, da er die türkische Sprache sprach. Für seine Zeitgenossen galt er aber als halb Araber und halb Perser, der lange Zeit unter Türken gelebt habe.

S.64). Der Iran verlor durch diese Auseinandersetzungen Georgien, Transkaukasien sowie einen Teil von Armenien (Gehrke, 1975, S.154). Es wurde ihm untersagt, eine Flotte auf dem Kaspischen Meer zu unterhalten. Zu dieser Zeit drang England immer weiter in Richtung Iran vor, was das Land in die Mitte der Auseinandersetzung zwischen England und dem zaristischen Russland brachte. Die Engländer führten einen Feldzug gegen den Südiran, was zu einer Niederlage der iranischen Truppen führte. Im darauf folgenden Frieden von Paris (1857) mussten die Iraner ihre Truppen zurückziehen und die Unabhängigkeit *Afghanistans* anerkennen, das sich vorher vom Iran abgespalten hatte (vgl. ebd.). Verglichen mit der militärischen Entwicklung Europas war der Iran technisch und strategisch weit abgeschlagen. Daneben wies das Land starke Defizite in Bildung, Technik, Erziehung und Verwaltung auf. *Mirza Taqi Chan Amir Kabir* wollte das Land grundlegend reformieren, hierfür gründete er einen zuverlässigen und modernen Postdienst, baute das Bildungssystem auf und sorgte für die Ausbildung von Fachkräften (vgl. Gehrke 1975, S.154; vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.57). Auch versuchte er den Einfluss der Geistlichkeit zurückzudrängen, der bereits beachtlich war. Er bekämpfte die um sich greifende Korruption und schaffte Steuererleichterungen für die Oberschicht ab. Sein Chefberater *Schah Nasir ad-Din* ermordete Amir Kabir 1852. Seine Reformen konnten nicht beendet werden.

4 Das politische System des Iran

In den folgenden Kapiteln soll auf die wechselnden politischen Systeme, welche seit Beginn des 20. Jahrhunderts den Iran regiert und organisiert haben, eingegangen werden.

Der Beginn des 20. Jahrhunderts war von kolonialistischen Kämpfen zwischen Russland und England um den Einfluss auf die neue iranische Verfassung bestimmt.⁷³ Die britische Regierung förderte die Konstitutionalisten, während diese von der russischen Regierung bekämpft wurden (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.87).

Die *Verfassungsbewegung* entstand, die eine Modernisierung des starren Systems, wie auch die Willkür des Schahs beschneiden wollte. Die Reformen scheiterten am Zusammenhalt der verfassungsfordernden Kräfte, wie auch an äußeren Faktoren. 1919 wurde der Iran durch das englisch-iranische Abkommen zu einem de-facto Protektorat der Engländer (vgl. Gehrke, 1975, S.156). Der Aufstieg des Reformers *Reza Pahlavi* wurde von der Bevölkerung des Iran einhellig begrüßt. Wichtige Stationen

⁷³Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfügte der Iran über eine Bevölkerung von 10 Millionen. Die meisten Einwohner waren Bauern, Hirten oder nomadische Stämme. Nur jeder Fünfte lebte in Städten (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.87).

seiner Karriere waren der Marsch auf Teheran (1921), seine Einsetzung als Kriegsminister (1921), Premierminister (1923) und schließlich als oberster Befehlshaber der Armee (1925) (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.88). Er begann einen Reformkurs nach dem Vorbild *Kemal Atatürks* einzuleiten (vgl. Schweizer, 1991, S.265). Ein großes Problem stellte hierbei die Zentralisierung der Administration dar, da die verschiedenen Landesteile durch die quadscharische Misswirtschaft sich von Teheran entfremdet hatten (vgl. Gehrke, 1975, S.156). Die Industrialisierung des Landes wurde eingeleitet und in Bildung investiert. Der Schah handelte autokratisch, doch war seine Macht durch die Anwesenheit der Briten im Süden und der russischen Besatzung im Norden, begrenzt (vgl. ebd.).

4.1 Die Pahlevi Dynastie

Der Iran wies über Jahrhunderte ein System autoritärer Monarchie auf (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.25). Die Möglichkeit, politischen Einfluss zu nehmen, war für breite Teile der Bevölkerung nicht gegeben. Die staatlichen Einkünfte des Irans wurden hauptsächlich durch die Landwirtschaft gedeckt, später auch durch den Export von Erdöl (vgl. ebd.). Der Ertrag durch den Erdöllexport wurde nur an die Elite des Landes verteilt, die Mehrheit der Bevölkerung profitierte nicht von dem neuen Reichtum des Landes (vgl. Graham, 1979, S.91f). Daneben fand der Iran immer stärkere Einbindung in das internationale Finanzsystem. Das Land war wirtschaftlich vom internationalen Erdölmarkt abhängig, was es näher an die Vereinigten Staaten rückte (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.26).⁷⁴

Schah Mohammed Reza Pahlevi wurde am 26. Oktober 1919 geboren und war nach seinem Vater Reza der zweite Vertreter der Pahlevi-Dynastie (vgl. ebd., S.27&39). Sein Vater Reza wurde 1878 in *Sevad Kuh*, einem kleinen Dorf im Iran geboren (vgl. Schweizer, 1991, S.263).

⁷⁴Der Iran und die USA bildeten ein militärisches Bündnis, welches den Amerikanern weit mehr nützte als den Iranern: "Die Erlöse aus den Waffenverkäufen an den Iran haben dazu geführt, dass für jeden Dollar, den die USA für iranisches Öl bezahlen, zwei Dollar zurückkommen" (*International Herald Tribune*, vom 14. Juli 1978 zitiert nach (Ebert et al., 1987, S.84). Der Iran bestellte im großen Ausmaß in den USA Waffen, was bis zum Jahr 1982 zu einer Aufrüstung geführt hätte, die sämtliche NATO-Staaten (bis auf USA und BRD) übertroffen hätte (vgl. Farughy and Reverier 1979, S.55; vgl. Pahlevi 1981, S.202-208; vgl. Möller 1995, S.161f). Doch gab es auch kritische Stimmen die in den USA von einer zu intensiven Nähe zum Iran warnten, wie Senator *Edward Kennedy*, der auch die enge Vernetzung zwischen USA und iranischer Armee ansprach: "Unsere zunehmenden Verteidigungskontakte mit Iran steigern lediglich die Wahrscheinlichkeit, dass wir gegen unseren Willen in einen Konflikt einbezogen werden [...]" (Ebert et al., 1987, S.84). Der Iran konnte ab 1972 nach Belieben Waffen in den USA kaufen, nachdem Präsident Nixon dem Schah in einer Unterredung mitgeteilt hatte, sie würden, bis auf Kernwaffen, keine Exportbeschränkungen verhängen (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.122).

Er war als Befehlshaber der Kosakenbrigade, welche eine der wenigen schlagkräftigen militärischen Verbände im Iran am Beginn des 20. Jahrhunderts war, zu politischer Macht gelangt und ließ sich im Jahr 1926 als König von Persien einsetzen (vgl. Pahlevi, 1981, S.39). Sein Versuch, 1924 eine iranische Republik zu gründen, scheiterte an der Macht des Klerus, der der Meinung war, dass diese nicht mit den islamischen Gesetzen vereinbar sei (vgl. Gani, 2000, S.58). Er versuchte das Land zu öffnen und zu modernisieren, verbot die Verschleierung der Frauen und gründete die Teheraner Universität (vgl. ebd.; vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.91; vgl. Schweizer 1991, S.266). Darüber hinaus startete seine Regierung eine Urbanisierungs- und Stadterneuerungskampagne, die den heutigen iranischen Städten ihr Gesicht gab (vgl. Ehlers and Floor 1993, S.275; vgl. Schweizer 1991, S.265). Durch die Unterstellung der Kontrolle der religiösen Stiftungen unter die Regierung wurde die ökonomische Grundlage des Klerus massiv beeinträchtigt. Die Geistlichen verloren ihre finanzielle Unabhängigkeit. Es kam zu weiteren intensiven Maßnahmen gegen Geistliche, die mitunter in Gewalt mündeten (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.95). Sein Regierungsstil blieb autoritär, obwohl er den institutionellen und zeremoniellen Rahmen des Parlaments nicht abschaffte (vgl. ebd.).

Außenpolitisch war Schah Reza NS-Deutschland zugetan, was zu Spannungen mit Großbritannien führte, das eine Versorgung mit iranischem Öl aufbauen wollte (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.99). Zwei Monate nach Beginn des Russlandfeldzuges der Deutschen marschierten alliierte Truppen in den Iran ein und zwangen Reza ins südafrikanische Exil, in welchem er 1944 schließlich starb (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.27f).

Sein Sohn Reza Pahlevi wurde von den russischen und britischen Alliierten als Nachfolger des Vaters eingesetzt. Im jungen Alter von 21 Jahren sollte er eine Marionette der Interessen der Alliierten sein, die de facto die Macht im Land ausübten.

Das monarchistische System im Iran enthielt absolutistische Züge. So war der Schah mit seinen Befugnissen eine Zentralinstanz, der Autorität über sämtliche Bereiche der Legislative und Exekutive hatte. Es gab zwar westlich anmutende staatliche Organe wie dem Kabinett eines Ministerpräsidenten, einen Parlament und politische Parteien, doch ging die eigentliche Macht von den direkt dem Schah unterstellten, nicht in der Verfassung vorkommenden Institutionen wie dem *Kaiserlichen Inspekto-*

rat, dem SAVAK⁷⁵, dem iranischen Geheimdienst, und dem *Sonderbüro des Schah*, aus (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.29).

Die in der Verfassung festgeschriebene Unabhängigkeit zwischen Parlament und Schah war in Realität nicht vorhanden (vgl. Graham, 1979, S.155).⁷⁶ Die bürokratischen Kompetenzen konnten nur vom Schah selbst bzw. von seinen ihm direkt unterstellten Organisationen geregelt werden, was zu einem weiteren Ausbau seiner Macht führte. Der Schah selbst gab in einem Interview mit einem französischen Journalisten offen zu, dass er in diktatorischer Weise über den Iran herrscht:

”Im Grunde genommen ist der König, in unserem Land, der eigentliche Herrscher über alle drei Gewalten - die Exekutive, die Legislative und die Justiz” (Hoeyda, 1980, S.61).

Verteidigungs- und außenpolitische Agenden unterstanden direkt seiner Verantwortung. Die Polizei und Gendarmerie unterstand zwar formell dem Innenministerium, hatte aber kaum eigene Möglichkeiten, Ermittlungen aufzunehmen und mussten in schwerwiegenden Fällen direkt dem Schah Bericht erstatten (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.31).

Laut Ajoudan-Garekani (1991, S.32) bestanden folgende Institutionen im iranischen Machtsystem:

- Der Hofminister (im speziellen bis zum August 1977 *Amir Asudulla Alan*),
- der Generaldirektor der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft (EQBAL),
- die Armee,
- und die SAVAK, welche offiziell dem Amt des Premierministers unterstellt war.

Dieses zersplitterte System an konkurrierenden Institutionen verhinderte äußeren Zugriff. Das Machtmonopol hatte durch das Zusammenspiel der einzelnen Blöcke

⁷⁵Sazeman-e Ettela’at va Amniat-e Keshvar. Laut *Newsweek* vom 14.10.1974 arbeiteten ständig zwischen 30.000 und 60.000 Personen für diesen Geheimdienst. Daneben waren drei Millionen Iraner informelle Mitarbeiter (vgl. Ebert et al., 1987, S.87). Zu den Aufgaben des Geheimdienstes gehörten unter anderem die Verfolgung feindlicher Spione, Aufklärung feindlicher Sabotageakte, die Beobachtung politischer Aktivitäten iranischer Studenten im Ausland, Kontrolle oppositioneller Aktivitäten, sowie die Überwachung ausländischer Botschaften, Delegationen aus dem Ausland oder Ausländer, die im Iran leben. Der SAVAK knüpfte dabei enge Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten, darunter besonders zum Israelischen. Vgl. *Documents from the U.S. Espionage Den* (60). U.S. Interventions in Iran (9), erreichbar unter <http://de.scribd.com/doc/11331995/-Documents-from-the-US-Espionage-Den-volume-60>, abgerufen am 27.2.2013; vgl. Abrahamian 1970, S.9.

⁷⁶Die Verfassung des Jahres 1906 sah für den Iran das System einer konstitutionellen Monarchie vor, in welcher der Schah nur eine protokollarische Funktion inne haben sollte. Vgl. Wahdat-Hagh vgl. 2003, S.87; Vgl. auch Rawandi 1977.

praktisch alleine der Schah, während nach aussen hin der Eindruck erhalten blieb, dass eine Gewaltenteilung vorherrschte (vgl. ebd.). Ab Ende der 50er Jahre gewannen die Militärgerichte immer stärker an Bedeutung, fließend verdrängten sie die zivilen Gerichte. Sie wurden fast ausschließlich von aktiven oder pensionierten Militärpersonen besetzt, die nach dem militärischen Recht bzw. nach dem Kriegsrecht ihre Urteile fällten (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.33).⁷⁷ Der Instanzenzug wurde zudem durch die Justizreform aus dem Jahr 1976 geschmälert. Die "Schlichtungsräte", die die Aufgaben der Gerichte übernehmen sollten wurden erweitert. Die Angehörigen der Schlichtungsstellen mussten aber nicht rechtskundig sein, hatten aber die Pflicht, Zivilgerichtsbarkeit bis zu einem Streitwert von 200.000 Rials, abzuhandeln (vgl. Graham 1979, S.161; vgl. Pahlevi 1981, S.152f).

Ein besonderes Instrument der Machtausübung des Schahs war der kaiserliche Hof, der verschiedene Aufgaben ausführte. Er unterhielt folgende Abteilungen:

- Privatabteilung des Hofministeriums
- Organisationsabteilung
- Sonderbüro

Das Sonderbüro des Schahs übte hierbei die Zentralgewalt aus. Ein persönliches Treffen mit dem Schah war nur über Vermittlung durch das Sonderbüro möglich (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.35). Die im Sonderbüro tätigen Beamten hatten die Vollmacht, von anderen Regierungsstellen erstellte Verordnungen zu modifizieren oder ausser Kraft zu setzen (vgl. Graham, 1979, S.162).

Die Privatabteilung war ausschließlich mit persönlichen Anliegen der Familie Pahlevi beschäftigt. Die Organisationsabteilung musste den Tagesablauf des Schahs akribisch planen (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.36).

Als Vermittler zwischen dem Sonderbüro und dem Schah fungierte der Hofminister, der zuletzt *Nasratollah Moinian* war (vgl. Graham, 1979, S.163).

Kaiserin *Fahra* verfügte über ein eigenes Büro, sowie über einen eigenen Stab, der sich für die Bereiche Erziehung, Kunst und Wohlfahrt verantwortlich zeichnete (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.36). Auch die Zwillingsschwester des Schahs, *Ashraf*, verfügte über Regierungskompetenzen. Die Aufgabe der ihr zugeteilten Abteilung war

⁷⁷} Unter dem Kriegsrecht wurden so unter anderem alle Delikte verhandelt, bei denen eine Schusswaffe verwendet wurde, sowie Fälle, welche die "nationale Sicherheit" behandelten. Undefiniert blieb aber, was konkret unter "nationaler Sicherheit" zu verstehen sei. Weiters wurden unter dem Kriegsrecht die Veruntreuung öffentlicher Gelder angeklagt (vgl. Graham, 1979, S.160).

Propaganda für die Familie sowie die Verwaltung der kaiserlichen Sozialeinrichtungen (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.37).⁷⁸

Eine besondere staatliche Einrichtung stellte das "*Kaiserliche Inspektorat*" dar, welches 1958, ein Jahr nach dem SAVAK, persönlich vom Schah gegründet wurde (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.37). Auch diese Institution war ausschließlich dem Kaiser verantwortlich und konnte im Laufe der Jahre ihre Kompetenzen und Gewalten ausbauen (vgl. ebd.). Selbst der mächtige SAVAK musste sich den Anordnungen des Inspektorats beugen (vgl. Graham, 1979, S.165). Die Leitung dieser Institution hatten ausschließlich ausgewählte Militärs inne, der letzte Leiter war der persönliche Vertraute des Schahs, General *Fardust* (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.37). Konkret waren die Aufgaben des Kaiserlichen Inspektorats nach Ajoudan-Garekani (ebd.) folgende:

- Überprüfung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten in jedem Bereich der Verwaltung und der Regierung,
- dauernde Überwachung von Ministerien und von Privatpersonen in Bezug auf die Ausführung der Vorgaben des Schahs,
- laufende Überprüfung der Loyalität von hohen Beamten,
- Überwachung der Aktivitäten der Familie des Schahs,
- Untersuchung von Korruptionsfällen.

Dabei war das Hauptaufgabengebiet des Inspektorats keinesfalls eingeschränkt. Grundsätzlich hatten die Beamten Zugang zu jedem Bereich, der sich ihnen anbot. Die SAVAK und jede andere Organisation des Staates war dazu angehalten, auf Aufforderung das Inspektorat zu unterstützen. So konnte das Inspektorat, trotz eines geringen Personalstandes, sämtliche Fälle rasch abhandeln (vgl. Graham, 1979, S.165). Im November 1976 wurde eine weitere staatliche Institution gegründet, deren Aufgabe es war, die wirtschaftliche Situation und Entwicklung des Iran zu beobachten (vgl. Graham, 1979, S.165). Das Personal für diese Einrichtung rekrutierte sich aus dem kaiserlichen Inspektorat sowie dem SAVAK. Diese Stelle verband mehrere verschiedene Regierungsabteilungen und bildete einen "Staat im Staat". Sie war direkt dem Staat unterstellt, und unterlag nicht der Kontrolle des Parlaments (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.39).

⁷⁸In diesem Büro fanden sich oft höhere Beamte, die zwar aus politischen Gründen ihr Amt aufgeben mussten, dennoch aber vom Kaiser weiter beschäftigt wurden. Laut Graham (1979, S.164) wurde diese Abteilung deshalb auch als "Elefantenfriedhof" bezeichnet.

Mohammad Reza Pahlevi glaubte sich durch die "Vorsehung" als Schah eingesetzt, und sah dies in mehreren Flugzeugabstürzen und fünf Attentaten, die er überlebte, bestätigt (vgl. Ajoudan-Garekani 1991, S.40; vgl. Pahlevi 1981, S.46-50). Er galt als religiös, doch trat er Zeit seiner Regentschaft des Öfteren in Konflikt mit der iranischen Geistlichkeit (vgl. ebd., S.41).⁷⁹

Seine Erziehung erhielt Mohammad Reza Pahlevi in der Schweiz, wo er in den Jahren zwischen 1931 und 1936 ein Internat in Le Rosey besuchte (vgl. Ajoudan-Garekani 1991, S.45; vgl. Pahlevi oA, S.9). Er entwickelte in seiner Regierungszeit einen starken persischen Nationalismus. So ließ er zum Beispiel türkische oder arabische Lehnwörter aus der persischen Sprache entfernen (vgl. ebd.; vgl. Schweizer 1991, S.270). Seinen Herrschaftsanspruch ließ er in gigantischen Veranstaltungen legitimieren, wie der 2.500 Jahr Feier der antiken persischen Stadt Persepolis,⁸⁰ bei der versucht wurde, eine historische Verbindung zwischen den antiken Herrschern des Perserreichs und dem Schah herzustellen (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.46). In den letzten Jahren seiner Regentschaft entwickelte sich der Personenkult zu einer Art privater Philosophie, die den Schah zum einen als Vaterfigur, revolutionären Vorkämpfer und patriotischen Führer darstellte (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.46).

Der SAVAK, die Armee und die Militärgerichte waren die Hauptinstrumente des Schahs, seine Macht im Staat durchzusetzen. Das Parlament wurde nur dann in-

⁷⁹Er selbst schrieb in seinen Memoiren zu dem Konflikt zwischen Politik und Religion:

"[...] Die geistliche Autorität des Klerus ist unbestreitbar und war nie bestritten. Kein vernünftiger Mensch bezweifelt den Vorrang des Moralischen und Geistigen vor dem Zeitlichen und Weltlichen. Es handelt sich nur darum, den Iran ins 20. Jahrhundert zu führen, aus dem man ihn jetzt wieder vertreiben will. [...] Echte Gläubigkeit steht selbstverständlich über aller Politik und Wirtschaft [...]" (Pahlevi, 1981, S.44).

Gleichzeitig erwähnt er in seinen Memoiren (1981) mehrmals, dass er und sein Vater den Klerus in dessen Macht beschnitten und zurückgedrängt hätten. Pahlevi (1981, S.44) nennt weiters seinen Vater einen "tiefgläubigen Mann", der die Macht des korrupten Klerus zurückdrängen musste. Reza Schah Pahlevi versuchte das Land zu modernisieren und verbot die Verschleierung der Frauen und die iranische Tracht (vgl. ebd.; vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.91). Die Geistlichkeit sowie sogar ein Teil der iranischen Frauen protestierte heftig gegen diese Gesetze (vgl. Mehrangis, 1997, S.16). Im Zuge der Zugeständnisse an den Klerus bei Antritt Pahlevis als Schah, führte er die Scharia-Gerichtsbarkeit ein, deren Gerichte er erst 1939 wieder abschaffen konnte (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.89&94). Die Beziehung zu den Geistlichen war von gegenseitigem Misstrauen und Abscheu bestimmt. Schweizer (1991, S.272) erwähnt, dass Reza Pahlevi einst eine Moschee mit Reitstiefeln betreten hat und den Ayatollah, der eine der Ehefrauen des Schahs zuvor aus der Moschee verwies, öffentlich mit seinem Reitstock prügelte, was eine unfassbare Demütigung der Geistlichkeit bedeutete.

⁸⁰Dareios I war der erste Herrscher, der diese Stadt zu seiner Residenz machte. Bereits zu Beginn seiner Regierungszeit befahl er dort Paläste und Verwaltungsbauten zu errichten. Der Regierungssitz seiner Vorgänger war die Stadt *Pasargadae*, in der er sich aber kein einziges Mal aufgehalten haben soll (vgl. Schweizer, 1991, S.65).

volviert, wenn der Anschein der Legalität gewahrt werden musste (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.48).

Der Mediensektor wurde vom Schah und seinen Institutionen genauestens kontrolliert, was besonders häufig in Verboten von Zeitungen endete. An Stelle der verbotenen Zeitungen traten Blätter, die von Angehörigen oder Vertrauten der Geheimpolizei geführt wurden (vgl. ebd., S.49). Somit wurde jede Information, die an die Öffentlichkeit gelangen sollte, zuerst vom Geheimdienst gefiltert und zensiert. Hierfür waren zwei Ministerien zuständig: Das Informations-, und das Kultusministerium. Beide wurden direkt von der kaiserlichen Familie kontrolliert (vgl. Baharani 1975 zitiert nach Ajoudan-Garekani 1991, S.49).

Wenn politische Parteien zugelassen wurden, waren sie von der Regierung gelenkt. Ab 1975 existierte nur noch das Einparteiensystem der *Rastakhizpartei*⁸¹ (vgl. ebd.). Nach dem Putsch des Jahres 1953 wurde die Verbindung mehrerer Parteien, *Dschibha-yi malli-yi Iran*,⁸² unter der Führung von *Mohammad Mossadegh* vom Schah verboten. Auch die Kommunistische Partei wurde vom Schah per Dekret verboten (vgl. ebd.). Der Schah konnte so seine Macht im Staat konsolidieren, das Parteiensystem stagnierte, bis auf die illegale Tätigkeit der Nationalen Front, vollständig. Im Jahr 1957 wurde das Parteiensystem durch die intensiven gesellschaftlichen Spannungen wieder eingesetzt. Der Schah ließ enge Vertraute Parteien gründen und versuchte somit, ein scheindemokratisches System zu etablieren. Dabei wurde er vom Zweiparteiensystem Großbritanniens inspiriert. Zu diesem Zweck wurden die Parteien *Malliyun*⁸³ unter der Führung von *Iqbal* und die *Mardum*⁸⁴ unter der Führung von *Alam*, gegründet (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.50). Der Schah versuchte mit diesen Parteigründungen reaktionäre und vorsichtig-reformistische Kräfte zu bündeln und zu kontrollieren. Es gelang ihm aber nicht, die reaktionären Kräfte des Offizierskorps und der Großgrundbesitzer zu schwächen, was zu weiteren Spannungen führte. In weiterer Folge kam es 1961 zu Studentenprotesten und Streiks (vgl. ebd., S.51; vgl. Fischer 1980, S.187). Der Schah ließ die beiden Häuser des Parlaments auflösen und setzte ein neues Kabinett ein. Zu diesem Zeitpunkt war durch seine Machtfülle bereits klar, dass sich seine Form der monarchistischen Diktatur durchgesetzt hat

⁸¹}Fars für "Auferstehung".

⁸²}Fars für "Nationale Front Iran". Die Partei forderte laut Rinser (1979, S.81) folgende Punkte: Auflösung des SAVAK, Freilassung der politischen Gefangenen des Regimes, Erlaubnis zur Rückkehr der iranischen Exilanten, Presse- und Versammlungsfreiheit, freies Parteiensystem, Zulassung von Gewerkschaften, Öffentliche Rehabilitierung der vom Militärgericht verurteilten, Militärgerichte sollten nicht mehr für Zivilgerichtsbarkeit zuständig sein, Bestrafung von Mitgliedern des Regimes, welche sich Verbrechen schuldig gemacht haben, egal welches Amt sie im Machtapparat bekleideten. Vgl. auch Ebert et al. 1987, S.97.

⁸³}Fars für "Nationalistenpartei".

⁸⁴}Fars für "Volkspartei".

(vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.50). Auch hatte er nun die volle Kontrolle über die Armee des Irans erlangt, was die Opposition so sehr einschüchterte, dass sie kaum mehr aktiv wurde. Politiker, die dem Schah zu populär wurden, verloren ihr Amt. Trotz der Proteste des Jahres 1961 regierte der Schah weiterhin unter Außerkraftsetzung der Verfassung auf der Basis von Dekreten (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.52). Dennoch versuchte er weiterhin ein Zweiparteiensystem nach seinen Vorstellungen zu etablieren. Im September 1963 wurde ein Parlament gewählt, das sich personell von den früheren beträchtlich unterschied. Waren die meisten Parlamentarier früher hauptsächlich Großgrundbesitzer, fanden sich nach dieser Wahl bis zu 70% Beamte im Parlament (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.53). Es wurden zwei neue Parteien gegründet, die sich inhaltlich kaum voneinander unterschieden. Im Dezember 1963 entstand die *Iran-Nuwin*-⁸⁵ Partei, zu der die bereits länger bestehende *Mardum*-Partei als Opposition aufgebaut wurde (vgl. ebd.). Die Iran-Nuwin dominierte bald das politische Geschehen, ein Gleichgewicht zwischen den beiden Parteien entstand nicht. Die Reformen im politischen System zeigten Erfolge. So konnte die seit jeher bestehende Vorherrschaft der reaktionären Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie limitiert werden. Die Aktivitäten der ethnischen Minderheiten wurden kontrolliert und unterbunden. Daneben drängte er den politischen Einfluss der Geistlichkeit durch die Enteignung ihrer Güter zurück. Zuletzt konnte er ein eingeschränktes Parteiensystem entwickeln, welches zwar ein zielgruppenorientiertes politisches Programm bot, das aber kaum Chancen auf Durchsetzung hatte (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.54).

Es darf bei all diesen Prozessen nicht ausser Acht gelassen werden, dass es sich um eine Scheindemokratisierung des Staates handelte, da der Schah gleichzeitig seine Kontrollmöglichkeiten über die Parteien und politischen Organe ausbaute. Dies zeigte sich vor allem darin, dass alle Kandidaten, die von den Parteien vorgeschlagen wurden, eine Billigung vom SAVAK vorweisen mussten. Weiters wurde der Ministerpräsident direkt vom Schah ernannt (vgl. ebd., S.56). 1975 wurde die Einheitspartei Rastakhiz gegründet, obwohl er die Staatsform einer Einheitspartei bislang immer abgelehnt hatte (vgl. ebd., S.57).⁸⁶ Der Schah plante, die Partei zu einer Massenpartei auszubauen und errichtete landesweit ein dichtes Organisationsnetz. Laut Ajoudan-Garekani (1991, S.58) soll die Partei durch die massive Propaganda und durch das dichte Netzwerk bereits nach zwei Jahren über fünf Millionen Mitglieder verfügt haben.

Die Gründung der neuen Partei hatte auch wirtschaftliche Gründe, da das Land in einer Rezession steckte, die durch den Ölpreisschock des Jahres 1973 ausgelöst wur-

⁸⁵} Fars für "Neuer Iran".

⁸⁶} Der Schah gab zur Gründung der Partei folgende Erklärung ab:

de (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.58). Die Iraner sollten dazu gedrängt werden, Mitglieder der neuen Partei zu werden. Unter Androhung von Nachteilen sollte dies nicht geschehen, folgten viele dieser impliziten Aufforderung. Der Beitritt zur Partei wurde zum opportunistischem Akt, um sich an dem Mechanismus der Gewinnverteilung beteiligen zu können (vgl. Ebert et al., 1987, S.79). Die Partei wurde zum Schein in einen "progressiven" und in einen "konstruktiven" Flügel gespalten. 1978 wurde ein weiterer, "liberaler" Flügel der Partei gegründet, um den gesellschaftlichen Spannungen, die sich trotz der Parteigründung weiter entwickelt haben, entgegenzusteuern (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.60). Auch diese Maßnahme sollte sich als Fehlgriff erweisen, da die erhoffte Durchdringung der Bevölkerung durch die Partei nie zustande kam. Der Schah selbst musste die Parteigründung später als Fehler bezeichnen.⁸⁷

Die Partei konnte über kein konkretes politisches Profil verfügen, was zu ihrem

"Wir müssen Klarheit in die Reihen der Iraner bringen. Darum unterteilten wir sie in zwei Gruppen: diejenigen, die an die Monarchie, die Verfassung und die Revolution des 6. Bahman glauben, und diejenigen, die das nicht tun. [...] Ein Mensch, der der neuen politischen Partei nicht beitrifft und nicht an die drei Grundprinzipien (Anm. des Autors: Monarchie, Verfassung und Weiße Revolution) glaubt, von denen ich sprach, kann zwischen zwei Möglichkeiten wählen. Entweder gehört er einer illegalen Organisation an, oder er steht in Beziehung zu der verbotenen Tudeh-Partei (Anm.: die Partei der iranischen Kommunisten, Pahlevi vermutete, dass sie Anschläge gegen ihn ausführten), ist mit anderen Worten ein Verräter. Ein solches Individuum gehört in ein iranisches Gefängnis oder kann, falls er es wünscht, das Land morgen verlassen. [...] Ein Individuum, das weder ein Element der Tudeh-Partei und/oder staatenloser Verräter ist, das aber nicht an die drei Prinzipien glaubt, ist frei [...] Wenn sich derjenige aber zweideutig äußert oder etwas zu vertuschen versucht [...], dann ist das nicht akzeptabel. [...] Wie ich schon sagte, wenn seine Missbilligung verräterische Untertöne hat, ist sein Schicksal klar. Wenn sie ideologische Wurzeln hat, ist er frei im Iran, aber er sollte sich nichts erhoffen [...]"

Rede vom Schah vom 2. März 1975, Broschüre des Ministeriums für Information und Tourismus, S.11-13 zitiert nach Ajoudan-Garekani 1991, S.58.

⁸⁷ Pahlevi (1981, S.248ff) führte aus:

"Natürlich war unter meiner Regierung alles weit davon entfernt, vollkommen zu sein, und dieser Rechenschaftsbericht wäre völlig unvollständig ohne die Berücksichtigung der negativen Aspekte. [...] Leider zeigte die Erfahrung, dass die Schaffung dieser Partei ein Fehler war. Präsident Sadat hat die Einheitspartei in Ägypten aufgelöst und ist zum Pluralismus zurückgekehrt. Ich glaube, er hat Recht gehabt, das zu tun. [...] Auf alle Fälle hat die Erneuerungspartei (Rastakhiz) die Ziele, für die sie geschaffen wurde, nicht erreicht. Es gelang ihr nicht, die Ideen, Bedürfnisse und Wünsche der Regierung dem Volke zu übermitteln und vice versa [...] Eine weitere Schwäche war, wie ich schon gesagt habe, das allgemeine Ungenügen unserer Kaderleute: Trotz aller Anstrengungen ist es uns nicht gelungen, bei ihrer Ausbildung mit dem Fortschritts-tempo des Landes, der Komplexität unserer Sozialstruktur und der beschleunigten Dezentralisation Schritt zu halten."

Untergang beigetragen hat (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.61).⁸⁸ Da die gesellschaftlichen Spannungen nicht unter Kontrolle gebracht werden konnten, wurde der Schah zu einer weiteren Regierungsumbildung veranlasst. Er setzte *Jafar Sharif-Emami* als Ministerpräsident ein, der *Jamshid Amouzegar* ablöste (vgl. Fischer, 1980, S.198). Emami verkündete die Einhaltung der islamischen Gesetze und führte den islamischen Kalender ein, da er den Dialog zum Klerus suchte (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.62). Er kündigte Liberalisierungen im Demonstrationsrecht, in der Pressefreiheit und in der Zulassung von Oppositionsparteien an. Darüber hinaus ließ er Kasinos schließen schuf das "Frauenministerium" ab, stattdessen gründete er das "Ministerium für religiöse Angelegenheiten" (vgl. Fischer, 1980, S.198). Das es sich bei diesen Zugeständnissen um eine Farce handelte, wird deutlich, wenn man einen Blick auf den Entwurf zum neuen Demonstrationsrecht wirft, welcher besagt:

"Danach sollen friedliche Demonstrationen erlaubt sein, wenn ihre Organisatoren vorher Kopien aller Reden und Flugblätter zur Genehmigung vorlegen. Die Behörden müssen ausserdem mit dem Ort der Demonstration einverstanden sein, wobei Störungen des öffentlichen Lebens zu vermeiden sind [...]" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. August 1978 zitiert nach Ajoudan-Garekani 1991, S.62).

Zur Liberalisierung des Rechts auf Meinungsäußerung besagte die Verordnung:

"die vorgesehene Meinungsäußerung müsse im Einklang mit den Pressegetzen stehen" (Süddeutsche Zeitung, 8.August 1978 zitiert nach Ajoudan-Garekani 1991, S.62).

Trotz all dieser Maßnahmen konnte der Schah die entstandene revolutionäre Stimmung nicht entschärfen. Die letzten Monate seines Handelns waren von drakonischen Strafen als Reaktion auf die Aktivitäten der Opposition bestimmt (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.63).

Einen besonderen Teil der Opposition bildeten die Mullahs, die im schiitischen Islam neben ihrer geistlichen Aufgabe auch oft weltliche Funktionen ausführten. Ihre Ansichten dem Regime des Schahs gegenüber waren ambivalent. Ein Anhänger der Monarchie war zum Beispiel *Ayatollah Schariat-Madari* (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.80). Folgende Forderungen wurden von den Anhängern des gemäßigten Flügels erhoben:

⁸⁸} Dazu kam noch die wirtschaftliche Entwicklung, die in 70er Jahren nach der Erhöhung des Ölpreises stattgefunden hat. Durch die plötzliche Geldschwemme wurde von der Regierung so viel Geld ausgegeben, wie in den vorherigen drei Jahren zusammen, 22 Milliarden Dollar. Es kam zu massiven Investitionstätigkeiten des Schahs, die nur dem reichsten 1% des Landes nützten, die Schere zwischen Arm und Reich vergrößerte sich (vgl. Ebert et al., 1987, S.80).

1. Alle Gesetze sollten mit den Geboten des Islam überein stimmen, ansonsten abgeschafft werden.
2. Das Parlament muss aufgelöst werden.
3. Islamische Gesetze müssen durchgesetzt werden, worunter praktisch unter anderem das Verbot des Verkaufs von Spirituosen, Geschlechtertrennung an Hochschulen und die Schließung der Kinos verstanden wurde.

Im Laufe der Zeit radikalisierten sich durch die wachsende Repression der Regierung auch ansonst gemäßigte Geistliche. Selbst der erwähnte Ayatollah Schariat-Madari wollte mit der dem Klerus aufgeschlossenen Regierung unter Ministerpräsidenten Emami, nicht zusammenarbeiten (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.81). Er sprach sich aber weiterhin für die Beibehaltung der Monarchie und für die klare Teilung der Gewalten aus (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.163). Seine Anhänger fanden sich hauptsächlich unter Intellektuellen und Studenten, sowie im städtischen Bürgertum. *Ayatollah Khomeini* hingegen schaffte es, die Masse an Bauern und Arbeitern hinter seinen radikalen Ansichten sammeln (vgl. ebd.).

4.2 Ayatollah Khomeini

Khomeini⁸⁹ wurde vermutlich am 17. Mai 1900 im Ort Khomein, der rund die 290 km südlich von Teheran liegt, geboren (vgl. Ebert et al., 1987, S.403).⁹⁰ Bereits sein Vater war revolutionär gestimmt, da dieser aktiv die "Tabak-Bewegung"⁹¹ unterstützte, die sich gegen die Unterdrückung und die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Iran richtete. Die Losung dieser Bewegung lautete: "Der Kampf gegen die Tyrannen ist noch wichtiger als Fasten und Beten." 1903 wurde er ein Opfer des *Gayaren*-Regimes (vgl. ebd.; vgl. Nirumand and Daddjou 1987, S.24). Khomeini studierte in Esfahan Theologie und erlangte 1926 in Qom die Reife des *igtiḥad*. Bereits damals gehörte er durch seine Lebensführung und Intelligenz zum führenden

⁸⁹ Den Nachnamen Khomeini nahm er 1930 an. Dies geschah aber nicht freiwillig, da Beamte des Schahs in seinen Heimatort Khomein kamen, um jeder Familie einen Nachnamen zu geben. Dies sollte erleichtern, alle Bürger in der Steuerliste zu erfassen. Die Familie Khomeinis beugte sich dem Druck und nannte sich nach ihrem Heimatort (vgl. Schweizer, 1991, S.283).

⁹⁰ Auch findet sich in der Literatur vereinzelt der 24. September 1902 als Geburtsdatum (vgl. Ebert et al., 1987, S.403).

⁹¹ Der Tabakaufstand (*Jonbeshe Tanbaku*) gilt als der erste antikoloniale Aufstand der Geistlichkeit, die damit bereits 1891/92 ihren Einfluss auf die Bevölkerung erprobte. Die Iraner rebellierten dagegen, dass der von ihnen mühsam geerntete Tabak billig an Fremde verkauft wurde, und teuer von ihnen rückgekauft werden musste (vgl. Issawi, 1991, S.590f). Finanzielle Vorrechte beim Anbau und Verkauf wurden monopolistisch an das britische Unternehmen *Talbot* vergeben. Dieses wiederum gründete die *Imperial Tabac Corporation of Persia* mit der alleinigen Tabakkonzession des Landes. Viele Iraner befürchteten, dass das Land ein Basar für die Kolonialmächte werden würde (*Farangi Basar*) (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.64).

Zirkel der Geistlichkeit im Iran. Seine Ablehnung des monarchistischen Systems entzündete sich vor allem, nachdem das Schah-Regime den Einfluss des Klerus massiv zurückdrängte (vgl. Ebert et al., 1987, S.403). Khomeini war Verfasser vieler verschiedener Aufsätze, Bücher und Reden, in denen er meist auf allgemeine Fragen des schiitischen Islams Stellung nahm. Zu seinen wichtigsten Werken gehören *Herrschaft eines islamischen Rechtsgelehrten*, *Die Enthüllung eines Geheimnisses* sowie *Erklärung der Probleme* (vgl. Schweizer 1991, S.284; vgl. Nirumand and Daddjou 1987, S.131).

Nach den Kämpfen gegen die Landreform⁹² wurde er verhaftet, musste 1963 den Iran verlassen und lebte die meiste Zeit im irakischen Exil (vgl. Fischer, 1980, S.188).⁹³ Hier entwickelte er auch seine islamisch-schiitische Staatskonzeption. Durch die Einschränkungen, denen er im Irak ausgesetzt war, musste er nach Frankreich umsie-

⁹²} Durch die wirtschaftlichen Krisen der 50er Jahre und durch den Druck der Kennedy Regierung diesen Krisen entgegenzutreten, wurde von der Regierung die "Weiße Revolution" ausgelöst (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.116). Ihr Kernpunkt war die Landreform, die darauf abzielte, das alte feudale System der Großgrundbesitzer zu durchbrechen und abzuschaffen. Den landlosen Bauern sollte so zu Grundbesitz verholfen werden. Der Schah selbst äußerte sich zur Landreform folgendermaßen:

"In den letzten Jahren (Anm.: vor der Landreform) erkannte ich die Gegebenheit der erforderlichen nationalen und internationalen Voraussetzungen zur Durchführung einer grundlegenden und tiefgreifenden Revolution. Sie sollte die iranische Gesellschaft von Grund auf umgestalten" (Pahlevi, 1967, S.53).

Die daraufhin zu Agrargenossenschaften zusammengeschlossenen Bauern sollten sich dem kapitalistischen Weltmarkt öffnen (vgl. Encke, 1989, S.15). Die Maßnahmen hatten aber nicht den gewünschten Effekt. Die iranische Landwirtschaft war nicht konkurrenzfähig, der Iran musste beginnen, Agrarprodukte zu importieren und durch den Zusammenschluss der Bauern wurden traditionelle Sozialstrukturen zerstört. Es kam zu einer massiven Landflucht, neue Siedlungen an der Peripherie der großen Städte entstanden, es kam zu Slumbildung (vgl. ebd.; vgl. Schweizer 1991, S.289). Die weiteren Reformen der Weißen Revolution sollten unter anderem sein (vgl. Pahlevi, 1981, S.108ff):

- Verstaatlichung der Wälder.
- Aktien von staatseigenen Unternehmen sollten verkauft werden, um die Landreform zu finanzieren.
- Wahlreform, Frauen sollten im politischen Entscheidungsprozess den Männern gleichgestellt werden.
- Arbeiter sollten an den Gewinnen der Betriebe beteiligt werden.
- Eine "Armee des Wissens" sollte eingerichtet werden (=Kampf gegen den Analphabetismus).

⁹³} Khomeini kritisierte das Schahregime wegen der gefälschten Wahlen, der Vernachlässigung der Verfassung, der Entlassung der Universitäten aus der Unabhängigkeit, der Ignorierung wirtschaftlicher Interesssen, sowie der Interessen der Bauern und Arbeiter, der Schwächung der religiösen Vorstellungen, der Kapitulation gegenüber dem Ausland sowie wegen des Verkaufs von Öl an Israel (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.118). Vor seinem Exil in der für Schiiten heiligen irakischen Stadt *Nadja* lebte Khomeini in der Türkei. Die letzten vier Monate seines Exils lebte er in Frankreich (vgl. Encke, 1989, S.16).

deln.⁹⁴ In Frankreich konnte er seine Aktionen gegen das Schah-Regime ungehindert organisieren und ausführen. So forderte er von seinem Exil aus das iranische Volk mehrmals auf, den Schah zu stürzen (vgl. ebd.). Vor dem Hintergrund Khomeinis ständiger Agitation formte sich im Iran eine Volksbewegung, die revolutionäre Stimmung gewann an Intensivität.

Die Forderungen Khomeinis lauteten laut Ajoudan-Garekani (1991, S.82):

- Der Schah müsse gestürzt werden.
- Eine Volksabstimmung müsse abgehalten werden, die die Frage der Gründung einer "islamischen Republik" behandeln sollte.
- Die vollständige Unabhängigkeit des Landes müsse wiederhergestellt werden.
- Die Errichtung einer Republik, die weder "kapitalistisch" noch "kommunistisch" sei.

Die Position Khomeinis⁹⁵ als Führer der radikalen Geistlichen war unbestritten. Unter seinen Anhängern fanden sich seine ehemaligen Schüler *Ayatollah Montazeri*, *Ayatollah Behesti*, sowie *Hodschatolislam Rafsanjani*, bei dem es sich um den Hauptorganisator der klerikalen Opposition handelte (Ajoudan-Garekani, 1991). Khomeini war seit der Radikalisierung im Jahr 1963 der Ansicht, dass die politische Macht den religiösen *faqih*⁹⁶ anvertraut werden sollte. Entscheidungen sollten seiner Meinung nach nur noch nach den Anweisungen des Koran gefällt werden (vgl. ebd., S.86).⁹⁷ Er verlangte eine "islamische Revolution" und forderte an die iranische Opposition, in der Folge der Revolution die gesamte Rechtsprechung an den Klerus als Hüter der Scharia⁹⁸ zu übergeben. Weiters müsse die antiislamische Regierung gestürzt wer-

⁹⁴} Bevor Khomeini sein irakisches Exil verlassen musste, wurden 40.000 irakische Schiiten aus dem Irak ausgewiesen. Grund war die Angst der sunnitisch-sozialistischen Führung des Iraks, dass sich diese Volksgruppe in Komplizenschaft mit dem im Irak unangenehm gewordenen Ayatollah begeben könnte (vgl. Rinser, 1979, S.79).

⁹⁵} Sein Machtanspruch erschloss sich ausschließlich auf den Iran. Die Schiiten machen in der islamischen Welt nur ca. 10% aus, 90% der Muslime sind Sunniten (vgl. Encke, 1989, S.35). Schiiten bilden noch dazu die Mehrheit im Irak, Bahrain und in der östlichen Provinz Saudi Arabiens. Weitere, kleinere Gemeinden von Schiiten finden sich im Oman, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten (vgl. Heard-Bey, 1983, S.12).

⁹⁶} Fars für "Rechtsgelehrte".

⁹⁷} Khomeini:

"[...] Alle Maßnahmen, die zur Regierung benötigt werden, können aus dem Koran entnommen werden, ob es sich nun um Gesetze handelt, oder aber um Gesetze für andere Bereiche." (Khomeini 1979, S.89&93&106f zitiert nach Ajoudan-Garekani 1991, S.86).

⁹⁸} Islamisches Gesetz.

den, da "der Prophet ein erbliches Königtum als satanisch abgelehnt habe" (Abrahamian, 1982, S.478). Khomeini verbreitete vor allem unter den Theologiestudenten seine Vorstellungen eines islamischen Staates. Öffentlich kritisierten die Anhänger Khomeinis die offensichtlichen Schwächen des Schah-Regimes. Gleichzeitig prangerten sie laut Ajoudan-Garekani (1991, S.87) den "Ausverkauf des Iran an die amerikanischen Imperialisten", die Unterstützung Israels, die Verletzung der Verfassung und der Grundrechte, und die Ausbeutung der armen Schichten der Bevölkerung an. Bereits in den frühen 60er Jahren, als Khomeini noch im Iran lebte, prangerte er die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten an. Darunter verstand er auch die tausenden Militärberater,⁹⁹ die der Schah ins Land gerufen hatte. Sie arbeiteten eng mit dem SAVAK zusammen und genossen volle Immunität vor Strafverfolgung (vgl. Ebert et al., 1987, S.117). Kurz nach diesem Angriff auf den Schah wurde er im November 1964 ins Exil gedrängt (vgl. Rinser, 1979, S.76).

Khomeini versuchte seine radikalen Ansichten vor den breiten Gesellschaftsschichten möglichst zu verbergen, um die Massenwirkung seiner Agitation nicht zu stören. Er blieb in seinen öffentlichen Forderungen stets unkonkret, was seine Basis weiter anwachsen ließ. Es unterstützten ihn fortan immer mehr Intellektuelle, sowie Anhänger vormals anderer politischer Bewegungen (vgl. Ajoudan-Garekani, 1991, S.88). Seine radikalen Botschaften übermittelte er aus Frankreich täglich per Telefon, sie wurden auf Kassetten aufgezeichnet, vervielfältigt und meist in den Moscheen verteilt (vgl. Encke, 1989, S.24).¹⁰⁰ Khomeini konnte durch sein Exil in Europa und durch seine täglichen Nachrichten unter den ungebildeten Schichten des Irans die Vorstellung wecken, er sei der Stellvertreter des verborgenen zwölften Imam, dem legitimen Nachfolger des Propheten Mohammed (vgl. Encke 1989, S.36f; vgl. Nirumand and Daddjou 1987, S.193).¹⁰¹ Khomeinis Hass gegen den Schah, der vor allem in den letzten Monaten vor dem Machtwechsel immer stärker wurde, könnte auf den Tod seines Sohnes *Mostafa* zurückzuführen sein, der ebenfalls im Exil lebte. Dieser starb im November 1977 plötzlich, nachdem er von "unbekannten Männern" besucht worden war (vgl. Ebert et al., 1987, S.98). Rinser (1979, S.74) vermutet hinter diesen Personen Mitarbeiter des SAVAK, die den Lehrer für islamisches Recht vergifteten. Dies führte zu einer weiteren Radikalisierung der revolutionären Bewegung, da sich immer mehr Iraner in den Moscheen versammelten und gemeinsam für den Toten beteten. Nach islamischer Tradition wurde 40 Tage lang für den Verstorbenen gebetet,

⁹⁹Die Militärmission der Amerikaner im Iran trug den Namen *ARMISHMAG*.

¹⁰⁰Auch wurden die Kassetten als harmlose Musikkassetten von Kindern auf den Strassen verkauft (vgl. Rinser, 1979, S.79).

¹⁰¹Der Vorstellung der Schia nach würde der Zwölfte Imam, der bereits als kleines Kind unter rätselhaften Umständen verschwunden war, zurückkehren, um ein Reich des Friedens und der Gerechtigkeit zu schaffen (vgl. Encke 1989, S.37; vgl. Schweizer 1991, S.203).

was zu einer täglichen Rückbesinnung auf den Mord an einem ihrer Lehrer führte. Im Zuge dieser langen Phase der Trauer nahm die Revolutionsbewegung um Khomeini schließlich konkrete Züge an (vgl. ebd.). Auch wurde sie durch zwei weitere Begebenheiten angefeuert, die sich in der Mitte der 70er Jahre zugetragen haben: Der Schah überfiel die heilige Stadt Qom, wo sich der persischen Armee Mullahs in ihrem Totenhemden entgegenwarfen (vgl. Rinser, 1979, S.76).¹⁰² Eine weitere Aktion des Schah Regimes, die sich für die Regierung als folgenschwer herausstellen sollte, war die Brandlegung im Rex-Kino von Abadan (vgl. Wahdat-Hagh vgl. 2003, S.164; vgl. Ameri-Siemens 2009, S.210).¹⁰³ In diesem Kino wurde ein heimlich aufgezeichneter Film gezeigt, der Feste und das ausschweifende Leben in den kaiserlichen Palästen abbildete (vgl. Rinser, 1979, S.78). Es entstand ein Brand bei der Vorführung des Films, die meisten Zuschauer kamen dabei ums Leben. Die spät eintreffende Feuerwehr fand verkohlte Leichen vor, die trotz des Brandes keine Anzeichen von Panik oder Flucht aufwiesen. Nur ein einziger Kinobesucher konnte sich vor den Flammen retten und berichtete, dass die Tore zum Kinosaal versperrt waren, aber auch, dass kein Besucher versucht habe, diese überhaupt zu öffnen (vgl. Rinser, 1979, S.78). Erst nach 1979 wurde erstmals offen über die Hintergründe des Brandes gesprochen. Demnach hätte der Schah die Ermordung der Kinobesucher mit Giftgas angeordnet, bevor das Feuer gelegt wurde (vgl. ebd.). Khomeini blieb trotz der Gewalt des Regimes ruhig, rief nicht zum *Dschihad*¹⁰⁴, sondern zur friedlichen Revolution auf. Er protestierte 1979 gegen die Ausreise des Schahs, kommentierte aber die Nachricht dessen tatsächlicher Ausreise lapidar: "Allah ist groß" (vgl. Rinser, 1979, S.79). Seine Rückkehr aus dem Exil verkündete er mit den Worten: "Mit Allahs Hilfe werde ich bald bei euch sein und euer Diener" (vgl. ebd., S.80).

¹⁰²} Fischer (1980, S.104) hebt den religiösen Wert der Stadt hervor, die in der schiitischen Religion als heilig gilt.

¹⁰³} Dies geschah ausgerechnet am 25. Jahrestag des CIA Putsches von 1953 (vgl. Ebert et al., 1987, S.102). Laut Wahdat-Hagh (2003, S.164f) sollen iranische Exil-Historiker aber mittlerweile den Nachweis geliefert haben, dass ein naher Verwandter des heutigen religiösen Führers des Iran, *Seyyed Ali Khamenei* bei der Planung und Durchführung des Anschlags beteiligt war. Khomeini hatte eine *Fatwa* gegen Kinos ausgesprochen, die westliche Filme zeigten. Der Autor beruft sich dabei auf Nabawi (1999).

¹⁰⁴} Heiliger Krieg.

4.3 Khomeinis Vision einer "Islamischen Republik"

Die Vorstellungen, die Khomeini von einem islamischen Staat hatte, wurden bereits im 19. Jahrhundert diskutiert (vgl. Martin, 2003, S.100).¹⁰⁵ Vor allem die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte intensive Diskussionen zwischen den Gelehrten, wie eine demokratische Regierung aufbauend auf islamischen Recht aussehen könnte (vgl. Ebert et al., 1987, S.381). Bereits damals war die Debatte von antimodernistischen und antiwestlichen Argumenten geprägt. Der Islam sollte hierbei nicht nur die Religion eines Landes vorgeben, sondern auch das gesellschaftliche und kulturelle Leben bestimmen. Vor allem auf das Bildungssystem habe dies zuzutreffen (vgl. ebd.). Der Koran gab für die schiitischen Fundamentalisten eine vollkommene, da von Gott geschaffene Gesellschaftsordnung vor. Religion und Politik bildeten für sie eine komplette Ordnung, die es nicht zu hinterfragen galt (vgl. Encke, 1989, S.32). Pluralität, Liberalität oder Individualität waren in dieser Ordnung unerwünscht. Der schiitische Islam zeichnet sich durch eine besondere Nähe der Gläubigen zu ihren Autoritäten, den Imamen aus.¹⁰⁶ Die Hoffnung einer zukünftigen islamischen

¹⁰⁵} Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass Staatstheorien vor allem im sunnitischen Islam diskutiert wurden. Dies liegt laut Ebert et al. (1987, S.378) vor allem an der Tatsache, dass schiitische Gelehrte in erster Linie versuchten, ihre politisch entstandene Bewegung theologisch auszudeuten. Die oppositionelle Haltung, die die Schiiten gegenüber den Sunniten einnahmen, hatte Gedanken eines islamisch-schiitisch geprägten Staates nicht ausreifen lassen (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.7). Ebert et al. (1987, S.379) teilt die Entwicklung der islamisch-schiitischen Staatsauffassungen in vier Etappen:

- Die erste Etappe erstreckte sich von der Zeit des ersten Imam bis zur Zeit der "großen Verborgenheit" im Jahr 940, als die Muslime ihre Kontakte zum Imam "abbrachen" (hierbei wird dem sechsten Imam, der 765 starb, eine herausragende Rolle zugeschrieben, der viele Überlegungen zum schiitischen Recht anstellte, die auch heute noch diskutiert und herangezogen werden).
- Die zweite Periode begann im Jahr 940 und endete mit dem Tod *Nasir ad-Din Tusis* 1273/74. Diese Periode gilt in der Historiographie der Schiiten als Rückbesinnung auf die Traditionen und Rechtsauslegungen des ersten Imam.
- Die dritte Etappe reicht bis zur Renaissance der *Safawiden* im Iran. Der wichtigste Gelehrte dieser Zeit war *Mutahhar al-Hilli* (gestorben 1325) der über 500 Bücher geschrieben hatte.
- Die vierte und letzte Periode führte von den *Safawiden* bis zur Gegenwart. Die schiitischen Staatstheorien fanden während der Periode der *Safawiden* kaum Veränderung. Auch ihre Staatsvorstellungen waren von der Idee bestimmt, dass der Herrscher der "Schatten Gottes" sei. Dadurch haben sie sich mit der Unterordnung unter den Staat des *Safawiden* Schahs abgefunden.

¹⁰⁶} Dem Imam werden in der Schia mehrere Pflichten zugeteilt: Er hat zum einen die *umma* zu leiten, den Gläubigen den verborgenen Sinn der Dinge zu erklären, sowie das religiöse Gesetz und die Dogmen zu erläutern (vgl. Ebert et al., 1987, S.384). Der Imam ist keine Reinkarnation der Gottheit. Er wird von Gott selbst ausgewählt. Er kann grundsätzlich kein Prophet sein, da die Kette der Propheten mit *Mohammad* ihren Abschluss fand (vgl. Donaldson, 1933, S.320). Der Imam gilt in der Schia als Nachfolger Mohammeds und übernimmt dessen Funktion, empfängt aber keine Offenbarung (vgl. Ebert et al., 1987, S.385).

Ordnung wird durch die erwartete Menschwerdung *Al-Mahdis*, des zwölften Imams, gestützt (vgl. Borszik, 2006, S.46).

Der Ausgangspunkt sämtlicher Staats- und Gesellschaftstheorien des Islam bildet die *umma*, die Gemeinschaft der Gläubigen, die sich nur zu dem einen Gott (Allah) bekennt. Der "islamische Staat" bildet hierbei den politischen Rahmen dieser religiös strukturierten Gemeinschaft. In der Praxis war dieser Staat durch die verschiedenen Traditionen des Islam zu keinem Zeitpunkt umsetzbar.¹⁰⁷

Die frühen Diskussionen über einen islamischen Staat kreisten auch um die zentrale Frage, in wie weit ein moderner Nationalstaat in einen islamischen Staat gewandelt werden kann. Dies müsse automatisch eine revolutionäre Bewegung auslösen (vgl. Encke, 1989, S.32).¹⁰⁸ Der erste islamische Geistliche, dessen konkrete Gedanken über die Schaffung eines islamischen Staates in den Westen drangen, war *Jamal al-Din Asada-badi* (1838-1897). Seine panislamischen Ideen sollten die Muslime sämtlicher Länder vereinen, um politische Macht in der Blütezeit des Imperialismus und Kolonialismus zu erlangen (vgl. ebd.).

Die Schia, die schiitische Auslegung des Koran wurde bereits im 16. Jahrhundert zur offiziellen Konfession in Persien gehoben. Ihre religiöse Auslegung hat sich in den letzten Jahrhunderten kaum geändert (vgl. ebd.).¹⁰⁹

¹⁰⁷Ebert et al. (1987, S.391f) untersuchten verschiedene islamische Staatstheorien und strichen folgende Aspekte heraus, die sich in sämtlichen Konzepten wiederfanden:

1. Die prinzipielle Gleichheit aller Muslime wird anerkannt.
2. Alle Gesetze, die für den Erhalt einer menschlichen Gesellschaft notwendig sind, wurden von Gott erschaffen, und im Koran oder den Traditionen niedergeschrieben.
3. Der islamische Staat nimmt für sich zu jeder Zeit in Anspruch, das richtige und wahre Konzept für den Erhalt und die Zukunft der Gesellschaft zu sorgen.
4. Es wird die Existenz einer Kraft vorausgesetzt, die darüber zu entscheiden hat, ob ein existierender Staat die Rahmenbedingungen eines islamischen Staats erfüllt. Diese Aufgabe soll im Iran von der Geistlichkeit eingenommen werden (vgl. Ebert et al., 1987, S.393).

¹⁰⁸Tatsächlich hatte sich die islamische Revolution im Iran ähnlich wie die Revolutionen in Frankreich, Russland und den Vereinigten Staaten entwickelt wie Fischer (1980, 189) nach der Revolutionsdefinition von Brinton (1938) ausführt: Demnach hätte eine rückständige Gesellschaft eine zu schnelle wirtschaftliche Entwicklung genommen, der Wohlstand wurde ungleich verteilt (vgl. auch Wahdat-Hagh, 2003, S.170). Nach der Prosperität wurde das Land von einer Rezession heimgesucht, deren Gegenmaßnahmen auch Auswirkungen auf die höheren Schichten des Landes hatten. Durch nationalistische und antikolonialistische Tendenzen wurde die prekäre Situation weiter verstärkt.

¹⁰⁹Fischer (1980, S.12) beruft sich nach Strothman (1953) auf drei grundlegende Merkmale der schiitischen Religion:

1. Die Passion (ähnlich der christlichen Passion) (vgl. auch Schweizer, 1991, S.179),
2. Erinnerungen an die schiitische Religion als Staatsreligion im Reich der Safawiden 1501,

Khomeini schwebte ein islamischer Staat vor, der zwar nach westlichem Vorbild gegliedert sei, aber deren Repräsentanten komplett an die Bedingungen und Vorgaben des Koran gebunden wären (vgl. Borszik, 2006, S.53). Khomeini stand dabei im Widerspruch zu vielen anderen führenden Geistlichen des Iran, welche die Aufgabe des Klerus nicht in der Regierung sahen, sondern in der Ausübung der religiösen Pflichten sowie in der Betreuung von Religionsseminaren und anderen konfessionellen Einrichtungen (vgl. Borszik, 2006, S.48). Die Geistlichen waren der Meinung, dass aus den religiösen Schriften nicht hervorgehe wer für die "Herstellung der göttlichen Ordnung" zuständig sei. Dies könne daher auch auf weltliche Herrscher zutreffen. Khomeini sah im Gegensatz dazu die Aufgabe der Führung des Staates in den Händen eines Imam.¹¹⁰

Khomeini erklärte, dass die Ungleichbehandlung der Bevölkerung, die sich in der Verteilung der Ressourcen wie Bildung, Arbeit, Landbesitz, Steuern, Wohlstand und Gesundheit, aber vor allem auch bei natürlichen Ressourcen wie Erdgas oder Erdöl zeigte, der Idee eines islamischen Gottesstaates widerspreche. Vor allem betreffe dies die Verteilungshoheit einer korrupten und säkularen Regierung (vgl. Martin, 2003, S.123).

Khomeini's Meinung nach habe der gläubige Moslem nur zwei Alternativen:

"Entweder er lässt sich zu polytheistischen und unehrlichen Handlungen zwingen, oder er [...] kämpft für die Beseitigung der bestehenden Bedingungen. Das Einzige, was wir tun können ist, die verdorbenen und die Verderbnis bringenden Herrschaftssysteme zu vernichten und die verräterischen, oppressiven und tyrannischen herrschenden Kreise zu stürzen" (Khomeini, 1983, S.43).

Die Erdölproduktion sollte nationalisiert, und die bestehenden Verträge mit England aufgelöst werden (vgl. Rinser, 1979, S.73). Weiters führte Khomeini zu seiner Idee des islamischen Staates aus:

"[...] in Gerechtigkeit - also gemäß Islam und Religionsgesetz zu regieren und vorzugehen, um welchen Regierungsbereich oder -belang es auch immer gehen mag. Das Justizwesen - Richter - hat Unrecht und Ungerechtigkeit von sich fernzuhalten und darf somit nicht auf der Grundlage

3. Wissen über die spezifischen Rechte und islamischen Pflichten der schiitischen Tradition.

¹¹⁰} Obgleich auch die Sunniten in der islamischen Staatstheorie die Führung einem Imam übergeben würden, verstehen sie unter diesem Titel etwas substantiell anderes (vgl. Ebert et al., 1987, S.379). Dem Imam werden von Seiten der Schiiten weiters magische Kräfte zugesagt (vgl. Ebert et al., 1987, S.381).

jener unausreichenden nichtislamischen Gesetze urteilen und entscheiden. Seiner Rechtsprechung müssen also voll und ganz die Weisungen und Richtlinien des islamischen Religionsgesetzes zugrunde liegen. Die "Programmierer", die im Parlament beispielsweise ihre Entwürfe und Vorschläge zum Finanzplan des Landes einbringen, haben dafür zu sorgen, dass die Bauern "öffentliche" Ländereien pachten bzw. erwerben können und zwar zu gerechten Bedingungen" (zitiert nach Borszik 2006, S.53).

Khomeini blieb mit seiner Erklärung, wie die Gewaltenteilung in einem zukünftigen Staat strukturiert sein wird, undeutlich. An anderer Stelle führte er aus, dass die Souveränität in einem islamischen Staat alleine bei Gott liege (vgl. Khomeini, 1983, S.52). Das heißt, dass die Befehle Gottes uneingeschränkt über die staatlichen Institutionen und über die Bürger des Staates herrschen. Seiner Meinung nach genüge eine Gesetzessammlung nicht, um die Gesellschaft zu verbessern. Es bedürfe einer Exekutive, um Gesetze umzusetzen (vgl. Khomeini, 1983, S.31). "Deshalb habe Gott, der Allmächtige, nicht nur Gesetze, d.h. das islamische Gesetzeswerk, offenbart, sondern auch einen Staat, eine Exekutive und ein Verwaltungssystem erschaffen" (ebd). Das Staatswesen des Propheten bildete für ihn das Vorbild eines zu gründenden islamischen Staates (vgl. Ebert et al., 1987, S.406). Khomeini dazu:

"Erstens gründete er selbst einen Staat. Die Geschichte legt Zeugnis darüber ab, dass er einen Staat schuf, sich der Durchführung der Gesetze und der Schaffung islamischer Organe widmete, die Gesellschaft verwaltete, Gouverneure in die Provinzen entsandte, Rechtsfälle entschied, Richter ernannte, Botschafter zu Stammesführern und Herrschern schickte, Verträge schloss, Krieg befahl - also den Staat führte [...]" (Khomeini, 1983, S.28).

Khomeinis Radikalität in dieser Frage zeigt sich wenig später:

"Jeder, der die Notwendigkeit der Schaffung des islamischen Staates leugnet, spricht sich gegen die Notwendigkeit der Anwendung der islamischen Gesetze aus und ignoriert den ewigen und umfassenden Charakter der Religion." (Khomeini, 1983, S.31)

Neben dem von Mohammed geschaffenen Herrschaftssystem bezieht sich Khomeini auch auf das Staatswesen des Imam 'Ali (vgl. Ebert et al., 1987, S.407). Konkret wurde er im Steuerwesen, welches der zu gründende Staat beinhalten sollte: So sollte es verschiedene festgelegte Zahlungen geben, wie die 20 prozentige "Profitsteuer", die Almosensteuer, die Grundsteuer und die Steuer, die die anerkannten religiösen

Minderheiten zu entrichten hätten, um von der Wehrpflicht entbunden zu werden (vgl. ebd.).

Die Legislative wird in dem von ihm gewünschten Staat von Gott ausgeführt. Dies bedeutet für ihn, dass Gesetze nicht von einer gesetzgebenden Versammlung verabschiedet werden, sondern von einer "Planungsversammlung", die die Pläne für die Ministerien auf der Grundlage der islamischen Prinzipien und Gesetze ausarbeiten. Khomeini forderte zwei grundlegende Eigenschaften, die ein zukünftiges Staatsoberhaupt haben müsse (Khomeini, 1983, S.63):

- Kenntnis des Gesetzes,
- und Gerechtigkeitssinn.

Weiters war Khomeini der Meinung, dass für die Zeit der Verborgenheit (des 12. Imams) Gott keine bestimmte Personen mit der Ausübung der Macht betraut habe. Aber nach der Verborgenheit würden diejenigen Regierungskriterien gelten, welche seit Beginn des Islam Gültigkeit besessen haben (vgl. Ebert et al. 1987, S.408; vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.8).

Khomeini kam auch auf den Wert der Bildung im Islam zu sprechen, da er der Meinung war, der vollkommene Mensch sei die Verkörperung des Gesetzes, er würde dieses Gesetz freiwillig und selbsttätig verwirklichen (vgl. Khomeini, 1983, S.36f). Khomeini's Sicht der islamischen Gesetze war extrem vereinfacht und deutete auf den totalitären Charakter seiner gewünschten Staatsform hin. Er selbst forderte stets die vollständige Oberhoheit der Geistlichen im iranischen Staat.

Interessant ist die antiimperialistische und antikommunistische Polemik, die Khomeinis Werk durchzieht. Dabei ließ er Imperialismus und Kommunismus auf gleicher Ebene erscheinen. Die USA galt ihm als "Feind Nr. 1" und "großer Satan", doch wurden auch die sozialistischen Staaten und ganz besonders die Sowjetunion in ähnlicher Weise attackiert.

Khomeini zog sich bereits am 6. März 1980 aus dem politischen Prozess zurück und gab an, nur noch bei religiösen Fragen Stellung nehmen zu wollen (vgl. Ebert et al., 1987, S.410). Als Nachfolger wurde lange Zeit sein Schüler *Ayatollah Hussein Ali Montazeri* gehandelt, der schließlich 1985 von einer islamischen Expertenversammlung von 80 ausgesuchten Theologen in dieses Amt gewählt wurde (vgl. Encke, 1989, S.175). Er war einer der wenigen hohen Geistlichen, die sich komplett aus den nachrevolutionären inneren Machtkämpfen heraushielten. Neben seinem Ruf als gemäßigter Geistlicher galt er als politisch schwach. 1989 wurde er daher gestürzt. Encke (1989, S.176) begründet dies mit dessen Auftreten als Zweifler und leisem

Kritiker des Krieges gegen den Irak. Er war um positive Signale an das Ausland besorgt, was ihm von Seiten der fundamentalistischen Geistlichkeit als Verrat der Werte der islamischen Revolution ausgelegt wurde. Montazeri übte nach dem Ende des Krieges harsche Kritik am Regime, das eine Hinrichtungswelle an Jugendlichen startete, um von den Verfehlungen des Krieges abzulenken (vgl. Encke, 1989, S.176). Weiters äußerte er sich ungewöhnlich scharf, dass kein einziges Ziel der islamischen Revolution verwirklicht worden sei. Die Hinrichtungen im Iran kommentierte er folgendermaßen: "Wir werden kein einziges Problem dadurch lösen, dass wir unsere Gegner einsperren, foltern, hinrichten" (zitiert nach Encke 1989, S.178). Es kam zu einer politischen "Säuberungswelle", die sämtliche Anhänger Montazeris in den Moscheen und Ministerien, sogar Provinzgouverneure betraf. Khomeinis Nachfolge trat daraufhin *Ali Khomeini* an (vgl. ebd., S.179).¹¹¹ Ein weiterer Geistlicher, der vom Sturz Montazeris profitierte, war *Ali Akbar Haschemi Rafsandschani*,¹¹² welcher wie Montazeri eine Politik der Öffnung verfolgte, doch nach heftiger Kritik einlenken musste. Montazeri war ein Hindernis für Rafsandschani, da dieser seinen Aufstieg behinderte. Rafsandschani konnte diese kritische Phase der Nachrevolution politisch überleben und wurde später iranischer Präsident (vgl. Encke, 1989, S.181).

Das genaue Alter, welches Khomeini zum Zeitpunkt seines Todes hatte, war unklar und schwankte zwischen 86 und 89 Jahren. Elf Tage vor seinem Tod musste er sich einer Darmoperation unterziehen (vgl. Encke, 1989, S.181). Nachdem sein Tod verkündet wurde, strömten Millionen Menschen auf die Straßen Teherans und trauerten öffentlich um Khomeini (vgl. Schweizer, 1991, S.349). Der Leichnam Khomeinis wurde für drei Tage in einem Glassarg auf dem großen Gebetsplatz im Norden Teherans aufgebahrt. Es kam zu einer Massenhysterie bei der dutzende Menschen zu Tode getrampelt, und mehr als 11.000 verletzt wurden (vgl. Schweizer, 1991, S.350). Der erste Versuch, den Revolutionsführer zum Friedhof zu überführen, scheiterte durch die massive Menschenansammlung in der Innenstadt. Das Leichentuch, in welches Khomeini gebettet lag und welches für die Gläubigen als gesegnet galt wur-

¹¹¹ Bahman Nirumand und Keywan Daddjou (1987, S.277) geben an, dass Khomeini einer der Organisatoren der Botschaftsbesetzung war. So soll er neben fünf weiteren Personen für die politische Orientierung der "Studenten der Linie des Imams" verantwortlich gewesen sein.

¹¹² Rafsandschani wird heute als der wichtigste Organisator des Terroranschlags auf das Jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires vermutet. Das Attentat wurde von einem Selbstmordattentäter der schiitischen und irannahen Terrororganisation *Hisbollah* durchgeführt, bei dem 85 Personen getötet und mindestens 151 verwundet wurden. Als weiterer Hauptverdächtiger gilt *Ahmad Vahidi*, früherer Kommandant der *al-Quds* (=arabische Bezeichnung für die Stadt Jerusalem) Einheit, und heutiger Verteidigungsminister der Islamischen Republik Iran. Vgl. Website des Intelligence and Terrorism Information Center at the Center for Special Studies (C.S.S), erreichbar unter http://www.terrorism-info.org.il/data/pdf/PDF_06_327_2.pdf, abgerufen am 03.03.2013.

de zerrissen. Dabei wurde der Leichnam mit den sichtbaren OP-Wunden freigelegt (vgl. Encke, 1989, S.182). Der Körper fiel zu Boden, was zum Abbruch des Umzugs führte. Schlussendlich musste durch die Menschenmassen der Leichnam mit einem Helikopter aus der Innenstadt geflogen werden.¹¹³ Einen Tag später konnte er schließlich auf dem Friedhof in einem Grab, welches der heiligen *Kaaba* in Mekka nachempfunden ist, beerdigt werden (vgl. Encke, 1989, S.182).

4.4 Die Islamische Revolution

Ab dem Sommer 1977 begannen sich die Ereignisse zu überschlagen, die mit der Entwicklung einer Menschenrechtsbewegung ihren Anfang nahmen (vgl. Ebert et al., 1987, S.96). Unter dem Vorsitz von *Mahdi Bazargan* wurde die Gesellschaft zur Verteidigung der Freiheit und der Menschenrechte gegründet. Neben Zusammenschlüssen von Anwälten bildeten auch Angehörige von Inhaftierten Gemeinschaften, um deren Verteidigung zu organisieren. Studenten demonstrierten für das Recht, Vertretungen zu bilden und ihre Anliegen offen präsentieren zu können. Am 19. November 1977 gründete sich die Nationale Front neu. Mitten in den Wirren der Vorrevolution besuchte der Schah *Jimmy Carter* im Weißen Haus (vgl. ebd.). Carter legte bei dieser Gelegenheit dem Schah nahe, Reformen im Iran zu initiieren und "einen Mechanismus der politischen Beteiligung zu schaffen" (ebd.).¹¹⁴ Nach der Ermordung des Sohnes von Khomeini wurde die Lage immer angespannter. Der SAVAK und die Polizei misshandelten und verhafteten immer mehr Bürger (vgl. ebd., S98).¹¹⁵

Am 8. Jänner 1978 ließ der Schah in der Teheraner Zeitung *ettela'at* einen Artikel abdrucken, in dem Khomeini als "kommunistischer Verschwörer" diffamiert wurde. Dies hatte aber nur zur Folge, dass Khomeini noch häufiger von der Protestbewegung als Identifikationsfigur benutzt wurde (vgl. ebd.). In den größeren Städten kam es zu Streikbewegungen,¹¹⁶ Schulen und Geschäfte blieben geschlossen. Es führte auch zum "Massaker von Tabriz", welches auch ausserhalb des Irans zu heftigen Protesten führte. Die 40 tägige Trauerzeit, die nach dem Massaker einsetzte, endete am

¹¹³} Szenen des versuchten Umzugs sind auf dem Videoportal Youtube abrufbar: <http://www.youtube.com/watch?v=2k7mpnPJWDo>, abgerufen am 03.03.2013.

¹¹⁴} Später sollte der Schah den Vereinigten Staaten vorwerfen, mit dem Forderung, eine "Liberalisierungspolitik" in die Wege zu leiten, die Revolution mitverursacht zu haben (vgl. Ebert et al., 1987, S.97).

¹¹⁵} Auch Fischer (1980, S.191) spricht von einer Intensivierung der SAVAK-Aktionen nach 1972.

¹¹⁶} Laut Fischer (1980, S.188) kam es in den Jahren 1974-1977 zu 25 Streiks in wichtigen Fabriken, doch hielten diese durch die Repression des Regimes nie lange an. Bereits 1965 kam es in den internationalen Medien zu Berichten an Folter durch den SAVAK an den Anführern der Streiks. Hamid Algar (1972, 250ff zitiert nach Fischer 1980, 188) berichtet von den Folterungen und Ermordungen der Studenten *Mohammad Reza Saidi* und *Nikdaudi*, die sich als Protestsprecher gegen den Verkauf des Landes ausgesprochen haben.

31. März 1978. Die Geistlichkeit rief für dieses Datum zu Großdemonstrationen im ganzen Land auf. In den Städten Teheran, Tabriz, Esfahan und Yazd wurden die Proteste blutig niedergeschlagen. In seiner Verzweiflung versuchte der Schah in den letzten Monaten seiner Regentschaft mit Zugeständnissen die Lage zu beruhigen. Dies kam aber etliche Monate zu spät, die explosive Stimmung ließ sich nicht mehr entschärfen (vgl. Ebert et al., 1987, S.99). 40 Tage nach dem letzten Blutvergießen kam es am 9. Mai erneut zu intensiven Protesten, die das öffentliche Leben komplett lahm legten. Der SAVAK verfolgte und ermordete sogar Aktivisten in Moscheen und Wohnhäusern der hohen Geistlichen (vgl. ebd., S.100). Dies hatte weitere negative Auswirkungen auf die Regierung des Schahs, da die Großayatollahs, die weiterhin im Iran lebten, ihre Position eines Kompromisses mit der Regierung aufgaben, und sich nun auch gegen den Schah stellten. Am 6. Juni wurde der berüchtigte Geheimdienst Chef *Nassiri* vom Schah entlassen und als Botschafter nach Pakistan entsendet (vgl. Ebert et al., 1987, S.113). Am 16. Februar 1979 wurde er mit drei anderen Vertretern der Schah Regierung durch den revolutionären Gerichtshof nach einer Aufforderung Khomeinis hingerichtet (vgl. Fischer, 1980, S.181).

Es kam zu einer kurzen Periode der Ruhe, die der Schah aber nicht für sich nutzen konnte. Er lehnte sämtliche Vorschläge, die ihm von der Nationalen Front und den Geistlichen unterbreitet wurden ab, und versprach "freie Wahlen". Die US-Regierung versicherte dem Schah ihre Solidarität zu, das saudische Königshaus forderte alle arabischen Staaten auf, den Schah zu unterstützen (vgl. Ebert et al., 1987, S.103). Der chinesische Ministerpräsident *Hua Guofeng*, der auf einem Staatsbesuch in Teheran weilte, dehnte seinen Aufenthalt demonstrativ auf zwei Tage aus, obwohl das Protokoll nur einen Aufenthalt von einem Tag vorsah. All die Solidarität half ebenso wenig wie die späten Zugeständnisse an die Geistlichen. Als der Fastenmonat Ramadan Ende des Sommers zu Ende ging, wurde dies erneut zum Anlass von Protesten genommen. Zehntausende protestierten in den großen Städten, bei einem Generalstreik am 7. September nahmen trotz massiver Drohungen des Regimes bis zu einer Million Menschen teil (vgl. ebd.). In der Nacht zum 8. September verhängte der Schah schließlich über Teheran und elf andere iranische Städte für die Zeit von sechs Monaten das Kriegsrecht. Dieses Datum sieht Ebert et al. (1987, S.103) als Zeitpunkt, an dem sich die Massenbewegung zu einer Revolutionsbewegung wandelte. Am 8. September kam es am *Jaleh-Platz* im Zentrum Teherans zu einer neuerlichen Demonstration, die von der Armee blutig niedergeschossen wurde. An diesem Tag kamen am Platz zwischen 3.000 und 4.000 Menschen ums Leben (vgl. Ebert et al., 1987, S.104).¹¹⁷

¹¹⁷ Der Tag sollte als *Schwarzer Freitag* in die iranische Geschichte eingehen (vgl. Ebert et al., 1987, S.104).

Spätestens jetzt wurden sämtlichen Gruppen, die noch an eine Reformation des bestehenden Systems glaubten, in die Revolutionsbewegung einbezogen. Es kam zu einer neuerlichen Streikwelle, die selbst vor Regierungsstellen und Ministerien nicht halt machte. Das Regime versuchte dem gegenzusteuern, indem es die Gründung von Parteien erlaubte. Ziel des Schahs war es, die geeinte Opposition in mehrere Kleinparteien zu zersplittern. Der Oppositionspolitiker *Bani Ahmad* äußerte sich in einem Interview mit britischen Journalisten folgendermaßen:

”Der internationale Druck auf den Schah, besonders von Seiten der USA, nachzugeben, hat uns ohne Zweifel geholfen. Die Amerikaner sind aufgewacht. Sie können keine unzufriedene Bevölkerung in strategisch wichtigen Gebieten dulden. Demokratien, wie ihre eigene sind eine Garantie der Stärke” (*The Middle East*, London 47/1978, S.45 zitiert nach Ebert et al. 1987, S.105).

Der Schah konnte sich trotz der Beteuerungen Carters, den Iran zu unterstützen, der Solidarität der amerikanischen Administration nicht mehr sicher sein. Er verlor komplett die Fähigkeit, die Realität der Situation im Iran zu begreifen. Dies zeigte sich vor allem in Aussagen wie den folgenden:

”Die gegenwärtige Unruhe muss den Kommunisten zugeschrieben werden, die schon immer die Ursachen meiner Schwierigkeiten gewesen sind. Der Komplott ist immer gleich, und ich besitze Informationen, die beweisen, dass die Unruhestifter ihre Anordnungen von den Kommunisten erhalten” (*Time*, Washington/New York, 18.September 1978, S.13 zitiert nach Ebert et al. 1987, S.106).

Das Kriegsrecht konnte die Konflikte nicht stoppen, die Oppositionsbewegung wuchs von Tag zu Tag. Ende September 1978 hatte der Generalstreik sämtliche wirtschaftlichen und sozialen Bereiche des Landes erfasst (vgl. Ebert et al., 1987, S.106). Der Schah versuchte die Kommunikationsstruktur Khomeinis zu zerstören und beauftragte den Geheimdienst, führende Personen der Oppositionsbewegung ausfindig zu machen und die Kommunikationskanäle mit Khomeini zu stören. Der Schah forderte den Irak an, Khomeini auszuweisen, was auch sofort geschah (vgl. Ebert et al., 1987, S.106). Khomeini erbat in einigen Golfstaaten wie den *Vereinigten Arabischen Emiraten* oder *Kuwait* vergeblich um Asyl. Am 6. Oktober 1978 ließ er sich nach einer Aufenthaltsgenehmigung durch die französische Regierung in *Neuville-le-Chateau* in der Nähe von Paris nieder (Ebert et al. vgl. 1987, S.107; vgl. Ameri-Siemens 2009, S.211; vgl. Nirumand and Daddjou 1987, S.176). Die Bitte um Ausweisung Khomeinis aus dem Irak wurde als weiterer schwerwiegender Fehler des Schahs betrachtet,

da Khomeinis in der irakischen Abgeschiedenheit kaum Handlungsfähig war. In Paris lebten unzählige iranische Studenten und Intellektuelle, die vor dem Schah nach Europa geflohen waren. Khomeini wurde zu einem gefragten Interviewpartner. Auch brachte die Ausweisung nicht den gewünschten Effekt für den Schah. Bereits am 8. Oktober traten 30.000 Stahlarbeiter in den Streik und die auflagenstärksten Zeitungen, *kejhan* und *etta'at* schlossen ihre Redaktionen. Die Universitäten stellten den Lehrbetrieb ein und operierten als regionale Befehlszentralen für die Oppositionellen. Vor allem der Streik der Erdölarbeiter hatte massiven Einfluss auf die Wirtschaft des Landes, die langsam zusammenzubrechen begann.¹¹⁸ Die Demonstranten und Streikenden forderten ausländische Techniker auf, das Land zu verlassen. Es kam zu Drohungen und Anschlägen gegen Mitarbeiter ausländischer und amerikanischer Firmen. So kam es zu einem Bombenanschlag auf das Auto des Direktors der *Oil Service Company, George Links*, bei dem sein iranischer Fahrer verletzt wurde (vgl. Fischer, 1980, S.203). Die wohlhabenden Iraner, die es sich leisten konnten, transferierten ihr Vermögen ins Ausland, was zu einer immensen Kapitalflucht führte, die alleine zwischen dem 21. Oktober 1978 und dem 21. November 1978 auf etwa 2,4 Milliarden Dollar geschätzt wird (vgl. Ebert et al., 1987, S.108). Am 6. November 1978 wurden die Regierungsagenden an das Militär unter der Führung von General *Golamreza Azhari* übertragen (vgl. Fischer, 1980, S.202). In den kommenden Wochen und Monaten starben tausende Menschen durch das Militär. Die Rolle Khomeinis als kompromissloser und unangefochtener Führer der Revolution hat sich in diesen Monaten verfestigt. Bereits im Oktober war der Revolutionsrat entstanden, was später von einem der Führer der Revolution und späteren obersten Richter der Islamischen Republik, *Ayatollah Behesti* folgendermaßen kommentiert wurde (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.214):

”Ende Oktober 1978 traf ich, zusammen mit einigen anderen Kollegen, den Imam bei Paris. Eine der damals behandelten Fragen war: Wer sind die Personen, denen die Verantwortlichkeit für die Organisation der Kräfte des iranischen Volkes übertragen werden kann, und wer kann nach dem Erfolg der Revolution die Aufgabe der Leitung der iranischen Gesellschaft übernehmen? Zwei Probleme lagen dem Imam besonders am Herzen. Erstens, welche Personen können trotz der Anwesenheit des Schahs und seiner organisierten Macht den Prozess der Ausweitung der

^{118}} So hat sich laut Fischer (1980, S.202) die Erdölförderung von 6 Millionen Barrel pro Tag auf 1,1 Millionen reduziert (vgl. auch Wahdat-Hagh, 2003, S.165). Aus diesem Grund wurde den Streikenden von der Regierung Vergünstigungen angeboten, wie eine Erhöhung des Lohns um 22% oder bessere Wohnbedingungen. Ihre politischen Forderungen wurden aber dennoch zurückgewiesen.

sozialen Bewegung Irans beschleunigen und zweitens, welche Personen können nach unserem Erfolg die Gesellschaft lenken? Der Grund für diese Problemstellung war die in jener Zeit verstärkte Propaganda des Schahs, dass im Falle seines Ausscheidens aus der politischen Szenerie Irans ein Vakuum entstehen würde [...] Imam Khomeini ernannte im Anschluss daran eine Gruppe von fünf Personen, die seine inneriranische Kontaktgruppe darstellen sollte, den Kern des Revolutionsrates. Da zu jenem Zeitpunkt die Ayatollahs *Talegani* und *Montazeri* noch eingekerkert waren, ernannte er den inzwischen verstorbenen Ayatollah *Rafsanjani*, *Ardebili*, *Bahonar* und mich“ (*Gumhuriye Eslami*, Teheran, 24.Jänner 1980 zitiert nach Ebert et al. 1987, S.109).

In mehreren Interviews in Frankreich machte Khomeini deutlich, dass er an einem Sturz der Regierung des Schahs festhielt und dass jedweder Kompromiss ein Verrat an der Revolutionsbewegung sei (vgl. Ebert et al., 1987, S.109). Die Führer der Nationalen Front reisten zu Khomeini nach Frankreich, um sich über nachrevolutionäre Ideen auszutauschen. Dabei machte der Ayatollah deutlich, dass er wenig Spielraum abseits seiner eigenen Vorstellungen für einen Iran nach dem Sturz des Schahs sehe. Die säkularen Flügel der Revolutionsbewegung mussten folgende drei Punkte anerkennen (vgl. Ebert et al., 1987, S.109):

1. Abschaffung der Monarchie, da diese jeglicher rechtlicher und religiöser Legitimität entbehrt.
2. Die Etablierung einer auf dem Islam fußenden Regierung.
3. Eine Volksabstimmung über den zukünftigen Aufbau des Staates.

Die islamisch-fundamentalistische Fraktion hatte innerhalb der Revolutionsbewegung die Führung übernommen. Am 3. Dezember 1978 begann der schiitische Trauermonat *Moharram*. Dies wurde von der Revolutionsbewegung zum Anlass genommen, neben neuerlichen Demonstrationen auch riesige Massenaufmärsche, die am 10. und 11. Dezember stattfanden, zu organisieren (vgl. Ebert et al., 1987, S.110). Während *asura* und *tasu'a*, den beiden höchsten Feiertagen des Trauermonats, nahmen zwischen zwei und drei Millionen Iraner an dem Marsch durch Teheran teil, die mit der Parole, "Unabhängigkeit, Freiheit, Islamische Republik", den Sturz des Schahs forderten (vgl. ebd.). Die gewaltige Anzahl an Teilnehmern überforderte das Militär, das trotz Kriegsrechts nicht mehr eingreifen konnte, um die Proteste zu verhindern. Auch wurde die Militärregierung durch die Tatsache geschwächt, dass sie ohne der ausdrücklichen und persönlichen Zustimmung des Schahs keine Aktionen

setzen konnte (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.205). Der Schah hatte während seiner Regierungszeit komplett verabsäumt, die Armee mit eigenen Entscheidungsbefugnissen auszustatten, was sich nun rächen sollte. Darüber hinaus begannen Teile der Armee sich zusehends mit den Zielen der Revolutionären zu identifizieren. Dies betraf vor allem einfache Soldaten und niedere Offiziere, die nicht zu der privilegierten iranischen Oberschicht zählten (vgl. Ebert et al., 1987, S.110). ebd.).¹¹⁹ Dies wurde von Khomeini und seinen Stellvertretern geschickt ausgenutzt. Gezielt wurden Soldaten angesprochen und an ihre religiösen Gefühle appelliert. Diese Aktionen gegen die Armee zeigten erstmals in den Monaten November und Dezember Erfolge. Die Desertionen nahmen massiv zu und es kam zu öffentlichen Verbrüderungsszenen (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.167). Der Schah gab nur noch unklare Befehle an das Militär, was zu einer kompletten Erstarrung des Armeeapparates führte. Die Militärregierung unter Azhari trat nach einer zweitägigen Gewaltwelle am 31. Dezember 1978 zurück (vgl. Fischer, 1980, S.210). Ganze Teile der iranischen Luftwaffe liefen zu den Revolutionären über. Zur Überraschung handelte es sich aber diesmal meist um Luftwaffenoffiziere und technische Offiziere. Ebert et al. (1987, S.112) führen aus, dass es sich meist um Maturanten handelte, denen eine Weiterbildung durch das eingeschränkte und elitäre Hochschulsystem verwehrt blieb. Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen schlugen sie die Armeelaufbahn ein, ohne sich mit der ideologischen Ausrichtung des Regimes zu identifizieren. Am 30. Dezember 1978 wurde der Militärflughafen von Teheran von den Revolutionären besetzt. Das Regime entließ führende Oppositionelle in der Hoffnung, diese gegen Khomeini auszuspielen. Der Schah versuchte seine Herrschaft, wenn auch unter massiven Machtverlusten, zu erhalten. Er verhandelte mit Angehörigen der Nationalen Front, was durch die verhärteten Fronten zu keinem Ergebnis führte (vgl. ebd.). Der betagte Oppositionelle *Bachtjar* war der Meinung, dass die drohende Dominanz der Geistlichkeit verhindert werden müsste und bot dem Schah unter folgenden Voraussetzung eine Regierung an (vgl. Ebert et al., 1987, S.114):

1. Wiedereinführung der zuletzt 1953 praktizierten Methode, den Premierminister vom Parlament einsetzen zu lassen.
2. Einschwörung des Militärs auf die Regierung und die Möglichkeit Generäle wieder einzuberufen, die vom Schah abgesetzt wurden.
3. Einwilligung des Schahs, für längere Zeit ausser Landes zu reisen.

¹¹⁹} Vor allem junge Offiziere standen der Revolutionsbewegung positiv gegenüber, da sie in der verkrusteten und korrupten Armee kaum Aufstiegschancen sahen (vgl. Ebert et al., 1987, S.111).

Bachtjar wurde daraufhin am 3. Jänner 1979 aus der Nationalen Front ausgeschlossen. Es sollte sich für ihn als äußerst schwierig erweisen, namhafte Oppositionelle für seine geplante Regierung zu gewinnen. Auch die von ihm schlussendlich gebildete Regierung versagte unter ihrem Anspruch, das vom Generalstreik und Protesten geschüttelte Land zu regieren (vgl. ebd.). Spätestens am 14. Jänner 1979 waren die Vorbereitungen zur Ausreise des Schahs abgeschlossen. Am 16. Jänner verließ er schließlich das Land, angeblich um einen Urlaub in Ägypten anzutreten (vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.168; vgl. Hoeyda 1980, S.144; vgl. Fischer 1980, S.181).

Ein später aufgetauchtes Protokoll einer geheimen Ansprache gegenüber seiner hohen Generäle offenbarte, wie der Schah weiter gegen die Revolution vorgehen wollte:

”Bisher konnten wir alle diese widerspenstigen Aufstände der Massen, mit dem Ziel, die kaiserliche Ordnung zu zerstören, mit den Erfahrungen meines Vaters und mit der freundlichen Hilfe der amerikanischen Regierung niederschlagen und vernichten [...] Leider sind jetzt jedoch bereits Zeichen der Spaltung und der Uneinigkeit im Militär, dem einzigen Garanten und der einzigen Stütze der kaiserlichen Dynastie, aufgetreten [...] Somit kann man diesem Militär nicht mehr vertrauen [...] Deshalb müssen Sie die Nomaden und Volksstämme in den verschiedenen Orten des Landes zu Hilfe rufen [...] und ihnen reichlich größere Geldmengen auszahlen [...]”

Weiters ging er auf den Stellenwert des Streiks der Ölarbeiter ein:

”[...] Wir wollen dadurch, dass wir auch den Ölbedarf im Inland nicht gedeckt haben, bei der Bevölkerung Angst und Panik im Winter auslösen. Unsere Hoffnung war, dass die streikenden Ölarbeiter an die Arbeit zurückgehen. Bei voller Tätigkeit auf den Ölfeldern wären wir in der Lage gewesen, das Militär und unsere Leute finanziell zu versorgen [...]” (zitiert nach Tilgner 1979, S.48ff).

Er gab zu, dass vor allem der Streik der Ölarbeiter zum Niedergang des Regimes geführt hatte. Auch ist die Erwähnung der amerikanischen Regierung interessant. Die USA haben bis zuletzt die Situation im Iran komplett verkannt, selbst im August 1978 schrieb der CIA Chef *Stansfield M. Turner* an Präsident Jimmy Carter, dass keine revolutionäre oder vorrevolutionäre Stimmung im Iran ersichtlich sei (vgl. Tilgner, 1979, S.2).

Der Schah galt in der Region durch seinen Antikommunismus als wichtigster Verbündeter der Vereinigten Staaten (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.103). Laut Graham (1979, IX) wurden die Amerikaner vom iranischen Geheimdienst, mit dem sie eng zusammen arbeiteten, gezielt über die Ausmaße der Revolte in die Irre geführt. Erst Anfang Dezember begann der Botschafter der USA im Iran *William H. Sullivan*, Analysen über den weiteren Verlauf der Situation zu erstellen. Er kam zu dem Schluss, dass ein Sturz des Schahs unausweichlich sei. Der Außenminister der USA, *Cyrus Vance* bildete einen Ausschuss von Experten, die die Meinung des Botschafters teilten. Doch einige populäre Politiker wie *Henry Kissinger* waren nach wie vor der Meinung, das Regime des Schahs müsse unterstützt werden. So sagte er:

”Wenn eine Revolution sich im Marsch befindet, kann man sie nicht durch Zugeständnisse beruhigen. Wenn einmal dieses Stadium erreicht ist, ist die einzige Notwendigkeit die uneingeschränkte Wiederherstellung der Autorität” (*The Economist*, London, 10.Februar 1979, S.34 zitiert nach Ebert et al. 1987, S.117).

Spätestens zum Jahreswechsel 1978/79 waren die Amerikaner durch die sich im Iran befindenden Militärberater über die Situation der iranischen Armee informiert. Die Situation für Khomeini war kompliziert, da er nun den richtigen Zeitpunkt finden musste, in den Iran zurückzukehren (vgl. ebd., S.120).¹²⁰ Khomeini erklärte, Ministerpräsidenten Bachtjar nur nach dessen bedingungslosem Rücktritt zu empfangen. Bachtjar ließ den Teheraner Flughafen sperren, um die Rückkehr Khomeinis zu verzögern (vgl. Fischer, 1980, S.211). Schließlich erkannte er die Sinnlosigkeit darin, die Rückkehr Khomeinis zu verhindern und lenkte ein.

Khomeini landete am 1. Februar 1979 in Teheran, er hatte davor 15 Jahre im Exil verbracht (vgl. Ebert et al. 1987, S.120; vgl. Wahdat-Hagh 2003, 169). Millionen Menschen gingen erneut auf die Straße um seine Ankunft zu feiern (vgl. Fischer, 1980, S.213). Das Parlament und die der Regentschaftsrat lösten sich auf. Khomeinis Aufgabe in den kommenden Tagen war es eine friedliche Machtübergabe einzuleiten, ohne eine Konfrontation mit dem Militär zu riskieren.

Zu Gewalt kam es aber dennoch, als Luftwaffenkadetten die Ankunft Khomeinis im Fernsehen sahen und es daraufhin zu einem Handgemenge zwischen Revolutionärgesinnten und Royalisten unter den Soldaten kam (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.231). Die Reaktionären riefen die kaiserliche Garde per Funk um Hilfe, eine Spezialeinheit die auf den Schah vereidigt und ihm fanatisch ergeben war. Die

¹²⁰} Ursprünglich wählte er den 26. Oktober als Jahrestag der Weißen Revolution zum Tag seiner Rückkehr. Gleichzeitig war es der Tag vor dem Jahrestag des Todes des Propheten Mohammed (vgl. Fischer, 1980, S.211).

Garde griff mit großer Brutalität die Luftwaffenbasen *Farahabad* und *Doshtantapeh* im Süden Teherans an, doch stieß sie auf erbitterten Widerstand der Kadetten. Als der Widerstand zu stoppen drohte, öffneten Kadetten die Waffenarsenale für die Bevölkerung. Innerhalb kürzester Zeit waren tausende Revolutionäre bewaffnet und attackierten die Garde (vgl. Ebert et al., 1987, S.122). Die kaiserliche Garde wurde zum Rückzug gezwungen. Die bewaffneten Revolutionäre nahmen nun Tag für Tag Kasernen, Polizeistationen und SAVAK-Gefängnisse ein, wobei ihnen auch schwere Waffen in die Hände fielen (vgl. ebd.). Die letzten Gefechte zwischen Revolutionären und Armee, die am 10. und 11. Februar stattfanden kosteten über eintausend Menschen das Leben. Hohe Generäle der Armee verließen fluchtartig das Land, andere liefen zur Revolution über. Am 11. Februar erklärte die Armee schließlich ihre Neutralität und befahl den Soldaten, in die Kasernen zurückzukehren. Die Armee war zu diesem Zeitpunkt bereits länger als ein Jahr in einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt im Inland eingesetzt. Ministerpräsident Bachtjar tauchte unter, was den endgültigen Sieg der Revolution bedeutete (vgl. Ebert et al., 1987, S.122).

4.5 Die Folgen der Revolution

Bis zum Sturz des Schahs Anfang des Jahres 1979 waren beide Teile der Verfassung auf die sich das Regime berief, gültig. Die Verfassung entstand in mehreren Phasen am Beginn des 20. Jahrhunderts und regelte in 51 Artikeln Kompetenzen, sowie die Bildung und Arbeitsweise der Nationalversammlung und des Senats (vgl. Ebert et al., 1987, S.394). Hinweise auf den Islam finden sich bis auf Artikel 11 nicht. Die Rolle der Religion und des Klerus wurde im *Ergänzenden Verfassungsgesetz* mit seinen 107 Artikeln festgelegt. Religion wurde in diesen Artikeln als Legitimation der Macht des Schahs benutzt. So heißt es etwa in Artikel 35 des Ergänzenden Verfassungsgesetzes: "Die Krone ist ein von Gottes Gnaden dem Monarchen durch das Volk anvertrautes Treugut" (zitiert nach Ebert et al. 1987, S.395). Auch der Treue-schwur des Herrschers beinhaltet nach Artikel 39 des Ergänzenden Verfassungsgesetzes den Hinweis auf die notwendige Vereinbarkeit der Tätigkeit des Herrschers mit der schiitischen Religion. Auch in den Artikeln 18, 20 und 21 des Ergänzenden Verfassungsgesetzes wurde auf islamische Traditionen Bezug genommen. Die von der Nationalversammlung verabschiedeten Gesetze mussten von mindestens fünf hohen islamischen Rechtsgelehrten auf ihre Vereinbarkeit mit den Regeln des schiitischen Islam überprüft werden (vgl. ebd.). Tatsächlich hatte dieser "Rat der Geistlichen"

in der Realität kaum Bedeutung.¹²¹ Der Klerus war in der Rechtsprechung des Landes überaus stark vertreten. Vor allem in Fragen des islamischen Rechts hatte die Geistlichkeit die ausschließliche Kompetenz (vgl. Ebert et al., 1987, S.396).

1979 wurde die monarchistische Verfassung durch den Sieg der Revolutionäre annulliert (vgl. Ebert et al., 1987, S.398). Für den 30. und 31. März 1979 wurde eine Volksabstimmung einberufen, an der die Iraner über die zukünftige Staatsform abstimmen sollten (vgl. Fischer vgl. 1980, S.220; vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.213).

Alle Bürger über 16 Jahren wurden darüber befragt, ob das alte Regime in eine Islamische Republik, deren Verfassung vom Volk gebilligt wird, umgewandelt werden soll (vgl. Ebert et al., 1987, S.398). Für dieses Unterfangen wurden im ganzen Land um die 18.000 Abstimmungslokale eingerichtet, in denen laut offiziellen Angaben 20.288.000 Iraner zur Abstimmung traten. Die Wahlbeteiligung lag dabei bei 92,5%. 99,4% stimmten bei dem Votum mit "Ja". Auch im Ausland lebende Iraner konnten an der Abstimmung teilnehmen. *Ayatollah Shariatmadari*, die Nationale Front und die Linken protestierten gegen die Formulierungen auf den Wahlzetteln. So war es nur möglich für eine (noch undefinierte) islamische Republik zu stimmen, oder dagegen. Kurden, Turkmenen und andere Minderheiten riefen zu einem Boykott der Abstimmung auf (vgl. Fischer, 1980, S.220). Ameri-Siemens (2009, S.227) erklärt die hohe Zustimmung damit, dass die meisten Iraner eine Republik wollten, dabei das Wort "islamisch" aber ausblendeten oder sich nicht darüber bewusst waren, was es konkret bedeuten solle.

Die *Islamische Republik Iran* wurde am 1. April 1979 durch Ayatollah Khomeini ausgerufen und die konstitutionelle Monarchie mit ihrer Verfassung abgeschafft (vgl. Fischer vgl. 1980, S.220; vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.237; vgl. Schweizer 1991, S.325). Bereits vor dem endgültigen Sieg über die Schah Regierung bestimmte Khomeini *Mahdi Bazargan* zum neuen iranischen Ministerpräsidenten. Die Macht der Geistlichen wurde durch den Revolutionsrat repräsentiert. Neben den Angehörigen des Klerus sollen aber nach Ebert et al. (1987, S.399) noch weitere säkulare Personen im Revolutionsrat vertreten gewesen sein. Insgesamt soll der Rat 15 Personen umfasst haben. Die neue Regierung war in fast sämtlichen Belangen vom Revolutionsrat abhängig. Die Macht des Rates zeigte sich auch in der Tatsache, dass Minister späterer Regierungen aus dem Revolutionsrat hervorgegangen sind (vgl. Ebert et al., 1987, S.399). Daraus folgernd handelte es sich bei dem Revolutionsrat um die höchste gesetzgebende, vollziehende sowie rechtsprechende Gewalt im Staat

^{121}}Diese Passagen der Verfassung kamen lediglich zur Zeit der Ersten (7. Oktober 1906-23. Juni 1908) und der Zweiten Nationalversammlung (15.November 1909-26.Dezember 1911) zur Anwendung (vgl. Ebert et al., 1987, S.395).

(vgl. ebd.). Der von Khomeini eingesetzte Ministerpräsident beklagte diesen Umstand und die Lähmung, die seine Regierung durch den Rat erfahren musste. Er machte darauf aufmerksam, dass Khomeini ohne Rücksprache mit der Regierung oder anderen Gremien Richtlinien verkündete. Schon bald nach der Revolution kam es daher zu Spannungen und Dissonanzen zwischen der bürgerlichen Regierung und den klerikal-fundamentalistischen Repräsentanten.

Eine weitere Diskrepanz zwischen Regierung und Klerus zeigte sich in den sogenannten *Revolutionskomitees*. Diese bestanden hauptsächlich auf kommunaler Ebene und waren mit der Lösung bestimmter Probleme des Alltags, wie der Versorgung mit Rohstoffen oder Lebensmitteln betraut (Ebert et al. 1987, S.400; vgl. Alavi 2005, S.87). Wie bei dem Revolutionsrat war auch hier die Dominanz der Geistlichkeit offensichtlich. Der Imam der lokalen Moschee hatte die Aufgabe, die Mitglieder des Komitees auszuwählen. Aufgabe der Komitees war es auch, staatliche Macht durchzusetzen. Gleichzeitig verfügten sie über Autorität "auf der Strasse" (Ebert et al., 1987, S.400). Dennoch beschwerte sich Khomeini am 19. April 1979 in einer Rundfunkansprache über inkompetente Mitglieder der Komitees. Gleichzeitig unterstrich er aber deren Bedeutung in den letzten Monaten des Regierungswechsels, sprach aber auch von deren baldiger Auflösung (vgl. Ebert et al., 1987, S.402).

Am 16. Juni 1979 wurde der Entwurf zur neuen iranischen Verfassung bekannt gegeben. Ursprünglich sollte die neue Verfassung in einem offenen Dialog der Iraner diskutiert werden, wozu es aber nicht kam. Khomeini lehnte die Einberufung einer "verfassungsgebenden Versammlung" ab, und forderte die Einsetzung eines "Verfassungsrates", der mit Khomeini treuen Männern besetzt wurde (vgl. Rinser, 1979, S.189).

Im Folgenden soll nun auf die wichtigsten Punkte der Verfassung eingegangen werden (zitiert nach ebd., S.190-193):

1. Die Regierungsform ist "Islamische Republik", welcher das iranische Volk nach seiner siegreichen Revolution in dem Referendum vom 31. März 1979 mit einer Mehrheit von 98,2 Prozent zustimmte.
5. Entsprechend dem Koran genießen in der Islamischen Republik des Iran alle Völker, wie Perser, Türken, Kurden, Araber, Belutschen, Turkmenen und dergleichen, die gleichen Rechte, und niemand wird dem anderen gegenüber bessergestellt, es sei denn wegen seiner Frömmigkeit.
13. Die offizielle Religion des Landes ist der schiitische Islam, der die Religion der Mehrheit der iranischen Moslems ist. Andere Sekten wie Ziiden, Malikin, Scha-

fiin und Hanabilin sind respektiert; in den Regionen, in denen diese Sekten die Mehrheit haben, werden Bestimmungen mit örtlich beschränktem Wirkungskreis nach Entscheidungen der gewählten Räte erlassen.

14. Zaratrastianer, Juden und Christen sind offiziell anerkannte religiöse Minderheiten, die in der Ausübung ihrer religiösen Pflichten frei sind.
16. Die Gewalten, die aus der Volksherrschaft hervorgehen, sind: die legislative, die judikative und die exekutive Gewalt. Sie müssen immer voneinander getrennt sein, und die Verbindung zwischen ihnen erfolgt durch den Präsidenten der Republik.
25. Die Presse ist in der Veröffentlichung der Nachrichten und Meinungen frei, ausser mit Sachen, die gegen die allgemeine Sitte verstoßen, oder Beleidigung des religiösen Glaubens sowie Beschuldigungen, Unterstellungen, Entehrungen oder das Verbreiten von Unwahrheiten. Ein Verstoß gegen diese wird nach dem Pressegesetz bestraft.
27. Friedliche Demonstrationen sind erlaubt. Die Bedingungen für Demonstrationen und Straßenkundgebungen werden vom Gesetz vorgeschrieben.
32. Das Prinzip ist dasjenige der Schuldlosigkeit. Niemand ist schuldig, es sei denn, seine Schuld ist durch ein kompetentes Gericht bewiesen.
33. Das Urteil und dessen Ausführung müssen dem Gesetz entsprechen.
36. Körperliche und psychische Folter ist verboten. Niemand kann zu Zeugenaussagen gezwungen werden; erzwungene Zeugenaussagen, Geständnisse oder eidesstattliche Erklärungen sind ohne Gültigkeit. [...]
48. Der Nationalrat besteht aus den Vertretern des Volkes, die von diesem direkt und geheim gewählt werden. Die Beschlüsse dieser Volksvertretung sind für das ganze Volk bindend. Die Bestimmungen über die Wähler und Gewählten werden vom Gesetz geregelt.
75. Der Präsident der Republik hat das höchste Amt im Staat inne und ist verantwortlich für die Beachtung der Verfassung und die Kontrolle über die freien Gewalten.
151. In den Massenkommunikationsmitteln, die staatlich sind (Rundfunk und Fernsehen), ist die Freiheit der Information garantiert. Diese Kommunikationsmittel unterstehen der gemeinsamen Aufsicht der drei Gewalten, wie vom Gesetz vorgeschrieben.

Der von Khomeini geforderte und durchgesetzte Revolutionsrat erhob sich über sämtliche staatliche Organe, wie in Artikel 147 der neuen Verfassung deutlich wird:

147. Dem Rat obliegt auch die Aufsicht über die Wahl des Präsidenten der Republik und eines jeden Volksbegehrens. Das Begehren nach einem Referendum muss vom Präsidenten der Republik oder von einer Zweidrittelmehrheit der Nationalräte dem Rat des Verfassungsschutzes vorgelegt werden.”

Die Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten wurden mit Hinweis auf die ”Unabhängigkeit der nationalen Einheit”, eingeschränkt (vgl. Ebert et al., 1987, S.402).¹²² Dennoch unterschied sich der Verfassungsentwurf von 1979 kaum von der konstitutionellen Verfassung aus den Jahren 1906/07. Geändert wurde das grundlegende Staatssystem der Monarchie zu einer präsidentiellen Republik. Die Aufgabe des Präsidenten in der Islamischen Republik Iran sei es, die Beziehungen zwischen den Gewalten zu regeln. Er leitet die Exekutive, ausgenommen davon sind Angelegenheiten der geistlichen Führung. Neben dem Präsidenten haben Ministerpräsident und Minister die exekutive Gewalt inne. Auch der islamischen Führung wird in bestimmten Fällen eingeräumt, exekutive Gewalt auszuführen. Kapitel 9 der Verfassung regelt die exekutive Gewalt folgendermaßen (zitiert nach Ebert et al. 1987, S.457):

1. das Amt des Präsidenten und der Republik (Artikel 113-132).
2. das Amt des Premierministers und der Minister (Artikel 133-142).
3. Armee und Korps der Revolutionswächter (Artikel 143-151).

Mit den Artikeln 143-151 wird die ausführende Gewalt auf die Revolutionswächtern ausgedehnt.

Eigenschaften die eine Person aufweisen muss, die das Amt des Präsidenten der Republik anstrebt, sind in den Artikeln 113-121 festgeschrieben (zitiert nach Ebert

^{122}}Wie sich Khomeini den perfekten iranischen Staatsbürger vorstellte, wird aus einem Artikel der englischsprachigen staatlich gelenkten *Tehran Times* ersichtlich, der von dem späteren ermordeten Präsidenten *Ali Radschai* geschrieben wurde:

”Hezbollahis sind jene, die namenlos, selbstlos und ohne Erwartung einer Belohnung in der Arena des Kampfes präsent sind. Sie sind auch die Leute, die bis spät in die Nacht in den Fabriken und in den Büros kämpfen und arbeiten, bis selbst die Uhr müde wird. Hezbollahis sind jene, die auf Anordnung des Imams, wenn es notwendig ist, ruhig verhalten oder, wenn es erforderlich ist, laut ihre Stimme erheben. Die Hezbollahis sind jene, die die Revolution sichern. Sie sind die Wächter der Revolution [...] Hezbollah hat keine Organisation wie eine Partei. Hezbollah handelt auf Befehl des Imams und der der Sache verpflichteten Geistlichkeit” (*Tehran Times*, 10. Mai 1981 zitiert nach Schweizer 1991, S.328).

et al. 1987, S.457): So muss der Präsident zum einen iranischer Abstammung und Staatsangehörigkeit sein, über Führungsfähigkeit und Klugheit verfügen, sowie einen positiven Leumund aufweisen. Treue, Gottesfurcht, Klugheit und "der Glaube an die Grundsätze der Islamischen Republik und an die offizielle Religion des Landes" sind laut Artikel 115 unabdingbar für das Amt des Präsidenten (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.298). Er wird für vier Jahre gewählt, es besteht die Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl.

Die Armee und das Korps der Revolutionswächter sollten in der Islamischen Republik eine besondere Rolle einnehmen (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.291). Das dritte Kapitel der Verfassung beschäftigt sich mit der Armee und den Revolutionswächtern (*Pasdaran*)¹²³, deren Mitglieder nur Moslems sein können. Weiters wird bei den "islamischen Soldaten" in zwei Gruppen unterschieden:

1. freiwillige Soldaten in Zeiten des Friedens,
2. und der militärischen Dienstpflicht im "Heiligen Krieg".

Jeder Moslem habe grundsätzlich die Pflicht, militärisches Können für den Bedarfsfall zu erlernen. Die Verpflichtung zum Militär würde von der Regierung nur dann ausgesprochen werden, wenn es nicht genügend Freiwillige gäbe (vgl. Ebert et al., 1987, S.463). Die bewaffneten Kräfte des Landes hätten der neuen Staatsauffassung zu dienen und sich als Vorkämpfer einer neuen islamischen Ordnung, die eine Antwort auf den Kommunismus und den westlichen Kapitalismus darstellt, zu begreifen. Die gleichen Anforderungen sollten auch auf die anderen bewaffneten Sicherheitsdienste wie Polizei, Gendarmerie und Geheimdienst zutreffen (vgl. Ebert et al., 1987, S.463). Laut Artikel 143 hätten die Armee und die Revolutionsgarden die Sicherheit nach Außen zu gewährleisten, sowie laut Artikel 150 die Ordnung im Inneren zu sichern. Die Revolutionskomitees sollten eng mit den Pasdaran zusammenarbeiten, darüber hinaus wurden sie ermächtigt, unerlaubte Demonstrationen aufzulösen und verbotene Literatur zu beschlagnahmen (vgl. ebd.).

Die Revolution hatte einschneidende Veränderungen im sozioökonomischen Gefüge des Landes zur Folge. Die Oberschicht, die aus dem Großbürgertum, der Kompradorenbourgeoisie, den Agrarkapitalisten und der bürokratischen Bourgeoisie bestand, wurde entmachtet. Viele Angehörige dieser Gruppe unterstützten den Schah und

^{123}} Wahdat-Hagh (2003, S.293) geht für das Jahr 1997 von ca. 120.000 Revolutionsgardisten aus. 20.000 Personen davon sind der Marine angegliedert. Auch sollen 150 Revolutionsgardisten im Libanon stationiert sein. Die Bodentruppen verfügen über 16-20 Divisionen, welche über Armeeausrüstung verfügen. Der Autor beruft sich hierbei auf Akten aus dem Munzinger-Archiv (vgl. Munzinger-Archiv/ICH-Länder aktuell 6/97, Politik S.11).

kamen durch seine Politik zu Reichtum. Viele davon flüchteten mit ihrem Guthaben ins Ausland (vgl. Ebert et al., 1987, S.156). Nationalbürgerliche und klerikale Kräfte traten an ihre Stelle. Meist waren es Angehörige der Mittel- und Unterschicht, auf die Khomeini während der Revolution einwirkte. Khomeini war der Oberschicht feindlich gesinnt, wie er selbst ausführte:

”Die Mitglieder der Oberklasse [...] haben keine Rechte und sollten keine haben. Wenn sie von sich an (sic!) ihre (Anm.: islamische) Pflicht tun werden, werden sie auch entsprechende Rechte erhalten” (Khomeini 1980, S.14f zitiert nach Ebert et al. 1987, S.156f).

Eines der ersten Dekrete, die in der Islamischen Republik verabschiedet wurden, betraf die Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle über das Erdöl. Am 1. März wurde bereits angekündigt, dass der Iran ab sofort alle Erdölgeschäfte unter Ausschluss der internationalen Konzerne abwickeln werde. Einen Tag später wurde von der provisorischen Regierung eine Verfügung erlassen, die das restliche im Iran befindliche Vermögen der Familie des Schahs in Staatseigentum überführte (vgl. Ebert et al., 1987, S.159). Am 7. Juni 1979 erließ Khomeini ein Gesetz über die Verstaatlichung der iranischen Privatbanken. Diese folgte am 26. Juni 1979, die Verstaatlichung der Versicherungen am 5. Juli. Daneben kam es zur Verstaatlichung mehrerer Großbetriebe. Auch wurde bereits am 1. März 1979 vom Revolutionsrat ein Landverteilungsgesetz beschlossen, welches die Weitergabe von Land, das sich noch in Besitz der Familie des Schahs befand, an Bauern abgab. Die Agrarpolitik hatte dabei einen besonderen Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik der Revolutionäre, die eine Umstrukturierung mit dem Ziel einer Nahrungsmittelautarkie verfolgten (vgl. Ebert et al., 1987, S.160). Ein Jahr später, am 19. März 1980 wurde schließlich auch der Außenhandel einem staatlichen Monopol unterworfen. Es wurden verschiedene progressive, aber gleichzeitig unrealistische Wirtschaftspläne entworfen, ein einheitliches ”islamisches” Wirtschaftssystem wurde aber nicht konkretisiert (vgl. Ebert et al., 1987, S.161). Dies führte zu schwerem Schaden an der iranischen Wirtschaft, Inflation und hohe Arbeitslosenzahlen waren die Folge. Zurückführen lässt sich das auf Khomeinis Unkenntnis der Wirtschaftspolitik, die sich durch seine Verteufelung von Zinsnahme manifestierte (vgl. ebd.).¹²⁴

Manche Geistliche, die früher in Besitz von Land waren, versuchten, durch Koali-

¹²⁴} Fischer (1980, S.156ff) hebt hervor, dass die schiitische Religion im Iran im Gegensatz zu Pakistan kaum Wirtschaftsdiskurse hervorbrachte. Neben dem berühmten Slogan, der Islam solle einen Weg zwischen Kommunismus und westlichen Kapitalismus darstellen, stellte noch der feste Glaube in freie Banken, die keinen Zins nehmen sollten, einen wichtigen Aspekt im Wirtschaftsdenken. Es bestand der Glaube, dass die bereits erwähnten Steuern den Staat komplett finanzieren könnten.

tionen mit ehemaligen Großgrundbesitzern Verhältnisse zu schaffen, wie sie vor der "Weißen Revolution" existierten. Die einzige Einnahmequelle des Staates bestand im Erdölexport, von dem ganze Bevölkerungsteile abhängig waren. Der Staat finanzierte seine Sozialprogramme ausschließlich durch den Verkauf und Export von Öl (vgl. Ebert et al., 1987, S.161). Verschärft wurde die wirtschaftliche Situation des Landes durch den Krieg mit dem Irak. Mindestens 200.000 Intellektuelle verließen zwischen 1979 und 1982 das Land (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.216).

4.5.1 Besetzung der US-Botschaft und Iran-Irak Krieg

Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran begann am 4. November 1979 und dauerte exakt 444 Tage, bis die letzten Geiseln nach algerischer Vermittlung freigelassen wurden (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.214).¹²⁵ Ebert et al. (1987, S.168) sind der Meinung, dass die Besetzung durch iranische Theologiestudenten eine Folge der lavierenden Politik der provisorischen Regierung, der entstandenen Aufstände in den Provinzen, der repressiven Verfolgung der Linksopposition und des Todes von *Ayatollah Talegani* war.¹²⁶ Diese Entwicklung hatte im Herbst 1979 ihren Anfang genommen und eine tiefgreifende Ernüchterung in der breiten Bevölkerung verursacht. Das Regime konnte die sozialökonomischen Probleme, die die Revolution ausgelöst hatte, nicht lösen. Gleichzeitig offenbarte die Besetzung den in breiten Bevölkerungsgruppen schwelenden Hass gegen die Amerikaner und ihrer Außenpolitik (vgl. ebd.,

¹²⁵ Es kam zur Frage, ob Kreisky in dieser Situation vermitteln könne (vgl. Bunzl, 1991, S.65). Dies hätte aber zu einer Annäherung der USA zur PLO geführt, was die israelisch-amerikanischen Beziehungen beeinflusst hätte. Vgl. *Kreisky Archiv*, Länderbox "Iran", Box 1, Betreff: "Vorlage von Zeitungsartikeln über Kreisky-Lipshutz-Charney-Treffen in Wien vom 16. Jänner bis 6. Februar 1981." Das Treffen zwischen Kreisky, Charney und Lipschutz fand bereits wenige Tage nach Beginn der Geiselnahme statt, was aber bis zu ihrem Ende verschwiegen wurde. Auch das iranische Regime sandte Vertreter nach Wien, die Kreisky mitteilten, sie wären an einer Geiselübergabe via Wien interessiert. vgl. ebd., *yedioth ahronoth*, 19. Jänner 1981. vgl. auch ebd., *Jerusalem Post*, 1. Februar 1981. Die Gespräche zwischen der PLO und dem Iran führten zumindest zur Freilassung von 13 Frauen und Afroamerikanern aus der Botschaft. vgl. ebd., *The New York Jewish Week and the American Examiner*, 1. Februar 1981. Weiters wurde Carter von der deutschen Sondereinheit "GSG 9" Hilfe angeboten, die nach der unglücklich beendeten Geiselnahme in München 1972 gegründet wurde. Auch die Israelis boten den USA Hilfe bei der Befreiung der Geiseln an, doch wie die deutsche Hilfe, wurde sie abgelehnt (vgl. Ameri-Siemens, 2009, S.232).

¹²⁶ Die US-Botschaft war bereits seit längerer Zeit gefährdet, wie den Botschaftsangehörigen durchaus bewusst war. Bereits am 5. November 1978 schickte der US-Botschafter eine Warnung an Carter, der aber eine Evakuierung der Botschaft verweigerte, da er die Beziehungen zum Schah nicht belasten wollte (vgl. Hoeyda, 1980, S.121). Später äußerte Carter selbst die Sorge, die Botschaft könnte besetzt und die Diplomaten als Geiseln genommen werden, nachdem der krebserkrankte und umherirrende Schah die Erlaubnis der USA bekam, ins Land einzureisen (vgl. Jordan, 1982, S.32). Andere Länder die für das Exil in Frage kamen waren Mexiko, die Schweiz, Österreich und Panama. In Panama lebte der Schah für kurze Zeit bevor er nach Kairo zurückkehrte, wo er schließlich starb (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.283f).

S.168f). Das Regime nutzte die Besetzung geschickt, um von eigenen Misserfolgen abzulenken. Khomeini selbst kommentierte die Besetzung am 4. November 1979 an der Teheraner Universität folgendermaßen:

”Es ist deshalb Sache der Schüler, Studenten und Theologiestudenten, mit aller Kraft ihre Angriffe gegen die USA und Israel zu verstärken, so dass sie die USA zwingen können, [...] (den) Schah auszuliefern und diese große Verschwörung zu vereiteln” (zitiert nach Naumann 1980, S.214).

Die ”*Studenten auf der Linie des Imam*”, welche die Botschaft besetzt hielten, gaben an, nur Khomeinis direkte Anweisungen zu befolgen. Dies bedeutete einen herben Rückschlag für die Regierung *Bazargan*, die die Lage zu beruhigen versuchte. Sie trat daraufhin am 6. November 1979 zurück (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.216). *Nurolidin Kianouri*, Generalsekretär der Tudeh-Partei erklärte Ende November 1979, dass die Geiseln nicht als solche bezeichnet werden könnten, da es sich bei ihnen um amerikanische Spione handle.¹²⁷ Wahdat-Hagh (2003, S.215) erwähnt, dass Ulrich Albrecht der einzige deutsche Militärexperte war, der die Originalunterlagen der Botschaftsbesetzung einsehen durfte. Er kam zu dem Schluss, dass ein militärischer Eingriff der Amerikaner zu schweren Kämpfen im iranischen Luftraum geführt hätte, da der Iran zu diesem Zeitpunkt über moderne amerikanische F-14 Kampfflugzeuge verfügte.¹²⁸ Die Studenten, die die Besetzung ohne Wissen des provisorischen Revolutionsrates durchgeführt hatten, forderten die Auslieferung des Schahs (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.215). Durch die Unkenntnis breiter politischer Kreise entstanden Verschwörungstheorien, die die ”Zionisten” im Hintergrund der Besetzung vermuteten, um den Iran international zu diskreditieren, wie selbst der Außenminister *Ebrahim Yasdi* öffentlich bekundete. Eine weitere Verschwörungstheorie stammte von *Banisadr*, der behauptete, die USA hätten kein Interesse an einer Demokratisierung des Irans und würden daher mit allen Mitteln versuchen eine Gegenrevolution hervorzurufen. Aus diesem Grund wären seiner Meinung nach auch keine wichtigen Geheimunterlagen in der amerikanischen Botschaft gefunden worden. Er bewertete die Besetzung der Botschaft als sinnlos und kritisierte sie bereits einen Tag nach deren Beginn (Banisadr 1982, S.148 zitiert nach Wahdat-Hagh 2003, S.247). Khomeini selbst bezeichnete die Geiselnahme als ”noch größere Revolution als die Revolution selbst” und forderte wie die Studenten in der Botschaft die Auslieferung des Schahs als Gegenleistung zur Freilassung der Geiseln (vgl. Wahdat-Hagh 2003, S.216; vgl. Ameri-Siemens 2009,

¹²⁷ } *The Echo of Iran*, 1. Dezember 1979, Nr.167 zitiert nach Wahdat-Hagh (2003, S.214f).

¹²⁸ } Albrecht Ulrich, *Kennwort ”Schlange”, wenn es schiefgeht*, in *Der Spiegel*, Nr.25, 35. Jahrgang, 16. Juni 1980, S.138f. Artikel online abrufbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14325222.html>, abgerufen am 5. März 2013.

S.231). Der Schah floh von den Vereinigten Staaten zunächst nach Panama. Dort entstanden aber bald Gerüchte, die Regierung des Diktators *Torrijos* arbeite an einem Haftbefehl gegen ihn, was ihn erneut zum Verlassen des Landes bewog (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.195). Die USA versuchten ihn erfolglos daran zu hindern. Der Schah reiste zurück nach Ägypten zu seinem persönlichen Freund Sadat. Sein Flugzeug musste auf den Azoren zwischenlanden, wo es ohne Erfolg von den Amerikanern am Weiterflug gehindert wurde. In der Zwischenzeit wurden den Verantwortlichen in Teheran Dokumente über Verbrechen des Schahregimes vorgelegt. Es handelte sich dabei um vom Schah unterzeichnete Todesurteile, Anweisungen zur Folterung an Gefangenen, sowie um den Verbleib von 31 Milliarden Dollar, die vom Schah und seiner Familie ins Ausland transferiert wurden (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.196). Die Amerikaner befürchteten in erster Linie einen öffentlichen Prozess, bei dem ihre Verbindungen zum Schah aufgedeckt werden könnten.

Die Verhandlungen um die Geiseln scheiterten erneut, was die Amerikaner auf die Idee einer militärischen Lösung brachte.

Am 25. April startete die *Operation Eagle Claw*, die als Fiasko enden sollte. Spezialeinheiten der US-Armee, die *Special Operations Forces* sowie *US-Army Rangers* sollten mit Helikoptern direkt neben der Botschaft landen, um die Geiseln zu befreien. Wegen Problemen mit dem Wetter sowie technischen Schwierigkeiten fielen bereits zu Beginn der Operation zwei der acht Helikopter aus. Auch ein dritter war defekt, wie sich erst später herausstellen sollte. Die Helikopter sollten sich 200km entfernt von Teheran in der Wüste mit C130-Gunships treffen, um daraufhin die zweite Phase der Operation einzuleiten. Hierbei kam es aber zu einem folgenschweren Unfall, als ein Helikopter mit einer am Boden stehenden C130 kollidierte. In den Flammen starben fünf Piloten und drei Soldaten.¹²⁹ Das Scheitern der Operation war ein harter Schlag für die Regierung Carter, die sich der baldigen Wiederwahl stellen musste (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.297). Viele Iraner deuteten das Scheitern von *Eagle Claw* als Werk Gottes, der Ayatollah Khomeini als seinen Stellvertreter geschickt hatte. Die iranische Presse war über Wochen mit dem Thema beschäftigt und es wurde breit diskutiert, inwiefern der Ayatollah seine göttlichen Hände dabei im Spiel hatte (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.297).¹³⁰ Die acht Leichen der US-Soldaten verblieben in der Wüste, wo sie von einem iranischen Fern-

¹²⁹} Vgl. Protokoll zur US-Kongresssitzung vom 25. Juni 2005; vgl. Celmer 1987, S.68f.

¹³⁰} Khomeini selbst verglich das amerikanische Desaster mit einer Geschichte aus dem Koran, in der ein Schwarm Vögel eine ganze Armee in die Flucht schlägt. Es gab verschiedene sonderbare Theorien wie das Unglück zustande kam, so erklärte ein Physikprofessor, der sich scheinbar 15 Jahre in den USA mit Strahlentechnik beschäftigte, dass der Hubschrauber von einem Laserstrahl getroffen worden sei. Da es aber in der Wüste keinen Laser gab, mussten wohl Engel für den Strahl verantwortlich gewesen sein (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.297).

sehteam aufgesucht wurden. Die Bilder von zwei auf den Leichen mit einem Stock herumstochernden Männern gingen durch das Land und um die Welt. Später wurden die Wracks von der iranischen Luftwaffe bombardiert (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.298). Die wirtschaftliche Bilanz der Geiselnahme war für den Iran verheerend. Das Land war international isoliert und von 24 Milliarden Dollar iranischen Guthabens im Ausland wurden nur 2,8 Milliarden Dollar zurücktransferiert, da der Rest für eventuelle Schadenersatzansprüche amerikanischer Unternehmer, die durch die Revolution ihre Geschäftsbasis verloren, zurückgehalten wurde (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.299). Vom Vermögen des Schahs wurde kein einziger Dollar in den Iran überwiesen, auch die verlangte Entschuldigung der Amerikaner blieb aus.

Im Jahreswechsel 1979/80 kam es in der Provinz Aserbaidschan zu schweren Kämpfen. Das Regime war in einer schweren Krise, Khomeini nach einem Herzinfarkt nicht zu politischer Arbeit fähig. Auch war er mit der Alleinherrschaft der *Islamisch-Republikanischen Partei*¹³¹ unzufrieden, da er darin zu viele Möglichkeiten zur Korruption sah (vgl. Ebert et al., 1987, S.170). Gleichzeitig war die schwindende Massenbasis der IRP ein Grund zur Besorgnis, da eine Islamische Republik durch eine schwache Partei kaum zu legitimieren sei. Khomeini unterstützte aus diesem Grund die "Studenten auf der Linie des Imam", da er die Macht der Einheitspartei brechen wollte. Er verbot bereits im Dezember 1979 die Aufstellung eines Geistlichen als Präsidentschaftskandidaten und unterstützte *Abolhasan Banisadr*, der mit 75% der Stimmen zum ersten Präsidenten der Islamischen Republik gewählt wurde (vgl. ebd., S.171). Die Massenmedien des Landes wurden gleichgeschaltet, die größten Zeitungen in den Besitz der klerikal kontrollierten *mostaz'afin*-Stiftung überführt.¹³² Sämtliche Publikationsorgane, die nicht gleichgeschaltet werden konnten, wurden unter Gewaltandrohung geschlossen. Vor allem die Fernsehanstalt des Landes gelangte früh unter die direkte Kontrolle Khomeinis. Der Rundfunk war gerade im Iran mit seiner hohen Zahl an Analphabeten von hoher Bedeutung für die Propaganda (vgl. Ebert et al., 1987, S.173). Es folgten intensive Machtkämpfe zwischen der Regierung und dem Khomeini-treuen Präsidenten, die die Entwicklung des Landes hemmten.

¹³¹} Die IRP wurde 1988 von Khomeini verboten, doch erscheint die Tageszeitung *Jomhuriye Eslami*, die als ihr Presseorgan gilt, bis heute. Das heutige geistliche Oberhaupt des Irans, *Ali Chamenei* war ein Mitglied dieser Partei (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.237).

¹³²} Es entstanden weitere Stiftungen, die das finanzielle und institutionelle Rückrat des neuen Staates bildeten. Sie trugen Namen wie *Bonyade Mostasafin* (Stiftung der Armen), *Bonyade Shahid* (Stiftung der Märtyrer), *Bonyade Maskan* (Stiftung des Wohnens), *Jahade Sasandeghi* (Kampf für den Aufbau), oder *Bonyade 15. Khordad* (Stiftung des 5. Juni 1963, zur Erinnerung an den Tag der Verbannung Khomeinis) (vgl. Wahdat-Hagh, 2003, S.220).

Gerade in dieser kritischen Phase der Nachrevolution wurde der Iran am 22. September 1980 von irakischen Kampfflugzeugen angegriffen (vgl. Stern, 1987, S.7).¹³³ Es sollte ein "Blitzkrieg" werden, da der Irak kaum Widerstand des Irans vermutete.¹³⁴ Der Irak konnte durch die vermehrten Einnahmen der Ölexporte in den 1970er Jahren seine Stellung innerhalb der arabischen Staaten ausbauen. Gleichzeitig kühlten seine Beziehungen zur UDSSR ab (vgl. Heard-Bey, 1983, S.34). Wright hält es für sehr wahrscheinlich, dass Saddam Hussein bei seinem ersten Staatsbesuch in Saudi Arabien am 5. August 1980 implizit eine passive Unterstützung für einen präventiven Schlag gegen den Iran erhalten hat (Wright 1981, S.281ff zitiert nach Heard-Bey 1983, S.34).

Die Iraker dominierten das Kriegsgeschehen über zwei Jahre lang, doch lösten sie gleichzeitig bei den Gegnern einen starken Widerstandswillen aus, der ihre Hoffnungen auf einen schnellen Sieg zunichte machte (vgl. Ebert et al. 1987, S.174; vgl. Stern 1987, S.8). Der Angriff wurde von den Iranern allgemein als Angriff auf die Revolution und die erlangte Selbstbestimmung interpretiert. So konnte bereits nach zwei Jahren das Kriegsgeschehen auf irakisches Territorium verlegt werden, der Iran versuchte in weiterer Folge, die Islamische Revolution in den Irak zu tragen (vgl. Ebert et al., 1987, S.175).¹³⁵

Der Krieg war der Ausbruch eines lange im Untergrund schwelenden Konflikts. Rund 50% der irakischen Bevölkerung waren zu Beginn des Kriegs schiitische Moslems. Khomeini hatte diesen Teil der Bevölkerung vor Ausbruch des Konflikts mehrmals aufgefordert, die Regierung unter Saddam Hussein zu stürzen um an deren Stelle eine islamische Regierung nach iranischem Vorbild zu installieren (vgl. Ebert et al.,

^{133}}In einer Besprechung mit einer österreichischen Delegation unter der Führung von Bundesinnenminister *Erwin Lanc* in Bagdad behauptete Saddam Hussein, auf eine iranische Aggression reagiert zu haben. Vgl. *Kreisky Archiv*: Nahost Box 2, "Betreff: Irak; Gespräch mit Präsident *Saddam Hussein*, 6. April, 11.00 Uhr. In dem gleichen Gespräch wird auch eine Lieferung von Artillerie an den Irak erwähnt, die Saddam Hussein aus Österreich erwarte. Vgl. *Noricum-Skandal*. Website "dasrotewien", <http://www.dasrotewien.at/noricum-skandal.html>, abgerufen am 6. März 2013.

^{134}}Darüber hinaus wurden die irakischen Truppen von geflüchteten Generälen des Schah-Militärs strategisch unterstützt (vgl. Stern, 1987, S.8).

^{135}}Bereits 1979 erklärte Khomeini mehrmals öffentlich, eine Internationalisierung der islamischen Revolution anzustreben. Dabei berief er sich vor allem auf die umliegenden Golfstaaten. *Ayatollah Sadeq Ruhani*, der von Khomeini im September 1979 zum Oberhaupt aller schiitischen Gruppen im Ausland gewählt wurde, erklärte am 20. September 1979 bei einer Massendemonstration im Qom, dass er persönlich den Regimesturz in Bahrain leiten werde (vgl. Heard-Bey, 1983, S.17f). Auch warnte Montazeri Bahrain, die VAE und Kuwait vor Schritten gegen die schiitische Bevölkerung.

1987, S.190).¹³⁶ Dieses Ziel hatte sich auch während des Krieges nicht verändert (vgl. Khomeini 1980, S.37f zitiert nach Ebert et al. 1987, S.190). Der Irak wurde seit 1958 durch die Sowjetunion unterstützt, während der Iran seine Aufrüstung vor allem durch westliche Staaten erfuhr. Jimmy Carter wollte den persischen Nationalismus fördern, um zusammen mit dem politischen Islam ein Bollwerk gegen den Kommunismus in der Region aufzubauen (vgl. Chimelli, 2000, S.61). In den Jahren zwischen 1975 und 1979 wurden die Waffenexporte sowohl in den Iran als auch in den Irak intensiviert, beide Staaten waren zu Beginn des Krieges extrem hochgerüstet.

Der Irak verfolgte mit seinem Angriff das Ziel, die Provinz *Chusistan*, die auch fälschlicherweise "*Arabistan*" genannt wird, in sein Staatsgebiet einzugliedern. Zum Einen war der Großteil der Bevölkerung in dem Gebiet arabischer Herkunft, zum anderen förderte Chusistan etwa 90% des iranischen Öls (vgl. Blieberger, 1991, S.28). Der Angriff der Iraker hatte den Iran vollkommen unvorbereitet getroffen (vgl. Möller, 1995, S.38). Nirmand und Daddjou (1987, S.99) sind der Ansicht, dass der Iran selbst Interesse an einem langen Verlauf des Krieges hatte, um hinter der Kulisse des Kampfes innenpolitische "Säuberungen" durchzuführen. Sandra Mackey (1996, S.320) hebt den religiösen Aspekt des Krieges hervor, da ihrer Meinung nach der Krieg von Seiten des Irans sehr wohl auch als Religionskrieg betrachtet wurde. Der militärische Konflikt zog sich bis ins Jahr 1988 und wurde von beiden Seiten überaus brutal geführt. Bis Mitte 1984 waren so über 700.000 Menschen ums Leben gekommen (vgl. Czarnowski, 2001, S.39). 1981 kam es bereits zu einem Strategiewechsel des Iran, der bis dahin an Verhandlungen und einem möglichst baldigem Ende des Krieges interessiert war. Die Strategie war von nun an offensiv ausgerichtet. Andernfalls hätte bereits 1982 der Krieg nach dem Zurückdrängen der irakischen Truppen beendet werden können, wie Möller (1995, S.133) schreibt. Heard-Bey (1983, S.15) ist gar der Meinung, dass der Krieg bereits am 24. September 1980 beendet werden konnte, da der Irak an diesem Tag seine durchaus erfüllbaren Friedensangebote auf den Tisch legte. Der Autor sieht drei grundlegende Faktoren, weshalb der Konflikt künstlich in die Länge gezogen wurde:

1. Die Politik im Iran wurde komplett von der Geistlichkeit bestimmt.
2. Konflikte zwischen den Pasdaran und der Armee wurden auf dem Schlachtfeld

^{136}} Entgegen Khomeinis Erwartungen rebellierten die irakischen Schiiten nicht gegen Saddam Hussein. Dieses Verhalten war laut Schweizer (1991, S.343) trotz aller konfessioneller Gemeinsamkeiten in jahrhundertealten Ressentiments der Araber gegen die Perser begründet. Des weiteren unterstützte Hussein zu Beginn des Krieges die irakischen Schiiten mit finanziellen Zuwendungen und besuchte demonstrativ ihre heiligen Stätten.

ausgetragen, was zu einer Jagd nach Prestige führte und die Kämpfe verlängerte.

3. Die Idee des "Märtyrertums" spielte auf Seiten der iranischen Soldaten eine starke motivierende Rolle.¹³⁷ So kommentierte Khomeini die Brutalität des Krieges: "Der Baum des Islam kann nur wachsen, wenn er ständig mit dem Blut der Märtyrer getränkt wird" (zitiert nach Nirumand and Daddjou 1987, S.89).

Von Seiten des Irans wurden neben Männern auch Kinder für den Krieg rekrutiert (vgl. Fanizadeh, 1997, S.270). Während einer späteren Periode der Auseinandersetzung musste die iranische Armeeführung sogar auf irakische Gefangene sowie afghanische Flüchtlinge und Frauen zurückgreifen. Wurden zu Beginn Frauen lediglich als Helferinnen im Kriegsgebiet eingesetzt, sollten sie ab 1986 nach einer Entscheidung Khomeinis auch militärisch ausgebildet werden (vgl. Fanizadeh, 1997, S.270). Das iranische Regime versuchte durch eine öffentliche Solidarisierung mit den Palästinensern den Krieg auch auf einer religiös-ideologischen Ebene zu führen. Dazu wurden die bereits bestehenden Kontakte zu verschiedenen palästinensischen Organisationen vertieft (vgl. Heard-Bey, 1983, S.17). 1982 nahmen in weiterer Folge sogar iranische Einheiten bei den Kämpfen im Libanon gegen Israel teil.¹³⁸ 1982 änderten sich in weiterer Folge auch die Kriegsziele des Iran. So war es nicht mehr nur Ziel territoriale Zugewinne zu erzielen, sondern auch die gegnerische Regierung zu stürzen, um die islamische Revolution in den Irak zu bringen. Dabei hatten viele arabische Kommentatoren die Sorge, der Iran könnte über seinen Schatten springen und sich für dieses Unterfangen von der Sowjetunion unterstützen lassen. Es wurde befürchtet, nach der Revolution könnte im Iran eine Regierung an die Macht kommen, die ohne die Unterstützung der Sowjetunion nicht an der Macht bleiben könnte, was vermutlich zu einer ähnlichen Situation wie in Afghanistan geführt hätte. In diesem Fall hätte die Sowjetunion vermutlich Truppen in den Iran entsendet, um die Macht zu erhalten (vgl. Heard-Bey, 1983, S.28).

Erste öffentliche Bekundungen gegen den Krieg fanden erst ab 1987 statt, als die

^{137}}Für Veteranen des Krieges wurden Vergünstigungen und Erleichterungen erdacht. Unter anderem wurden ihnen oder ihren Kindern Studienplätze, günstige Baudarlehen, verbilligte Einkäufe, Pilgerfahrten nach Mekka oder Audienzen bei Khomeini angeboten. Auch wurden Heiratsagenturen gegründet, die Ehefrauen an Kriegsveteranen vermitteln sollten (vgl. Chimelli, 2000, S.134).

^{138}}Die Libanoninvasion durch Israel war der erste Konflikt, in dem Israel sich nicht direkt verteidigen musste. Dementsprechend litt die internationale Reputation des Landes. Der österreichische Botschafter in Tel Aviv sendete 1982 ein Schreiben an das Außenamt, das eindringlich auf die israelischen Kriegsgründe einging, deren Hauptgrund die Zerschlagung der PLO im Libanon war. Vgl. Schreiben vom 4. Oktober 1982, in: *Bruno Kreisky Archiv*, Nahost Box 9.

Frage aufkam, in wie weit der Versuch die Revolution zu exportieren die massiven finanziellen und menschlichen Verluste rechtfertigt. Khomeini unterschrieb zwar den Friedensvertrag, sprach aber von einer tiefen Schande und Verrat an den Idealen der Revolution (vgl. Mackey vgl. 1996, S.330f; vgl. Schweizer 1991, S.342).

Der Krieg sorgte für neue Koalitionen im Nahen und Mittleren Osten. So waren uneingeschränkte Unterstützer des Iran vor allem in den ersten Jahren des Krieges die Länder Syrien, Libyen, Algerien, der Südjemen sowie die PLO. Aus strategischen Gründen unterstützte auch Israel den Iran (vgl. Stern, 1987, S.35). Dies war vor allem bedingt durch den Umstand bemerkenswert, da nicht die PLO, sondern die iranischen Milizen der israelischen Armee im Libanon die stärksten Verluste bescherten. Auch war es die schiitische Amal-Miliz, die Israel schließlich zum Rückzug aus dem Libanon zwang. Dennoch kam der Golfkrieg der israelischen Führung gelegen: Der Krieg lenkte vom Palästinenserproblem ab und bot Israel die Möglichkeit, seine eigene strategische Position auszubauen. Gleichzeitig begannen sich die arabischen Staaten durch den Krieg aufzuspalten, alte Koalitionen wurden aufgekündigt (vgl. Stern, 1987, S.37). Israel fürchtete eine stärkere Bedrohung durch den Irak als durch den Iran. Weiters erhoffte es sich durch die Unterstützung des Irans, eine problemlose Auswanderung der 50.000 im Iran lebenden Juden zu ermöglichen (vgl. Stern, 1987, S.37).¹³⁹ 1981 nutzte Israel den Krieg, um einen im Bau befindlichen Atomreaktor im Irak zu zerstören. Die Waffenlieferungen Israels an den Iran waren äußerst hilfreich, da der Iran wie Israel über amerikanische Waffensysteme verfügte, die miteinander kompatibel waren (vgl. Stern, 1987, S.37).

Die Palästinenser erwarteten sich vom revolutionären Iran eine Stärkung ihrer Interessen, da sich Khomeini häufig als Sprecher für die PLO hervorgetan hatte (vgl. ebd.). Laut Stern (1987, S.36) hatte Khomeini aber tatsächlich nur wenig Interesse die Palästinenser zu unterstützen, da er ausnahmslos an einem "Export" der islamischen Revolution interessiert war. Die anfängliche Unterstützung des Irans durch Syrien und Libyen nahm mit dem Fortschreiten des Krieges ab. Vor allem Libyen stieß sich an den militärischen Beziehungen, die der Iran mit Israel unterhielt (vgl.

¹³⁹} Es wurde tatsächlich die Ausreise einer großen Anzahl an Juden möglich gemacht. Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 30. Oktober 1984.

ebd.).¹⁴⁰

1982 schien ein iranischer Sieg sicher, den wiederum die USA verhindern wollten. Ein weiterer Unterstützer des Irak neben den USA und Frankreich war Ägypten, das bereits zu Kriegsbeginn Partei ergriffen hatte (vgl. Alavi, 2005, S.83). Jordanien zeigte sich durch seine prekäre geographische Lage zurückhaltend (vgl. Stern 1987, S.38; vgl. Alavi 2005, S.83). Es gab auch breite Unterstützung der BRD, die dem Irak Zivilfahrzeuge, die offensichtlich für den Krieg bestimmt waren, lieferte, sowie den Irak über Umwege auch mit Kampfpanzern versorgte. Der Iran wurde vor allem ab 1983 Geschäftspartner Westdeutschlands. Umsatz brachte vor allem das Sturmgewehr G3 der Firma Heckler und Koch, das bereits zu Zeiten den Schahs in Lizenz gebaut wurde (vgl. Flitner, 1987, S.62). Die USA strichen 1982 den Irak von der Liste der den Terror unterstützenden Staaten, was eine wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit offiziell erst möglich machte. Der Irak erhielt daraufhin Kredite über 1,6 Milliarden Dollar.¹⁴¹ Daneben unterstützten die Amerikaner das Land beim Bau der Pipeline Baghdad-Aqaba und übernahm die Garantie, dass Israel die Pipeline nicht angreifen werde.¹⁴² Aufnahmen amerikanischer Spionagesatelliten und Erkenntnisse aus AWACS¹⁴³-Flügen wurden nun an den Irak weitergeleitet. Die Effektwirkung der Botschaftsbesetzung nahm durch die intensive Berichterstattung über den Krieg ab. Vor allem nach dem Wahlsieg *Ronald Reagans* versuchte die iranische Regierung, nur noch möglichst günstige Bedingungen für den Austausch der Geiseln auszuhandeln (vgl. Ebert et al., 1987, S.175). Genau am Tag der Amtseinführung Reagans wurden die US-Geiseln freigelassen, was als letzte Rache des iranischen Regimes an Carter aufgefasst wurde (vgl. Nirumand and Daddjou, 1987, S.199). Der Krieg hatte im Iran die Rationierung von Nahrungsmitteln und Energie zur Folge. Die alten Widersprüche der iranischen Gesellschaft konnten wäh-

¹⁴⁰} Auch Bruno Kreisky äußerte sich in einem Interview mit der 'Presse' am 19. Juli 1982, der Krieg hätte ohne die Unterstützung durch Israel nicht so lange fortgesetzt werden können. Im gleichen Interview griff er auch die iranische Regierung scharf an, der er "religiösen Fanatismus" vorwarf. Die iranische Führung protestierte scharf gegen die Äußerungen des Bundeskanzlers, dementierte die Waffenlieferungen durch Israel aber nicht. Vgl. *Kreisky Archiv: Länderbox "Iran"*, Box 1, Schreiben mit Betreff: "austroamb teheran an aussenamt wien. 25021 (sektion röm. 2), 'presse'-interview des herrn bundeskanzlers, iranischer protest." Israel hatte bereits 1980 die Befürchtung, der Irak könnte den Krieg gewinnen, was zur Unterstützung führte. Die Waffenlieferungen an den Iran wurden bis zum Ende der Geiselaffäre geheim gehalten, um die Beziehungen mit den USA nicht unnötig zu belasten. Seit Mitte 1981 nahmen die Lieferungen an den Iran weiter zu (vgl. Chubin 1985, S.303f zitiert nach Stern 1987, S.37).

¹⁴¹} Vgl. *Le Monde*, 29. November 1985 ziiert nach Stern 1987, S.45.

¹⁴²} Vgl. *Le Monde*, 13. Juli 1984; vgl. *Frankfurter Rundschau*, 13. Juli 1984 zitiert nach Stern 1987, S.45.

¹⁴³} *Airborne Warning and Control System*, luftgestützte Radarüberwachung zur Luftraumaufklärung.

rend des Krieges nicht gelöst werden und traten wieder voll hervor.¹⁴⁴ Die Inflation und die Arbeitslosenrate stieg massiv an, eine Lage die durch die Aufnahme einer Million Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten in den großen Städten noch verschärft wurde (vgl. Ebert et al., 1987, S.175).

5 Die Islamische Revolution in den österreichischen Medien

Im Folgenden soll nun auf die zur Analyse herangezogenen Printmedien eingegangen werden. Dabei wird untersucht, wie häufig die Islamische Revolution thematisch behandelt wurde, und wie oft dies auf der Titelseite der jeweiligen Zeitung geschah. Gleichzeitig wird auf herausragende Artikel oder Kommentare eingegangen.

Folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Artikel in den beschriebenen Zeiträumen:

Tabelle 1: Anzahl der Artikel, die die Revolution im Iran zum Thema haben

	Arbeiterzeitung		Kurier	
	Artikel	davon auf Titelseite	Artikel	davon auf Titelseite
Jan+Feb & Nov+Dez 1979	135	89	145	43

Tabelle 2: Anzahl der Artikel in der Wochenzeitschrift Profil

	Profil	
	Artikel	davon auf Titelseite
Jan-Dez 1979	21	0

Wie die beiden Tabellen zeigen, wurde in den Tageszeitungen ausführlich über die Revolution berichtet. Dies ist umso erstaunlicher, da bei rund 120 Ausgaben in den vier Monaten oft mehr als ein Artikel pro Tag erschien. Das Profil hat bei insgesamt 52 Ausgaben im Jahr 1979, 21 mal über die Revolution berichtet.

Die meisten Artikel in den beiden Tageszeitungen behandelten aktuelle Ereignisse

¹⁴⁴So wurde am 22. Juni 1981 *Banisadr* abgesetzt, der ein Monat später nach Frankreich flüchtete (vgl. Ebert et al., 1987, S.176). Im Hauptquartier der IRP kam es darüber hinaus zu einem Bombenattentat, bei dem 70 führende Politiker getötet wurden. Der Klerus hatte nun faktisch die absolute Macht im Iran inne. Es kam immer häufiger zu Attentaten auf linksgerichtete Politiker, die die angespannte Situation im Land weiter verschärften.

wie die Flucht des Schahs aus dem Iran, die Rückkehr Khomeinis oder die Besetzung der US-Botschaft. Die österreichischen Leser dieser beiden Zeitungen wurden tagtäglich über die aktuellen Ereignisse informiert, daneben fanden sich zahlreiche Kommentare, die auf die Hintergründe der Revolution eingingen und aktuelle Entwicklungen beurteilten.

Das Profil beschränkte sich in seiner Berichterstattung auf lange und informative Artikel, die den Hintergrund der Revolution beleuchteten. Daneben wurden vielfach Kommentare zu den Geschehnissen abgedruckt. Die meisten Artikel im Profil wurden von *Günther Nenning* verfasst, beispielsweise die Artikel in den Ausgaben 4/79 ("Zeit im Profil, Britanniens böse Buben"), 5/79 ("Der Fortschritt hat es an sich"), 8/79 ("Die Unsterblichen sind sterblich"), 9/79 ("Zeit im Profil, Entgleisungen"), 34/79 ("Weiße Armee im Anmarsch"), 38/79 ("Fangschuß für Carter"), oder 39/79 ("Allahs Lenin").

Daneben finden sich zahlreiche Artikel vom Iran-Korrespondenten *Joachim Riedl*, so in den Ausgaben 2/79 ("Der Schah muß weg!"), in der selben Ausgabe ("55 Tage in Teheran"), 4/79 ("Der Kaiser ging, die Generale blieben"), 39/79 ("Imam befiehlt, wir folgen dir"), 50/79 ("Poker für Allah"), und 51,52/79 ("Das unbekannte Gesicht der Revolution").

In Ausgabe 51,52 führte das Profil auch ein Interview mit *Ayatollah Beheshti*, dem Vorsitzenden des Revolutionsrates. Das Interview behandelte weiters die Frage, ob die Studenten, die die US-Botschaft besetzt hielten, sich auf Anweisung Khomeinis zurückziehen würden. Beheshti antwortete, dass die Studenten nicht ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Nation handeln könnten. Diese seien in den Anweisungen Khomeinis manifestiert. Beheshti weist darüber hinaus von sich, im Vorfeld von der Besetzung der Botschaft und der Geiselnahme gewusst zu haben.

Aus dem revolutionären Teheran berichtet Joachim Riedl in Ausgabe 2/79. Sein Bericht bezog sich auf die Zeit, bevor der Schah das Land verließ und analysiert bereits sehr deutlich die Rolle, die SAVAK und Militär in der Niederschlagung der Aufstände spielten. In der selben Ausgabe analysiert Riedl satirisch, wie deutsche Boulevardblätter die Revolution dramaturgisch zu ihren Gunsten ausschachteten und sich dabei auf die Seite des Monarchen schlugen. Über die Ausreise des Schahs berichtet Riedl in Ausgabe 4 vom 23. Jänner 1979.

Gedanken über eine zukünftige iranische Regierung macht sich Günther Nenning in Heft Nummer 5 vom 30. Jänner 1979, kurz bevor Khomeini in den Iran zurückkehrte. Er spekuliert über zwei Szenarien die beide dem Militär eine Schlüsselposition zusprachen. Der Schah könnte entweder dem Militär den Auftrag geben, die Aufstände

weiterhin blutig niederzuschlagen oder aber zurücktreten. Im Falle eines Rücktritts sieht Nenning die Möglichkeit, dass das iranische Militär gemeinsam mit dem CIA putscht, was den Schah schlussendlich wieder auf den Thron heben würde.

Auf die Kämpfe um die Luftwaffenbasis geht Nenning in Ausgabe 8 vom 20. Februar 1979 ein. Daneben kommentiert er die Zerfallserscheinungen der mächtigen iranischen Armee.

Heft 31 vom 30. Juli 1979 stellt sich die Frage, ob der SAVAK auch in Österreich aktiv sei und hier ein Konflikt mit Khomeini-Anhängern bestehe. Bei den SAVAK-Mitarbeitern handelte es sich laut Profil um ehemalige Mitarbeiter der iranischen Botschaft. Diese hätten nach Verlassen der Botschaft tausende brisante Akten zurückgelassen, die geheimdienstliche und kriminelle Aktivitäten von Botschaftsangehörigen dokumentierten. Das Profil berichtet in diesem Artikel über iranische Studenten in Wien, die nach der Flucht des Schahs die Botschaft besetzt hatten und Tresore mit vermuteten Geheimakten aufschweißten.

Das Chaos im Iran beschreibt Günther Nenning in Heft 34 vom 20. August 1979. Ultralinke Marxisten würden sich mit Anhängern Khomeinis wilde Straßenschlachten liefern und Regierungstruppen gingen gegen kurdische Aufständische vor, die sich mit schahtreuen Generälen verbündet hatten. Nenning geht in seinem Kommentar davon aus, dass Khomeinis Armee zwar "Schahanhänger, Homosexuelle, Prostituierte verhaften, auspeitschen, erschießen, aber keinen Krieg gegen die Kurden führen" könne. Danach spekuliert er erneut über die zukünftige Entwicklung des Konflikts. Als "Allahs Lenin" bezeichnet er Khomeini in Heft 39. In seinem Kommentar hebt er hervor, dass die Islamische Revolution die erste postkoloniale Revolution sei, die von selbst entstanden sei. Weiters prophezeit er Vorbildwirkung für andere islamische Länder.

Ein Kommentar von Joachim Riedl in Profil Nummer 39 behandelt die Botschaftsbesetzung und die internationale Isolation, in die sich der Iran unter Khomeini bewegte. Profil 49 bringt ein Interview mit Khomeini, welches sich hauptsächlich mit der Botschaftsbesetzung und der islamischen Regierung befasst.

Die Abstimmung über die zukünftige Verfassung des Iran wird in Heft 50 thematisiert. Joachim Redl zieht hier Verbindungen zwischen der Besetzung und Khomeinis Bestreben, die Opposition zurückzudrängen.

Profil 51/52 bringt zuletzt einen mehrseitigen Bericht über das "unbekannte Gesicht der Revolution". Riedl beschreibt die besitzlose Masse, die trotz der Revolution keine bessere Lebensqualität gefunden hat. Die Arbeitslosigkeit sei nach wie vor erschreckend hoch, das selbe gelte für die Inflation. Er beschreibt, wie die verlorene Kaufkraft der 60.000 Amerikaner, die zu Schahs Zeiten noch in Teheran lebten, das

tägliche Geschäft zum Erlahmen brachte. Exporte in den Iran würden kaum mehr getätigt, die Iraner sprechen von einem Wirtschaftsboykott gegen ihr Land. Riedl schreibt weiters von 500 Todesurteilen, die seit dem Abflug des Schahs im Land vollstreckt wurden. Die Versorgung mit Lebensmitteln, die seit der "Weißen Revolution" ohnedies bereits auf Importe aus dem Ausland abhängig war, sei durch die Revolution komplett zusammengebrochen. Das Stadtbild werde von Menschenschlangen geprägt, die sich für Hamsterkäufe zusammenrotten würden.

Die Arbeiter Zeitung berichtet fast täglich vom revolutionären Geschehen im Iran, in manchen Ausgaben auch mehrmals. Bereits in der ersten Ausgabe des Jahres am 2. Jänner 1979 findet sich neben einem Artikel auf der Titelseite, der eine eventuelle Abreise des Schahs zum Thema hat, ein Kommentar von *Friedrich Katscher*, der auf eine Aussage des Regierungschefs Bachtjar Bezug nimmt, ein sozialdemokratisches System im Iran etablieren zu wollen. "Iran: Bachtjar will 'Sozialdemokratie' " schrieb die AZ am darauffolgenden Tag auf ihre Titelseite. Auch die Titelseite des darauffolgenden 4. Jänner 1979 ist von der Islamischen Revolution geprägt. Unter der Schlagzeile "Schah räumt nun das Feld: 'Unwiderruflich in Urlaub'. Ins Londoner Exil? - Bachtjar vom Parlament bestätigt" berichtet die AZ von der Ankündigung des Schahs, den Iran zu verlassen. Das Thema Iran bleibt für die AZ brisant, die nächsten vier Tage finden sich weitere Berichte über die Revolution auf der Titelseite. Mit der gewünschten Regierungsform Khomeinis setzt sich die AZ am 11. Jänner 1979 auseinander:

"Khomeini für Staat, wo man Ehebrecher zu Tode steinigt. Der in Frankreich lebende iranische Schiitenführer Ayatollah Khomeini, der in seinem Heimatland einen großen Anhang hat, strebt eine Regierungsform an, in der religiöse Fachleute die Staatsgeschäfte genauso führen, wie es der Koran vorschreibt: Dieben soll die Hand abgehackt und Ehebrecher sollen zu Tode gesteinigt werden. Dies ergibt sich aus seinem Buch "Islamische Regierung", das Vorträge Khomeinis enthält, die er auf arabisch im Irak hielt."

Auch auf den von Khomeini verbreiteten Antisemitismus geht das Blatt ein, es zitiert Khomeini folgendermaßen:

"Vor uns sehen wir die Juden, wie sie aus dem Koran ein Gespött machen und seinen Text in den neuen, in den besetzten Ländern und anderswo gedruckten Ausgaben verzerren. Es ist unsere Pflicht, diese Tücke zu enthüllen und mit unserer lautesten Stimme zu rufen, bis das Volk versteht,

dass die Juden und ihre ausländischen Herren Ränke gegen den Islam schmieden und den Weg dafür bereiten, dass die Juden über den ganzen Planeten herrschen. Ich fürchte sehr, dass sie durch ihre eigenen speziellen Methoden ihre erwünschten Ziele verwirklichen werden. Es ist wegen unserer eigenen Schwäche, dass wir eines Morgens erwachen und einen jüdischen Herrscher finden könnten, der unser Land beherrscht [...]"

"Nach Abflug des Schah: Jubelfeiern im Iran" titelt die AZ am 17. Jänner. Das Blatt berichtet auch von der Absicht Khomeinis, bald in den Iran zurückkehren. Die AZ druckt auf Seite 3 einen äußerst ausführlichen Artikel über die Chronologie der Unruhen im Iran.

Die angespannte Lage, die nach dem Abflug des Schahs existierte, findet auf den Titelseiten der AZ ihren Niederschlag. So berichtet sie sowohl am 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., und 25. Jänner über die aktuellen Ereignisse.

Über den zurückgekehrten Khomeini schreibt die Zeitung am 2. Februar auf ihrer Titelseite. Khomeini bekräftigt in seiner ersten Rede, dass sowohl der Schah selbst als auch die von ihm eingesetzte Regierung illegal sei. Auch die Titelseiten der nächsten Tage sind vom Geschehen im Iran bestimmt. Den innenpolitischen Quereilen zwischen Khomeini und der Regierung wird hierbei breiter Raum eingeräumt. "Regierung und Opposition suchen fieberhaft Kompromiß. Iran vor Zerreißprobe: Beide Seiten drohen nun mit Gewalt". Unter dieser Überschrift schreibt die AZ am 5. Februar über die wachsende Spannung zwischen den Klerikalen und der Regierung. Das Blatt berichtet, dass bereits 40 iranische Abgeordnete Khomeinis Aufruf zum Rücktritt nachgekommen sind. "Gegenregierung Khomeinis: Bachtiar zu Kampf entschlossen" lautet die Schlagzeile am drauf folgenden Tag. Die weiteren Berichte auf der Titelseite der AZ werden nur durch einen Artikel über einen Großbrand im Wiener Kaufhaus "Gerngroß" vom 9. Februar unterbrochen. Doch bereits am darauf folgenden Tag wird auf der Titelseite unter der Schlagzeile, "Iran: Kommunisten fragen, ob Regierung Basargan sie duldet", wieder über die Revolution im Iran berichtet. Der nächste Artikel auf der Titelseite erscheint am 11. Februar: "Soldaten gegen Soldaten: Im Iran fließt wieder Blut. 150 Tote bei Kämpfen - Khomeini spricht letzte Warnung aus". In dem Artikel wird über die Kämpfe in der Teheraner Luftwaffenbasis geschrieben, bei denen die kaiserliche Garde khomeinitreue Soldaten und niedere Offiziere angriff. Über die Flucht oder gar den Selbstmord Bachtians wird am 12. Februar informiert: "Iran: Blutiger Umsturz. Selbstmord Bachtians? Rätsel um Premierminister - Auch Gerüchte um Flucht". Die Kämpfe in der Luftwaffenbasis werden auch in einem Kommentar auf Seite 2 verarbeitet, in dem *Rainer Mayerhofer* seine Besorgnis über ein Überschwappen der Revolution auf andere muslimische

Länder wie die Türkei oder Saudi Arabien befürchtet. Am 13. Februar berichtet die AZ über die Übernahme der Regierung durch Khomeini, berichtet aber auch, dass der Iran noch nicht vollends unter Kontrolle der Khomeinisten sei. Auch schreibt das Blatt, dass die US-Botschaft in Teheran bereits am 14. Februar 1979 von "Guerrillas" besetzt wurde, doch der Botschafter und das Personal bereits nach Stunden wieder freigelassen worden seien. Am darauffolgenden Tag wurde daraufhin die marokkanische Botschaft überfallen, da der Schah zu diesem Zeitpunkt in Marokko weilte. "Khomeini Kommando soll Schah entführen. Drei frühere Leibwächter zu Unternehmen bereit", titelt die AZ am 22. Februar. Der Artikel auf der Titelseite behandelt überdies die schwierige Suche des Schahs nach einem Exil. Die nächsten Tage wird das Thema Iran vom ausgebrochenen Krieg Chinas gegen Vietnam zur Seite gedrängt. Dennoch finden sich auf der Titelseite weiterhin Berichte über die islamische Revolution.

Im zweiten Beobachtungszeitraum, der die Monate November und Dezember beinhaltet, beginnt die intensive Berichterstattung wie erwartet mit Beginn der Besetzung der US-Botschaft. "Teheran: Jetzt auch die Britenbotschaft besetzt. Botschaftsbesetzer für Abbruch der Beziehungen zur USA". In diesem Artikel, der sich auf der Titelseite vom 5. November findet, wird auch über die Besetzung der britischen Botschaft berichtet, durch die die britische Regierung aufgefordert wurde, den Ministerpräsidenten Bachtjar auszuliefern. Das Geiseldrama dominiert auch in den kommenden Tagen die Titelseiten. So berichtet die Zeitung am 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., und am 15. November über die Besetzung und damit einhergehende Ereignisse, wie die versuchte PLO-Vermittlung (9. November). "Khomeini wird weich. Frauen, Farbige frei. Carter besteht auf Freilassung aller Geiseln". Mit dieser Überschrift kommentiert die AZ am 18. November die Freilassung mancher US-Geiseln. Die Leser der AZ werden auch am kommenden Tag über das Ansinnen Khomeinis, die restlichen Geiseln wegen Spionage vor Gericht zu stellen, informiert. "Botschafter drohen den USA: Bei Befreiung der Geiseln fliegt alles in die Luft", lautet die Schlagzeile am 23. November 1979. In dem Artikel wird auch berichtet, dass Carter der Führung unter Khomeini vorwarf, durch die antiamerikanische Agitation für die jüngsten Ereignissen in Pakistan verantwortlich zu sein, als die US-Botschaft in Islamabad in Brand gesteckt wurde. Kurt Waldheims Vorstoß, den Sicherheitsrat in Sachen Iran einzuschalten, findet auf der Titelseite des 27. November Erwähnung. "Wende in der Krise: Hat Schah USA verlassen? "New York Times: Abflug Donnerstag oder Freitag", lautet die Überschrift am 30. November. Am Tag darauf lautet die Schlagzeile: "Sadat lädt Schah ein. Iran bleibt UNO fern. US-Bürger: Eingreifen! - Khomeini: Carter vor Gericht". Die Ereignisse um die Besetzung und die Flucht

des Schahs blieben für die Leser der AZ weiterhin interessant. "Antiamerikanische Exzesse in Libyen. Schah wartet in Texas auf sicheres Asyl" schreibt die Zeitung am 3. Dezember und berichtet über die Schwierigkeiten des Schahs, ein Exilland zu finden. Über die Reise des amerikanischen Außenministers Vance durch mehrere europäische Länder schreibt das Blatt am 10. Dezember. Grund für die Reise war das Umwerben Europas für Wirtschaftssanktionen gegen den Iran. Über die Abreise des Schahs nach Panama wird am 16. Dezember berichtet. Am 18. Dezember wird des Weiteren über wachsende Spannungen zwischen dem Irak und dem Iran berichtet. Am 20. Dezember druckt die AZ ein Exklusivinterview mit dem iranischen Nationalbankspräsidenten, dessen Meinung nach die Geiselnahme bereits in zwei Wochen vorüber sein könnte, wenn die Amerikaner auf die Forderungen des Irans eingehen. Bis zum Ende des Jahres 1979 sind sämtliche Titelseiten geprägt vom Geiseldrama in der Botschaft. Die letzte Schlagzeile des Jahres lautet: "Khomeini empfängt Waldheim nicht. UNO-Generalsekretär in Augen der Botschaftsbesetzer "nicht vertrauenswürdig" ".

Zur Iran-Berichterstattung der Arbeiter Zeitung lässt sich zusammenfassend anmerken, dass der Iran den umfassendsten Teil der Hauptberichterstattung eingenommen hat. Es wurde so gut wie jeden Tag über die Revolution berichtet, meist auf den Titelseiten. Unterbrochen wurde die Berichterstattung in den beobachteten Zeiträumen nur durch den Ausbruch des chinesisch-vietnamesischen Krieges oder der Brandkatastrophe bei Gerngroß. Interessant ist auch, dass außenpolitische Themen sich fast ausschließlich auf den Nahen- und Mittleren Osten bezogen, Berichte über die Diktaturen Lateinamerikas kamen im Vergleich dazu kaum vor.

Da sich die täglichen Berichte des Kuriers größtenteils mit denen der Arbeiterzeitung decken, soll im folgenden hauptsächlich auf Eigenheiten der Kurier-Berichterstattung eingegangen werden.

Der Kurier übertrug die Arbeiter Zeitung in seiner Iran-Berichterstattung insofern, da er über mehrere Tage und Wochen Spezialartikel und ausführliche Hintergrundberichte über Khomeini und Schah Reza Pahlevi abdruckte. Auch kamen häufige Berichte des Korrespondenten *Thomas Fuhrmann* vor, der sich im Iran aufhielt und sich regelmäßig in ausführlichen Kommentaren zu Wort meldete. Die Biographie Khomeinis wurde den Lesern des Kurier in der mehrteiligen Serie "*Khomeini und seine 1001 Geheimnisse*", nahe gebracht. Die Artikel der Serie wurden nach der Rückkehr Khomeinis in den Iran am 6., 7., 8., 9., 10. und 12. Februar abgedruckt und behandelten äußerst ausführlich Khomeinis religiösen und sozialen Hintergrund.

Bereits am 13. Jänner druckte der Kurier im Panorama einen Bericht über den "Lokalausgang in Khomeinis Exil bei Paris". Besucht wurde Khomeini von der Wiener Politikwissenschaftlerin *Cheryl Benard*, die ihre Eindrücke für einen ganzseitigen Artikel festhielt. Das Panorama beschäftigte sich auch am 18. Jänner mit der Revolution im Iran in einem ausführlichen Bericht unter dem Titel "Die 7 Todsünden des Schah. Was viele Freunde des Kaisers beklatschten, erwies sich in Persien als falsch". In diesem Artikel wurde auf verschiedene Fehler der Diktatur hingewiesen, die zur Revolution geführt hatten. Einen ausführlichen Bericht über die Situation vor Ort brachte Thomas Fuhrmann am 7. Februar. Unter dem Titel "Alltag der Revolution" beschrieb er verwaiste Hotels, und die Abreise der letzten im Iran verbliebenen Österreicher. Im Artikel wurde der Stellvertreter des Botschafters *Hans Sabaditsch* folgendermaßen zitiert: "Wenn ich von hier wegkomme, möchte ich in dieser Stadt nicht einmal mehr zwischenlanden." Im Zuge der Serie "Khomeini und seine 1001 Geheimnisse" von *Heinz Nussbaumer* wurde am 9. Februar auf das Exil Khomeinis eingegangen. Interessant ist für den Autor an dieser Stelle, dass Khomeini vom Schah in seinem Exil scheinbar nichts zu befürchten hatte, da ansonsten "Tote den Weg des Schah säumten". Vom "Bürgerkrieg in Persien" berichtet Korrespondent Thomas Fuhrmann am 12. Februar. Er spricht von "zwei Tagen blutigen Gemetzels, das sogar mit Messern, Säbeln und Hämmern ausgetragen wurde und Hunderte Tote forderte." In der gleichen Ausgabe beschäftigt sich Heinz Nussbaumer im Zuge der Serie um Khomeini mit dessen "Vision vom Gottesstaat". Am 22. Februar druckt der Kurier erneut einen Bericht des Reporters Thomas Fuhrmann unter dem Titel: "Ich fühlte mich umzingelt... Kurier Reporter erlebte 18 Tage Chaos in Teheran." Fuhrmann beendet mit diesem Bericht seine Korrespondententätigkeit im Iran, kurz darauf soll er mit einem Rot-Kreuz Flugzeug das Krisengebiet verlassen. In diesem Artikel erläutert Fuhrmann hauptsächlich die Probleme, mit denen er im revolutionären Iran zu kämpfen hatte. Er schreibt von Problemen mit Telefonleitungen ins Ausland und seinem abgelaufenen Visum. Das Hotel Continental, in dem er neben anderen Journalisten untergebracht war, wurde von Fedajin beschossen. Die Journalisten mussten daraufhin ins Stiegenhaus flüchten. Am 23. Februar berichtet der Kurier vom Aufstand der Kurden im Iran, bei dem bereits 200 Personen zu Tode kamen. Über den in der Zwischenzeit ausgebrochene Chinesisch-Vietnamesischen Krieg wird auch im Kurier berichtet, was zu keiner Unterbrechung der Iran-Information führt. Die Titelseiten füllen sich meist sowohl mit Schlagzeilen über den Krieg, als auch über die Revolution im Iran.

Die zweite Beobachtungsperiode startet mit einem Bericht über die Besetzung der US-Botschaft unter dem Titel: "Gebt uns den Schah heraus! Massengeiselnahme in

der US-Botschaft in Teheran - Krisenstab in Washington". In der gleichen Ausgabe verfasst Heinz Nußbaumer einen Kommentar, in dem er die Besetzung als "vielleicht größte Herausforderung Carters durch eine fremde Macht" beschreibt. Unter dem Titel "Verhöhnt und erpreßt. Khomeini spielt mit der Supermacht Katz' und Maus" berichtet der Kurier am 9. November von den Bemühungen der PLO, in der Geiselnahme zu vermitteln. Am 14. November titelt die Zeitung: "Nach US-Ölimportstopp aus Iran: Khomeini wird weich!". Der Kurier berichtet ausserdem, dass sich erstmals die Forderungen der Geiselnahmer geändert hätten, da eine Auslieferung des Schahs nicht mehr vorrangiges Ziel sei. Die Ausgabe des 18. Novembers informiert über die Freilassung von Frauen und Afroamerikanern aus der Botschaft. Das Blatt erklärt in dieser Ausgabe, dass Khomeini durch den angedrohten Stopp von Lebensmittelexporten durch die Amerikaner zum Einlenken gezwungen wurde. So würde der Iran 75% seines Bedarfs an Reis und 50% an Weizen durch Importe aus den USA erhalten. Am 24. November 1979 berichtet der Kurier von der Versammlung der arabischen Liga zum Iran: "Araber-Gipfel einig: Alle gegen Khomeini" schreibt das Blatt auf der Titelseite. Im Blattinneren findet sich ein ausführlicher Bericht über die Spionagetätigkeiten der USA im Iran. Der Journalist kommt zu dem Schluss, dass sich die USA viel zu sehr auf die Informationen stützten, die sie vom SAVAK erhalten hatten. So hätten die USA keinen einzigen persisch-sprechenden Agenten in Teheran unterhalten. Am 27. November titelt der Kurier "Schwerste Krise - heiliger Krieg". Die Schlagzeile leitete sich von einem Zitat Kurt Waldheims ab, der den Iran Konflikt als "die schwerste Bedrohung des Friedens seit der Kubakrise 1962" bezeichnete. Der Kurier berichtet ausserdem im Anschluss über die Bemühungen Waldheims, eine dringliche Sitzung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzuberufen. Auch im Dezember bricht die tägliche Berichterstattung nicht ab. So spekuliert das Blatt am 6. Dezember über einen Angriff der Sowjets auf den Iran und berichtet über den Mord an einem Neffen des Schahs in Paris. Am 8. Dezember erscheint schließlich der erste Teil der Schah-Memoiren, die "exklusiv" im Kurier in einer langen Serie unter dem theatralischen Titel "Gott ist mein Zeuge" abgedruckt wurden. Der Kurier erklärt seine Bemühungen um den Vorabdruck folgendermaßen:

"Nicht, um rührseliges Mitleid für einen Mann auszulösen, der im Laufe seiner langen Herrschaft ein beachtliches Defizit an Mitleid mit seinen Gegnern bewies.

Nicht, um sich mit einem System zu identifizieren, das unfähig war, die Hoffnungen des persischen Volkes zu erfüllen.

Gerade der Kurier stand ja dem Schah-Regime stets kritisch gegenüber: Kurier-Redakteure waren aus diesem Grund zu Zeiten kaiserlicher Herr-

schaft auch wiederholt mit Einreiseverbot in Persien belegt [...]"

Diese Serie rund um den Schah wurde bis ins neue Jahr fortgesetzt und bestand bis Ende Dezember alleine aus 20 Artikeln. In diesen "Memoiren", die vermutlich von einem Ghostwriter geschrieben wurden, finden sich zahlreiche Angriffe auf Amerikas Machthaber, von denen sich der Schah im Stich gelassen fühlte. Diese Vorbehalte gegen die Vereinigten Staaten finden sich auch in den fortgesetzten Teilen der Serie. In Teil 4 wirft er dem US-General *Huyser* gar vor, an einer Verschwörung gegen seine Person gearbeitet zu haben. Am 15. Dezember 1979 wird der ehemalige US-Außenminister *Henry Kissinger* zitiert, der den Schah als Freund bezeichnete. Die Verschwörungstheorie des Schahs, nachdem er wegen des zu hohen Ölpreises von USA, internationalen Medien, gemeinsam mit radikalen Jugendlichen, die von Libyen unterstützt wurden aus dem Land gejagt worden war, konnte er über die folgenden Teile der Serie weiterspinnen. In Teil 10 spricht der Schah über den Geheimdienst SAVAK, den er bei dieser Gelegenheit in Schutz nimmt. Gleichzeitig meint er aber: "Es kann zu Übergriffen gekommen sein, und ich bedaure diese von ganzem Herzen." Um den SAVAK geht es auch in Teil 11 und Teil 12 der Serie. In Teil 16 bezeichnet Pahlevi die Revolution als Inquisition. Er äußert sich auch zur Hinrichtung des ehemaligen SAVAK-Chefs. In Teil 17 klagt Pahlevi an, dass man ihn jahrelang als Mörder beschimpft habe, doch das Morden während der Revolution würde kaum auf internationale Kritik stoßen. Pahlevi kommentiert die Exekutionen folgendermaßen:

"Da alle schuldig sind, kann man sich die Opfer beliebig auswählen. Sie sind derart zahlreich, daß es mir nicht möglich ist, eine bestimmte Zahl zu nennen. Zu den Ermordeten, deren Namen publiziert wurden zählen Minister und Staatssekretäre [...] Sie alle wurden summarisch verurteilt und hingerichtet "im Namen des Allmächtigen"."

Der Kurier hat sich, wie die Arbeiter Zeitung auch in dem Beobachtungszeitraum fast ausschließlich der Berichterstattung über die Islamische Revolution gewidmet. Nebenbei wurden die scheinbar besonders interessierten Leser mit langen Geschichten über den Revolutionsalltag, den biographischen Hintergrund Khomeinis, und mit dem Vorabdruck der Schah-Memoiren befriedigt. Das außerordentliche Interesse fand hierbei im Vergleich zur AZ weniger auf der Titelseite seinen Ausdruck, sondern um so intensiver im Blattinneren. Andere außenpolitische Themen wurden durch das beherrschende Thema Iran komplett an den Rand gedrängt, dies traf selbst auf den Krieg zwischen China und Vietnam zu. Selbst über innenpolitische Themen wurden bei weitem nicht in dem Ausmaß berichtet, wie es in Bezug auf die Revolution geschah.

6 Zusammenfassung

Diese Arbeit hatte das Ziel, die österreichische Berichterstattung über die Islamische Revolution im Iran, anhand ausgewählter Printmedien zu erforschen.

Es wurde ein historischer Abriss österreichischer Außenpolitik vom Habsburgerreich bis zur Zweiten Republik gebracht, der das veränderte Bewusstsein österreichischer Identität durch die Neutralität Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg darstellen sollte.

Da Bruno Kreisky als prägendste Person österreichischer Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet werden kann, wurde ein Schwerpunkt auf dessen außenpolitisches Schaffen gelegt. Um die persönlichen Beweggründe des langjährigen Staatssekretärs, Außenministers und Bundeskanzlers zu erforschen, wurde ein Kapitel, das sich mit seiner persönlichen Biografie, die von Entbehrungen und Flucht geprägt war, angelegt. Daneben wurde ein Abriss über die komplexe und jahrtausendealte Geschichte des heutigen Iran dargelegt. Es wurde vermittelt, was den Iran innerhalb der islamischen Welt auszeichnet und versucht, dies anhand der revolutionären und nachrevolutionären Geschichte zu erörtern, zu welcher auch der Krieg mit dem Irak zählt. Ein eigenes Kapitel widmete sich der wichtigsten Person der Islamischen Revolution, Ayatollah Khomeini.

Österreichische Identität konnte sich erst im Laufe der Zweiten Republik entwickeln und stabilisieren. Elisabeth Röhrlichs These (2009), dass österreichisches Bewusstsein eng mit der Neutralitätsfrage verbunden ist und sich parallel zu den intensiven außenpolitischen Bemühungen vor allem Bruno Kreiskys entwickelt hatte, wurde hier als Ausgangspunkt der Forschung gewählt. Die These dieser Arbeit ist, dass sich damit Interesse der österreichischen Bevölkerung an internationaler Politik im Allgemeinen, und Politik des Nahen und Mittleren Ostens im Speziellen, entwickelt hatte. Dieses Interesse wurde anhand von Quantität und Qualität von Zeitungsartikeln, die diese Thematik behandelten, nachgewiesen. Der Schluss, dass das Interesse der österreichischen Bevölkerung an den Geschehnissen im Iran immens interessiert war, liegt nahe. Alle untersuchten Printmedien wiesen in ihrer Berichterstattung einen hohen Anteil an Berichten über die Revolution auf. Dies betraf vor allem die Tageszeitungen Arbeiter Zeitung und Kurier, die über die aktuellen Geschehnisse fast täglich berichteten. Andere weltpolitischen Ereignisse traten gegenüber der Iran-Berichterstattung in den Hintergrund, wie zum Beispiel der Chinesisch-Vietnamesische Krieg oder Ereignisse, die mit den Militärdiktaturen Lateinamerikas in Verbindung standen. Vor allem der Kurier hatte ein aussergewöhnliches Bedürfnis seiner Leserschaft an Hintergrundinformation zu stillen. Es wurden ganze Serien

gedruckt, die sich mit den Biographien Khomeinis oder den Memoiren des Schahs beschäftigten. Dadurch blieb das Thema wochen- und monatelang an prominenter Stelle.

Literatur

- (2005). *Congressional Record-House*, volume 151, Pt.10. Congress (US).
- Abrahamian, E. (1970). Communism and Communalism in Iran. In *International Journal of Middle East Studies*, volume I, pages 291–316. Cambridge Univ. Press.
- Abrahamian, E. (1982). *Iran between two revolutions*. Princeton Univ. Press, Princeton, NJ.
- Adunka, E. (2000). *Die vierte Gemeinde*. Philo, Berlin ; Wien.
- Ajoudan-Garekani, H. (1991). *Revolution - Theorie und Praxis. Demonstriert am Beispiel Iran*. Universität Wien, Dissertation.
- Alavi, N. (2005). *Wir sind der Iran. Aufstand gegen die Mullahs - die junge persische Weblogszene*. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
- Algar, H. (1972). The oppositional role of the ulema in twentieth-century iran. In *Keddie, N.R. (Hg.): Scholars, saints and sufis*. University of California Press, Berkeley.
- Ameri-Siemens, A. (2009). *Auf bald, Teheran*. Piper, München [u.a.].
- Andics, H. (1976). *Der Staat, den keiner wollte*. Molden-Taschenbuch-Verl., Wien [u.a.].
- Andics, H. (1981). *Österreich 1804 - 1975*. Goldmann, München.
- Angerer, T. (2001). Österreich in Europa. In *Angerer, Thomas (Hg.): Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit ; 1,1*. Studien-Verl., Innsbruck.
- Assmann, A. (2006). *Der lange Schatten der Vergangenheit*. Beck, München.
- Avery, P. (1991). *From Nadir Shah to the Islamic Republic*. Cambridge Univ. Press, Cambridge [u.a.].
- Avneri, U. (1988). *Mein Freund, der Feind*. Dietz, Berlin [u.a.].
- Baharani, R. (1975). *102 Tage in den Händen des SAVAK*. Teheran. o.A.
- Baltzarek, F. (1971). Diplomatie und Gesandtschaftswesen am Ende des 15. Jahrhunderts. In *Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs*, volume 23. Österreichisches Staatsarchiv, Wien.
- Banisadr, A. (1982). *Khianat be Omid, Verrat der Hoffnung*. o.A., o.A.
- Bausani, A. (1965). *Die Perser*. Kohlhammer, Stuttgart.
- Berger, P. (2008). *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*. Facultas.WUV, Wien.
- Binder, O. (2010). *Wien - retour*. Böhlau, Wien [u.a.].
- Blieberger, G. (1991). *Der Krieg Irak - Iran*. Universität Wien, Diplomarbeit.
- Böhler, I. (2007). "Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk." Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975 . In *Michael Gehler ; Hubert Sickinger (Hrsg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*. StudienVerl.

- Böhm, G. E. (1993). *Neutrale Positionen der Donaumonarchie*. Universität Wien, Diplomarbeit, Wien.
- Bornhak, C. (1916). *Der Wandel des Völkerrechts*. Heymanns, Berlin.
- Borszik, O. (2006). *Die Islamische Republik Iran Als Gottesstaat*. Grin-Verl.
- Boyle, J. A. (1968). *The Saljuq and Mongol periods*. Cambridge Univ. Press, Cambridge [u.a.].
- Brandt, W., Kreisky, B., and Palme, O. (1975). *Briefe und Gespräche*. Europ. Verl.-Anst., Frankfurt am Main.
- Bridge, F. R. (1989). Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten. In *Wandruszka, Adam and Rumpler, Helmut and Österreichische Akademie der Wissenschaften Wien (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918*. Verl. der österr. Akad. der Wiss.
- Bridge, F. R. (2002). *From Sadowa to Sarajevo*. Routledge & Kegan Paul, London [u.a.].
- Brinton, C. (1938). *Anatomy of Revolution*. Random House, New York.
- Bulant, T. (2002). *100 Jahre sozialdemokratische Schulpolitik im Spiegel ihrer Programme*. Eigenverl. Th. Bulant, Wien.
- Bunzl, J. (1991). *Gewalt ohne Grenzen*. Braumüller, Wien.
- Bunzl, J. (1997). Österreich und der Nahe Osten nach Bruno Kreisky. In *Eva Grabherr (Hg.): Das Dreieck im Sand*, pages 199–205. Sonderzahl, Wien.
- Celmer, M. A. (1987). *Terrorism, U. S. strategy, and Reagan plocies*. Mansell, London.
- Chimelli, R. (2000). *Die Revolution mehrte ihre Kinder*. Picus-Verl., Wien.
- Chubin, S. (1985). o.A. *Internationale Wehrkunde 3/1985*, page o.A.
- Courbage, Y. and Todd, E. (2008). *Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern*. Piper, München [u.a.].
- Czarnowski, J. (2001). *"Die Zeit danach!" Qualität und Art der Veränderungen nach der islamischen Revolution im Iran und ihre psychischen und sozialen Folgen: Eine trianguläre methodische Untersuchung mit PerserInnen in Wien und Teheran 2001*. Universität Wien, Diplomarbeit.
- Donaldson, D. M. (1933). *The Shi'ite religion*. Luzac, London.
- Ebert, H.-G., Fürtig, H., Müller, H.-G., and Barthel, G. (1987). *Die islamische Republik Iran*. Pahl-Rugenstein, Köln.
- Eder, R. (1969). *Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe*. Österreichische Forschungstiftung für Entwicklungshilfe.
- Egger, H. C. (2008). *Die Exilpolitik der österreichischen Sozialdemokratie 1938 bis 1945*. Grin-Verl., München [u.a.].

- Ehlers, E. and Floor, W. (1993). Urban change in iran. In *Iranian Studies, Volume 26, Numbers 3-4*. Columbia.
- Embacher, Helga und Reiter, M. (1998). *Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit*. Picus-Verl., Wien.
- Encke, U. (1989). *Ayatollah Khomeini. Leben, Revolution und Erbe*. Heyne, München.
- Etzersdorfer, I. (1987). *Kreiskys große Liebe*. Kremayr & Scheriau, Wien.
- Fanizadeh, S. (1997). *Die Entwicklung des Bildungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Erwachsenen-Alphabetisierung und die Islamisierung des Schulwesens im Iran ab dem Jahre 1980*. Universität Wien, Dissertation.
- Farughy, A. and Reverier, J.-L. (1979). *Persien, Aufbruch ins Chaos?* Goldmann, München.
- Fest, J. (1973). *Hitler*. Propyläen-Verl., Frankfurt am Main [u.a.].
- Fischer, M. M. J. (1980). *Iran. From Religious Dispute to Revolution*. Harvard Univ. Pr., Cambridge, Mass. u.a.
- Fisher, W. B. (1968). *The land of Iran*. Cambridge Univ. Press, Cambridge [u.a.].
- Flitner, M. (1987). Krieg als Geschäft. Waffenexporte in Iran und Irak. In *Malanowski, Anja and Stern, Marianne (Hg.): Iran - Irak "Bis die Gottlosen vernichtet sind"*, pages 56–68. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Frye, R. N. (1975). *The period from the Arab invasion to the Saljuqs*. Cambridge Univ. Press, Cambridge [u.a.].
- Fueter, E. (1919). *Geschichte des europäischen Staatensystems von 1492-1559*. o.A., München.
- Gani, S. (2000). *Iran and the rise of Reza Shah*. Tauris, London [u.a.].
- Gehler, M. . (2002). *Österreich von Paneuropa bis zum EU-Beitritt*. Studien-Verl., Innsbruck ; Wien [u.a.].
- Gehler, M. (2005). *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Band 1*. Studien-Verl., Innsbruck ; Wien [u.a.].
- Gehrke, U. (1975). *Iran. Natur - Bevölkerung - Geschichte - Kultur - Staat - Wirtschaft*. Erdmann, Tübingen [u.a.].
- Gershevitch, I. (1996). *The Median and Achaemenian periods*. Cambridge Univ. Press, Cambridge [u.a.].
- Godsey, W. D. (1999). *Aristocratic redoubt. the Austro-Hungarian Foreign Office on the eve of the First World War*. Purdue Univ. Press, West Lafayette, Ind.
- Graham, R. (1979). *Iran. Die Illusion der Macht (Mit einer Einführung von Peter Scholl-Lautour)*. Ullstein, Frankfurt/M. ; Wien [u.a.].
- Greinacher, N. (1980). *Die Kirche der Armen*. Piper, München [u.a.].

- Grubmayr, H. (2002). El Nems. Österreich in Syrien und im Libanon. In *Rathkolb, Oliver (Hg.): Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 - 1990*, pages 719–761. Böhlau, Wien ; Köln ; Weimar.
- Hamel, S. (1993). "Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen". Die österreichischen Integrationsbestrebungen 1961-1972. In *Gehler, Michael and Steininger, Rolf (Hg.): Österreich und die europäische Integration*, pages 55–86. Böhlau, Wien [u.a.].
- Hanisch, Ernst und Wolfram, H. (2005). *Der lange Schatten des Staates*. Ueberreuter, Wien.
- Heard-Bey, F. (1983). *Die arabischen Golfstaaten im Zeichen der islamischen Revolution*. Europa-Union-Verl., Bonn.
- Hinteregger, G. (2008). *Im Auftrag Österreichs*. Amalthea, Wien.
- Hoeyda, F. (1980). *The fall of the shah*. Weidenfeld & Nicolson.
- Hopfer, A. (2003). *Simon Wiesenthal, Viktor Frankl und Bruno Kreisky*. Universität Salzburg, Diplomarbeit, Salzburg.
- Horvath, E. (1989). *Ära oder Episode*. Kremayr & Scheriau, Wien.
- Issawi, C. (1991). European economic penetration, 1872-1921. In *Avery, Peter (Hg.): From Nadir Shah to the Islamic Republic*. Cambridge Univ. Press, Cambridge [u.a.].
- Jackson, P. (1986). *The Timurid and Safavid periods*. Cambridge Univ. Press, Cambridge [u.a.].
- James, H. (2004). *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Beck, München.
- Jankowitsch, P. (1983). Österreich und die Dritte Welt. In *Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik*, pages 257–293. Europaverl., Wien.
- Jedlicka, L. (1977). Die Außenpolitik der Ersten Republik. In *Zöllner, Erich (Hg.): Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte*, pages 152–169. Österr. Bundesverl., Wien.
- Jordan, H. (1982). *Crisis: The last year of the Carter Presidency*. Putnam, New York, NY.
- Kaminski, G. (1970). *Bewaffnete Neutralität*. Bastei-Verl., Wien.
- Kann, R. A. (1993). *Geschichte des Habsburgerreiches*. Böhlau, Wien [u.a.].
- Kejda, R. (1995). *Die Bucharas-Juden in Wien. Ehemalige Sowjetunion - Israel - Wien*. Universität Wien. Dissertation, Wien.
- Kerschbaumer, D. (2003). *Bruno Kreisky*. Universität Wien, Diplomarbeit, Wien.
- Khomeini, A. R. (1979). *Die Garantie der Richter: Islamische Regierung*. o.A., Teheran.
- Khomeini, A. R. (1980). *Selected messages and speeches of Imam Khomeini*. Ministry of National Guidance.

- Khomeini, A. R. (1983). *Der islamische Staat*. Schwarz, Berlin.
- Kiem, T. (2001). *Das österreichische Exil in Schweden 1938 - 1945*. Studien-Verl., Innsbruck ; Wien [u.a.].
- Klinger, S. (2005). Wien 1955- 50 Jahre österreichische Geschichte. Freud und Leid um 1955. In *Sieglinde Klinger (Hg.): Österreicher erleben Geschichte*, pages 119–122. A und M - Andreas und Müller, Salzburg.
- Kreisky, B. (1965). *Die Herausforderung*. Europa-Verl., Wien [u.a.].
- Kreisky, B. (1991). *Im Strom der Politik*. Goldmann, München.
- Kreisky, B. and Lucbert, M. (1978). *Die Zeit in der wir leben*. Molden, Wien ; München [u.a.].
- Kreisky, B. and Rathkolb, O. (1996). *Der Mensch im Mittelpunkt*. Kremayr & Scheriau, Wien.
- Kreisky, B. and Reinhardt, C. (1985). *Das Nahostproblem*. Europaverl., Wien ; München ; Zürich.
- Kreisky, Bruno und Rathkolb, O. (2000). *Zwischen den Zeiten*. Kremayr & Scheriau, Wien [u.a.].
- Kreisky, Bruno und Rathkolb, O. (2007). *Erinnerungen*. Styria-Verl., Wien ; Graz ; Klagenfurt.
- Kriechbaumer, Robert und Androsch, H. (2006). *Die Ära Kreisky*. Böhlau, Wien [u.a.].
- Lanc, E. (1997). Die Außenpolitik der "Ära Kreisky". In *Gatty, Werner (Hg.): Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983*, pages 81–87. Studien-Verl., Innsbruck ; Wien.
- Lendvai, P. and Ritschel, K. H. (1973). *Kreisky*. Buchgemeinschaft Donauland, Wien.
- Lorenz, R. (1943). *Der Staat wider Willen*. Junker u. Dünhaupt, Berlin.
- Mackey, S. (1996). *The Iranians*. Dutton, New York, NY.
- Martin, V. (2003). *Creating an Islamic state*. Tauris, London.
- Mehrangis, K. (1997). *Hoquge Siasie Sanane Iran, Die politischen Rechte der iranischen Frauen*. o.A.
- Möller, H. (1995). *Der Krieg Irak-Iran, 1980 - 1988*. Selbstverl., Berlin.
- Möller, H. (1998). *Europa zwischen den Weltkriegen*. Oldenbourg, München.
- Nabawi, S. (1999). Abadan, Kino Rex. In *Tschesm Andas*, volume 20, pages 105–128. o.A., Paris.
- Naumann, M. (1980). *Teheran. eine Revolution wird hingerichtet. Dokumente u. Reportagen aus "DIE ZEIT"*. Heyne, München.

- Nirumand, B. and Daddjou, K. (1987). *Mit Gott für die Macht. Eine politische Biographie des Ayatollah Chomeini*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Novotny, A. (1977). Österreich-Ungarn auf dem Berliner Kongress. In *Zöllner, Erich (Hg.): Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte*, pages 113–124. Österr. Bundesverl., Wien.
- o.A. (1998). *Seine Zeit und mehr. Era and Aftermath. 1911, 1970, 1983, 1990*. Stiftung Bruno Kreisky Archiv und Historisches Museum der Stadt Wien, Wien.
- Öhlinger, W. (1993). *Das rote Wien*. Eigenverl. d. Museen d. Stadt Wien, Wien.
- Pahlevi, M. R. (1967). *Die soziale Revolution Irans*. Diederichs, Düsseldorf [u.a.].
- Pahlevi, M. R. (1981). *Antwort an die Geschichte*. Herbig, München [u.a.].
- Pahlevi, M. R. (o.A.). *Im Dienst meines Landes*. Dt. Verl.-Anst., Stuttgart.
- Pahr, W. (2002). Österreich in der Welt. In *Rathkolb, Oliver (Hg.): Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 - 1990*, pages 1–17. Böhlau, Wien [u.a.].
- Pleinert, O. (1994). *Diplomat und Civil Servant*. Böhlau, Wien [u.a.].
- Pleinert, O. (2002). Israels Blick auf Österreich. In *Rathkolb, Oliver (Hg.): Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 - 1990*, pages 761–803. Böhlau, Wien ; Köln ; Weimar.
- Rahner, Karl und Boff, L. (1977). *Befreiende Theologie*. Kohlhammer, Stuttgart [u.a.].
- Rathkolb, O. (1997). Die Beziehungen Österreich/Israel in der Ära Kreisky (1970-1983). In *Eva Grabherr (Hg.): Das Dreieck im Sand*, pages 189–199. Sonderzahl, Wien.
- Rathkolb, O. (2004). Die neue "Konsularakademie" 1964 - Diplomatische Akademie, ein "Lieblingsprojekt" Außenminister Bruno Kreiskys. In *250 Jahre - von der Orientalischen zur Diplomatischen Akademie in Wien*, pages 197–207. Studien-Verl., Innsbruck ; Wien [u.a.].
- Rathkolb, O. and Etzendorfer, I. (1986). *Der junge Kreisky*. Jugend und Volk, Wien [u.a.].
- Rawandi, M. (1977). *Interpretationen zum Verfassungsgesetz des Iran*. o.A., Teheran.
- Reimann, V. and Peichl, G. (1972). *Bruno Kreisky*. Molden, Wien [u.a.].
- Rinser, L. (1979). *Khomeini und der islamische Gottesstaat. Eine grosse Idee? Ein grosser Irrtum?* Schulz, Percha.
- Röhrlich, E. (2009). *Kreiskys Außenpolitik*. Unipress, Göttingen.
- Roider, P. (2012). *Die Bucharischen Juden in Wien. Migration - Integration*. Universität Wien, Diplomarbeit, Wien.
- Rumpler, H. (1989). Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918. In *Wandruszka, Adam and Rumpler, Helmut and Österreichische Akademie der Wissenschaften Wien (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918*. Verl. der österr. Akad. der Wiss., Wien.

- Schmidt, M., Avneri, U., Lucbert, M., Steinmayr, J., and Vorhofer, K. (1997). Bruno Kreisky in den in- und ausländischen Medien. In *Gatty, Werner (Hg.): Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983*, pages 139–161. Studien-Verl., Innsbruck ; Wien.
- Schweizer, G. (1991). *Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West*. Klett-Cotta, Stuttgart.
- Schwieger, M. (1987). *Zur Theologie der Befreiung*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Segev, T. (1995). *Die siebte Million*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Segev, T. (2012). *Simon Wiesenthal*. Pantheon, München.
- Stauber, R. (2006). Österreichische Geschichte - Zwischen europäischer Perspektive und regionaler Vertiefung. In *Ulfried Burz (Hg.): Vom Ganzen der Geschichte*, pages 27–39. Verl. Hermagoras, Klagenfurt ; Wien [u.a.].
- Staudenmaier, J. (2007). *Diplomatische Beziehungen zwischen den österreichischen Habsburgern und der Hohen Pforte*. Grin-Verl., München.
- Steiner, L. (1977). Zur Außenpolitik der Zweiten Politik. In *Zöllner, Erich (Hg.): Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte*, pages 169–. Österr. Bundesverl., Wien.
- Stern, M. (1987). ... und alle schweigen sie. Der vergessene Krieg am Golf. In *Malanowski, Anja and Stern, Marianne (Hg.): Iran - Irak "Bis die Gottlosen vernichtet sind"*, pages 17–56. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Stögner, K. (2008). Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus. In *Pelinka, Anton and Sickinger, Hubert and Stögner, Karin (Hg.): Kreisky - Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, page 250 S. Braumüller, Wien.
- Strothman, R. (1953). Shi'a. In *H.A.R. Gibb and Kramers, J.H. (Hg.): Shorter Encyclopedia of Islam*. Cornell University Press, Ithaca, N.Y.
- Teuber-Weckersdorf, C. (1997). Politikwissenschaftliche Analyse der Kreisky-Jahre. In *Gatty, Werner (Hg.): Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983*, pages 117–125. Studien-Verl., Innsbruck ; Wien.
- Tilgner, U. (1979). *Umbruch im Iran*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Upton, J. M. (1960). *The history of modern Iran*. Harvard Univ. Press, Cambridge, Mass.
- Verosta, S. (1977). Die Bündnispolitik der Donaumonarchie vor dem Ersten Weltkrieg. In *Zöllner, Erich (Hg.): Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte*, pages 124–139. österr. Bundesverl., Wien.
- Verosta, S. (1983). Die österreichische Sozialdemokratie und die Außenpolitik. Versuch einer Übersicht 1889 bis 1955. In *Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik*, pages 15–60. Europa-verl., Wien.
- Vocelka, K. (2010). *Österreichische Geschichte*. Beck, München.

- Wahdat-Hagh, W. (2003). *"Die islamische Republik Iran". Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus*. Lit, Münster.
- Waldheim, K. (1983). Die Vereinten Nationen und Österreich. In *Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik*, pages 233–255. Europaver, Wien.
- Weihsmann, H. (2002). *Das Rote Wien*. Promedia, Wien.
- Weinisch, E. (1991). *Bruno Kreisky: Politik in Europa und Nahost. Ein Vergleich mit der Gegenwart*. Universität Wien, Diplomarbeit, Wien.
- Wright, C. (1981). Implications of the Iraq-Iran War. In *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Schwelbrand am Golf. Auswirkungen auf das internationale System. Expertengespräch in Bonn 11./12. Juni 1981*. o.A.

Quellen

- Arbeiter Zeitung*, 1. Jänner 1979 - 28. Februar 1979 & 1. November 1979 - 31. Dezember 1979.
- Frankfurter Rundschau*, 13. Juli 1984.
- Jerusalem Post*, 19. Jänner 1981.
- The Jewish Chronicle*, 27. September 1974.
- Kurier*, 1. Jänner 1979 - 28. Februar 1979 & 1. November 1979 - 31. Dezember 1979.
- Le Monde*, 29. November 1985.
- Le Monde*, 13. Juli 1984.
- The New York Jewish Week and the American Examiner*, 1. Februar 1981.
- Newsweek*, 14. Oktober 1974.
- Profil*, No 1/79 - No 51-52/79.
- Süddeutsche Zeitung*, 30. Oktober 1984.
- yedioth ahronoth*, 19. Jänner 1981.

Internetquellen

- Website des Projekts "arbeiter-zeitung.at", erreichbar unter <http://www.arbeiter-zeitung.at>.

Austria-Forum, <http://austria-forum.org>.

Website "dasrotewien.at." Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, <http://www.dasrotewien.at>.

H-Soz-Kult. Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>.

Website des Intelligence and Terrorism Information Center at the Center for Special Studies (C.S.S), www.terrorism-info.org.il.

Website des Kurier, www.kurier.at.

Website des Profils, www.profil.at.

Scibd, <http://de.scribd.com>.

Website des Spiegel, www.spiegel.de.

Youtube, www.youtube.com.

Website des Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, <http://www.vidc.org/index.php?id=1009&L=0>.

sonstige Quellen

Brockhaus Multimedial DVD.

Filme

Ben Affleck, "*Argo*", Vereinigte Staaten: 2012.

Franz Antel, "*Der Kongreß tanzt*", Österreich: 1955.

Olivier Assayas, "*Carlos-Der Schakal*", Frankreich/Deutschland: 2010.

Anhang

Abstracts und Lebenslauf

Diese Arbeit behandelt die Islamische Revolution im Iran und ihre österreichische Rezeption mit Fokus auf das Jahr 1979.

Die "aktive Neutralitätspolitik" Bruno Kreiskys, die sich vor allem auf die islamischen Länder des Nahen und mittleren Ostens richtete, fand in der österreichischen Bevölkerung nicht nur breite Zustimmung, sie formte auch eine neue österreichische Identität. Das immense Interesse, welches die Österreicher den Geschehnissen im Mittleren Osten entgegenbrachten, lässt sich anhand der intensiven Berichterstattung in den Zeitungen und Wochenzeitschriften nachweisen. Um die neue Außenpolitik Bruno Kreiskys zu verstehen, wird in dieser Arbeit ein Fokus auf sein Schaffen und seine Biographie gelegt.

Die komplexe und lange Geschichte des Iran von der Frühgeschichte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nimmt einen weiteren Schwerpunkt ein. Dabei wird vor allem auf die wechselnden politischen und sozialen Modelle eingegangen, die den Iran jahrhundertlang auszeichneten. Besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Herrschaft des Pahlevi-Clans, dessen zweiter und gleichzeitig letzter Vertreter Mohammed Reza Pahlevi, durch die Revolution gestürzt wurde. Auch seinem Gegner, Ayatollah Ruholla Khomeini und dessen Idee eines islamischen Gottesstaates wird im Zuge dieser Diplomarbeit breiter Raum gewidmet.

Die Islamische Revolution war die erste postkoloniale Revolution, die laut dem ehemaligen Journalisten des Profils, Günther Nenning "aus sich selbst heraus entstand". Ziel der Revolution war es für Ayatollah Khomeini, einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, und damit einhergehend eine neue Staatsidee für die entkolonialisierten Staaten des Nahen Ostens zu schaffen. Der Iran-Irak Krieg und die Besetzung sowie Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran stellten einen Höhepunkt der Geschehnisse dar, deren Folgen heute noch sichtbar sind.

This thesis deals with the Islamic Revolution in Iran and its reception in austrian newspapers in 1979.

Bruno Kreisky's new kind of foreign policy, which was generally focused on Middle Eastern countries, began to develop a new austrian identity after the Second World War. The population started to identify itself with a neutral state and its new mission in the world.

It was the ambition of this paper, to research austrian news reception concerning the revolution in Iran.

To understand Bruno Kreisky's ambitions in the field of foreign policy this diploma thesis includes a chapter which deals with the chancellor's past as a jewish refugee and social democratic activist.

The long and complex history of Iran sets another focus, which especially describes the altering social and political dimensions, which characterized the region in the past. One chapter specifically focuses on the Pahlevi dynasty and especially in the second and last Shah of it, Mohammad Reza Pahlevi, who's fall was initiated by his counterpart Ayatollah Ruholla Khomeini. His life and socialization, together with his vision of an Islamic Republic are also explained.

Popular austrian journalist Günther Nenning called the Islamic Revolution once the first postcolonial revolution, which developed itself entirely out of itself. Khomeini aimed for a state, which was supposed to be a new way between capitalism and communism, which should influence other islamic countries in the Middle East. The war between Iraq and Iran together with the raid and hostage crises at the US-embassy in Teheran, resulted in developments that last until now.

Peter Roider

1040 Wien, Österreich

✉ proider@gmx.at

geboren im Oktober 1982 in Oberndorf bei Salzburg

Ausbildung

- seit 2006 **Diplomstudium Geschichte**, Universität Wien.
- 2005–2012 **Diplomstudium Kultur- und Sozialanthropologie**,
Universität Wien.
- 2004–2005 **Diplomstudium Ur- und Frühgeschichte**, Universität Wien.
- 1997–2002 **Bundesoberstufenrealgymnasium Josef- Preis- Allee (Schwerpunkt Informatik)**,
Salzburg.
- 1993–1997 **Hauptschule Munderfing**, Oberösterreich, Bezirk Braunau.
- 1989–1993 **Volksschule Lochen**, Oberösterreich, Bezirk Braunau.

Berufliche Tätigkeiten

- Dezember 2007 **Mitarbeit bei Kongressorganisation**,
Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien.
DEFA Konferenz: Film im Sozialismus (9. bis 10. Dezember 2007)
- Februar 2003 – **Zivildienst, Administrative Tätigkeiten, Festivalorganisation**,
Jänner 2004 *Salzburger Hilfswerk*, Familien- und Sozialzentrum Henndorf- am Wallersee.

Sprachliche Fähigkeiten

- Muttersprachen **Deutsch**
- Fremdsprachen **Englisch**
Spanisch
Hebräisch
Latein

sonstiges

- Führerschein
- Fahrzeugklasse B